



universität
wien

MASTERARBEIT

Titel der Masterarbeit

„Schottische Unabhängigkeitsbestrebungen- Eine Analyse der politischen Debatte auf nationaler und europäischer Ebene unter besonderer Berücksichtigung des geplanten Referendums 2014“

Verfasser

Klaus-Lukas Zimmermann, B.A.

angestrebter akademischer Grad

Master of Arts (MA)

Wien, 2014

Studienkennzahl lt. Studien- A 066 824

blatt:

Studienrichtung lt. Studien- Masterstudium Politikwissenschaft

blatt:

Betreuer:

Univ.-Doz. Dr. Paul Luif

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
1. Einführung.....	6
1.1. Hauptforschungsfrage und Unterfragestellungen	6
1.1.1.Nationale Ebene	7
1.1.2. Europäische Ebene	7
1.2. Ziele der Masterarbeit und politikwissenschaftliche Relevanz	7
1.3. Struktur der Masterarbeit	9
1.3.1. Inhaltliche Strukturierung der Masterarbeit	9
2. Theorie	9
2.1. Begriffsdefinitionen	10
2.1.1. Freiheit	10
2.1.2. (Schottischer) Nationalismus	11
2.1.3. Referendum	18
2.1.4. Selbstbestimmungsrecht aus völkerrechtlicher Sicht	19
2.2. Begriff und Theorie zur Sezession.....	22
2.2.1. Sezession	22
2.2.2. Sezessionstheorien	27
a. Remedial Right Only Theories	28
b. Primary Right Theories	29
3. Das politische System Schottlands.....	31
3.1. Geschichtlicher Überblick der Entwicklung Schottlands über die Jahrhunderte.....	31
3.1.1. Die Entstehung des Landes	31
3.1.2. Die Zeit der schottischen Nationalhelden	34
3.1.3. Die Personalunion mit England.....	37
3.1.4. Schottlands jüngere Vergangenheit.....	39
3.1.5. Schottland in der EU	41
3.2. Die politische Kultur in Schottland im Kontext des politischen Systems Großbritanniens.....	42
3.2.1. Das Westminster System.....	43
3.2.2. Das schottische Parlament und die schottische Regierung	44

3.2.3. Die Scottish National Party (SNP)	47
3.2.4. Die Scottish Labour Party	49
3.2.5. Die Scottish Conservatives, die Liberal Democrats und die Scottish Green Party...	50
4. Empirie	51
4.1. Kritische Diskursanalyse (KDA)	51
4.1.1. Einführung in die Methode	51
4.1.2. Zentrale Begriffe der KDA	52
a. Der Diskurs	52
b. Die Macht	53
c. Spezialdiskurse und Interdiskurse	53
d. Der Diskursstrang	53
e. Das Diskursfragment	54
f. Diskursive Ereignisse und diskursiver Kontext	54
g. Die Diskursebene.....	54
h. Die Diskursposition	54
i. Die Zeiteinteilung der Diskursstränge.....	54
4.1.3. Gegenstände der KDA	55
4.1.4. Fragen zur Vorgehensweise der KDA	55
4.2. Forschungsdesign.....	55
4.2.1. Kontextueller Rahmen der Debatten auf nationaler (schottischer) Ebene	56
a. Formulierung der Fragestellungen.....	56
b. Darstellungsziele	56
c. Auswahl an Texten	56
d. Quantitative Erfassung der Forschungsgegenstände	57
e. Kategoriebildung zur Herausarbeitung der Argumentationsschwerpunkte und Zusammenfassung der Positionen	67
4.2.2. Kontextueller Rahmen der Debatten auf europäischer Ebene	69
a. Formulierung der Fragestellungen.....	69
b. Darstellungsziele	69
c. Auswahl an Texten	69
d. Quantitative Erfassung der Forschungsgegenstände	70

e. Kategoriebildung zur Herausarbeitung der Argumentationsschwerpunkte und Zusammenfassung der Positionen	78
4.3. Zusammenfassung der Empirie.....	80
5. Forschungsergebnisse.....	82
5.1. Diskussion der Forschungsergebnisse und Reflexion.....	82
5.2. Beantwortung der Hauptforschungsfrage	84
6. Zusammenfassung	86
7. Bibliografie.....	87
7.1. Literaturverzeichnis	87
7.4. Forschungsgegenstände	90
7.5. Tabellen.....	91
7.6. Internetquellen	91
8. Anhang	95
9. Abstract	129
10. Plagiatserklärung.....	130
11. Curriculum Vitae.....	131

Vorwort

Im Zentrum meiner Forschungen stehen Schottland und seine Unabhängigkeitsbestrebungen.

Zur Zeit meines Bachelorstudiums der Politikwissenschaften an der Universität Wien habe ich mich mit der Außen- und Sicherheitspolitik in Europa intensiv auseinandergesetzt und diesen Gegenstand von vielen Seiten bearbeitet.

Nach Abschluss des Studiums war es mein Ziel im fortführenden Masterstudium Politikwissenschaft möglichst unterschiedliche Themen für meine Seminararbeiten zu finden und sie zu bearbeiten. Neben Energiepolitik habe ich mich auch der Kulturpolitik in Portugal und der Außenpolitik der Schweiz zwischen 1918 und 1945 gewidmet.

Als die Zeit der Titelfindung für die abschließende Masterarbeit gekommen war, war es mir besonders wichtig, einen Themenkomplex aufzugreifen, der einerseits die internationale bzw. europäische Politik betrifft und der andererseits tagespolitisch eine Bedeutung spielt. Mein damaliger Bachelorarbeitbetreuer Dr. Stefan Brocza machte mich auf das bevorstehende Referendum über die Unabhängigkeit Schottlands vom Vereinigten Königreich aufmerksam und ich begann eine erste oberflächliche Recherche zu diesem Sachverhalt. Schon bald stellte sich die große Vielfalt an unterschiedlichen Forschungssträngen heraus und ich wählte einen nationalen und europäischen Zugang, um zu meinem Forschungsziel zu gelangen.

Bevor ich nun in der Einleitung die genauen Fragestellungen und Rahmenbedingungen ausführe, möchte ich noch kurz auf einen zentralen Aspekt in meiner Präsentation des Masterarbeitskonzepts in der Lehrveranstaltung von Dr. Paul Luif eingehen. Zum Zeitpunkt der Präsentation erreichte die Frage nach dem Verbleib Großbritanniens in der EU ihren ersten medialen Höhepunkt und ich hatte bereits die Befürchtung, mein Masterarbeitsthema könnte obsolet geworden sein. Glücklicherweise soll die Volksabstimmung über den Verbleib der Briten zwei Jahre nach dem schottischen Referendum über die Unabhängigkeit von Großbritannien stattfinden und damit kann ich mein Thema beibehalten.

Mit der Masterarbeit endet mein Studium der Politikwissenschaften an der Universität Wien. Ich möchte mich bei meiner Familie für die finanzielle Unterstützung herzlich bedanken, da ich ohne ihre Hilfe sicherlich nicht so weit gekommen wäre. Aber auch meinen Bachelorarbeit- Betreuer Dr. Stefan Brocza, der mich immer wieder mit seinen Geschichten aufbaute und meinen Masterarbeit- Betreuer Dr. Paul Luif, welcher mir mit Rat und Tat bei der Erstellung der Arbeit zu Seite stand.

1. Einführung¹

Hermann Schreiber hat in seinen Buch über Schottland einen treffenden Untertitel ausgewählt: „Schottland - Die Geschichte eines Landes am Rande Europas“ (Schreiber 1990). Durch diesen kurzen Titel ist bereits viel gesagt worden über dieses Land.

Vor allem der zweite Teil des Untertitels ist besonders relevant für diese Masterarbeit. „... am Rande Europas“ kann aus zwei Perspektiven unterschiedlich interpretiert werden (Schreiber 1990). Auf der einen Seite liegt Schottland aus geografischer Sicht am Nord-westlichen Ende von Europa und ist damit vom europäischen Festland viele Kilometer entfernt. Reisende müssen sich auf einen weiten Weg machen, um Schottland besuchen zu können. Auf der anderen Seite spielt die politische Ansicht dieser Aussage eine noch bedeutendere Rolle, welche ich ebenso aufgreifen möchte: Schottland ist einer von vier Teilen des Vereinigten Königreichs Großbritanniens neben England im Süden, Wales im Westen und Nordirland als britischer Teil Irlands. Die schottischen Bestrebungen nach Unabhängigkeit sorgen bis heute für heftige politische Debatten, sowohl auf nationaler als auch auf europäischer Ebene.

In den vergangenen Jahren wurden schon oft gehegte Unabhängigkeitsbestrebungen von schottischer Seite immer lauter und auch die internationale Öffentlichkeit konnte sich Meldungen dieser Forderung nicht mehr entziehen. Der Höhepunkt der politischen Diskussion wird voraussichtlich am 18. September 2014 mit dem Referendum über die Unabhängigkeit Schottlands erreicht werden und damit eine noch nie dagewesene politische Situation begründen. Vor dem Ergebnis dieser Volksabstimmung ergeben sich Fragen über u.a. die Ausgangslage auf nationaler Ebene oder Fragen nach wirtschaftlichen und militärischen Zuteilungen der Länder. Aber nicht nur die staatlichen Institutionen werden betroffen sein. Die politischen Debatten schwappten genauso auf die Europäische Union (EU) über. Diese Diskussionen werden entscheidend sein sowohl für die Zukunft Schottlands, als auch von Großbritannien und der EU.

1.1. Hauptforschungsfrage und Unterfragestellungen

Im Zentrum meiner Masterarbeit wird die wissenschaftliche Auseinandersetzung mit der politischen Debatte auf nationaler und europäischer Ebene stehen. Durch die Bearbeitung der ver-

¹ Aus Gründen der besseren Lesbarkeit verzichte ich auf eine geschlechtergetrennte Sprache.

schiedenen Perspektiven möchte ich nationale und europäische Zugänge hervorheben, die sich gegenseitig bedingen. Die genau formulierte Hauptforschungsfrage lautet daher:

Wie wird die politische Debatte auf nationaler und europäischer Ebene vor dem Hintergrund des für 2014 geplanten Referendums über die schottische Unabhängigkeit geführt?

Obwohl jeder Zugang für sich bereits eine eigene Masterarbeit sein kann, baut die europäische Ebene in ihren Grundlagen bzw. in ihrem Grundverständnis auf den politischen Debatten innerhalb Schottlands auf und wird deswegen ebenso in meiner Arbeit behandelt werden. Um meine Hauptforschungsfrage umfassend beantworten zu können, formuliere ich einige Unterfragestellungen, die mir im Laufe des Forschungsprozesses als Leitfaden dienen werden. Dabei teile ich die Unterfragestellungen in zwei Bereiche auf. Einerseits Unterfragestellungen aus nationaler Sicht und andererseits Fragestellungen, welche die europäische Dimension betreffen:

1.1.1.Nationale Ebene

Welche Begriffe von Freiheit, Selbstbestimmung, Sezession und Referendum treten in diesem Kontext der politischen Diskussion auf?

Wie definiert sich der Begriff des (schottischen) Nationalismus?

Wie wirkt sich die Sezessionstheorie auf den Forschungsgegenstand aus?

Welche Lehren können aus der Geschichte Schottlands auf die Gegenwart gezogen werden und gab es schon einmal vergleichbare Situationen in den vergangenen Jahrhunderten auf den Britischen Inseln?

1.1.2. Europäische Ebene

Wie reagieren die europäischen Stellen auf die schottischen Unabhängigkeitsbestrebungen?

Wie argumentieren die Schotten ihre gewollte Unabhängigkeit für die EU?

1.2. Ziele der Masterarbeit und politikwissenschaftliche Relevanz

Das Ziel meiner Masterarbeit ist es, die politischen Debatten der unterschiedlichen Ebenen aus theoretischer Sicht mit der Sezessionstheorie (2.2. Begriff und Theorien zur Sezession) zu erklären und im empirischen Abschnitt der Arbeit mit Hilfe der Kritischen Diskursanalyse (KDA) (4.Empirie) Beispiele zu analysieren. Ich möchte vor dem Hintergrund des schottischen Referen-

dums die politische Diskussion hervorheben und das Für und Wider der Unabhängigkeitsbestrebungen innerhalb der Auseinandersetzung bearbeiten.

Die Diskussion um die Unabhängigkeit von Schottland ist nicht neu. Aus der Geschichte der vergangenen Jahrhunderte wurde immer wieder um die schottische Unabhängigkeit gerungen und blutige Auseinandersetzungen zwischen schottischen und englischen Parteien geführt. In der Geschichte gibt es einige große Schlachten, die zwischen englischen und schottischen Heeren geschlagen wurden. So war es u.a. der Kämpfer und Heerführer Robert Bruce, der 1314 in der Schlacht von Bannockburn ein schottisches Heer siegreich gegen die englischen Besatzer anführte (vgl. Eickhoff 1994: 14).

So oder so ähnlich sieht sich auch der schottische Ministerpräsident Alexander Salmond, welcher die Unabhängigkeitsbestrebungen mit seiner Partei, der Scottish National Party (SNP), vorantreibt. „Eine der ältesten Nationen in Europa, so fordert Salmond, müsse in der Welt eine eigene Stimme haben“ (vgl. 7.6. Internetquellen – Bravehearts Rache). Auch sein Vorgänger, der damalige Ministerpräsident McLeish ließ mit seiner Aussage: „We do things differently in Scotland“ keinen Zweifel an der Abgrenzung seines Landes zu England erkennen (Becker 2002: 68).

Jetzt steht der schottischen Bevölkerung voraussichtlich am 18. September 2014 eine Volksabstimmung über die Abspaltung des Landes von Großbritannien bevor. Die SNP möchte sich endgültig von der Bevormundung durch das englische Parlament lösen. Doch knapp ein Jahr vor der Abstimmung würde eine Loslösung innerhalb der Bevölkerung keine Mehrheit finden (vgl. Internetquellen – Autonomie Schottland).

Aus politikwissenschaftlicher Sicht gibt es im Vorfeld zu diesem Referendum eine vielfältige Bandbreite unterschiedlicher politischer Diskussionen, sowohl auf nationaler, als auch europäischer Ebene zu erfahren und zu analysieren. Ich möchte durch die Einleitung zu meiner Masterarbeit nicht die Absicht erwecken, ein Ergebnis über den Ausgang des Referendums vorhersagen zu wollen. Durch die Recherchen im Zuge meiner Forschungen kann und darf dies nicht erwartet werden. Ich werde die Debatten um die schottische Unabhängigkeit mit Hilfe der KDA vergleichen und bestimmte Aspekte herausarbeiten, damit zum Schluss die politische Lage in und für Schottland beurteilt werden kann.

Gerade heute ist die Frage nach der Unabhängigkeit besonders brisant, jedoch nicht nur für das Vereinigte Königreich, sondern auch für die EU. Die ökonomischen Krisen in Griechenland oder Zypern haben ebenso Fragen nach dem Austritt dieser Staaten aus der EU aufgeworfen. Mit der Analyse der politischen Diskussion kann eine Grundlage für das Verständnis der Beweggründe

für oder gegen den Austritt aus staatlichen Verbänden geschaffen werden und in weiterer Folge auf andere Interessensfelder wie Ökonomie, Sicherheitspolitik oder Gesellschaftspolitik übertragen werden. Durch diese Analysen können Zukunftsbilder und Strategien geschaffen und unterschiedliche politische Bereiche angesprochen werden.

1.3. Struktur der Masterarbeit

1.3.1. Inhaltliche Strukturierung der Masterarbeit

Nach dem Vorwort und der Einführung zum Thema möchte ich im anschließenden Theoriekapitel (2. Theorie) die Begrifflichkeiten und die Theorien zur Sezession klären. Dabei beziehe ich meine wissenschaftliche Literatur in erster Linie aus politikwissenschaftlichen Journalen, damit ich aktuelle Erkenntnisse in die Arbeit einfließen lassen kann. Nach jedem Kapitel werde ich eine kurze Zusammenfassung der unterschiedlichen Aspekte der Ergebnisse formulieren.

Die politische Kultur und ein Einblick in die Unabhängigkeitskampagne der SNP vertiefen das Verständnis im dritten Kapitel. Das vierte Kapitel behandelt die empirische Forschung und setzt sich zu Beginn mit der KDA auseinander. Dabei habe ich die Forschungsgegenstände, wie bereits in der Einleitung formuliert, in nationale und europäische Bereiche unterteilt. Abgeschlossen wird das Kapitel durch eine Darstellung der möglichen Auswirkungen einer Unabhängigkeit Schottlands und einer Zusammenfassung der Ergebnisse.

Im fünften Kapitel kommt es zur Diskussion der theoretischen und empirischen Forschungsergebnisse und einer Reflexion einzelner zentraler Aspekte der Masterarbeit. Nach der Beantwortung der Hauptforschungsfrage und der Unterfragestellungen, schließe ich in einem Forschungsausblick und in einer Zusammenfassung der Erkenntnisse die Arbeit.

Nach dem inhaltlichen Teil befinden sich die Bibliografie, der Anhang und die Plagiatserklärung am Ende der Forschungsarbeit.

2. Theorie

Der Abschnitt zur Theorie teilt sich einerseits in die Begriffsdefinitionen und andererseits in die Theorien zur Sezession. Bei der Auswahl der Begrifflichkeit war es mir erstrangig ein Anliegen, Begriffe zu definieren, die im politischen Diskurs über die schottische Unabhängigkeit auf nationaler und europäischer Ebene regelmäßig auftreten und aus allgemeiner Sicht immer klar erklärt werden müssen, um ein umfassendes Verständnis zu erzeugen.

2.1. Begriffsdefinitionen

2.1.1. Freiheit

Einen allgemeinen Begriff von Freiheit zu definieren ist sehr schwer, wenn nicht sogar unmöglich. Es gibt viele unterschiedliche Zugänge zum Thema Freiheit.

Im Wesentlichen erklärt sich der Begriff der Freiheit „gemeinhin als Abwesenheit von Zwang“ und damit tritt ein bedeutender Faktor in die Erklärung des Wortes Freiheit ein (Neumann 1953: 26). Ein Denken von Freiheit, die Überlegung sich mit Freiheit überhaupt zu beschäftigen, betrifft die Auseinandersetzung mit dem Staat. Genauer gesagt mit der staatlichen Macht, mit dem Zwang, den die Exekutive jedes Landes auf das einzelne Individuum in der staatlichen Ordnung ausüben kann und darf. Damit wird wieder ein anderer Zugang zu diesem Thema eröffnet. „Der Mensch ist umso freier, je weniger die öffentliche Gewalt in seine Freiheitssphäre interveniert“ (Neumann 1953: 27). Dieses Zitat nach Neumann regelt das Verhältnis zwischen dem Menschen und dem Staat und zwar dahingehend, dass „der Staat den Menschen nicht mit Haut und Haaren verschlingen darf“ (Neumann 1953: 27).

Das (staatliche) Instrument für ein geregeltes Zusammenleben zwischen der staatlichen Institution als solches und dem Individuum ist das Recht. Nur durch das Recht kann der Staat Kontrolle über, in diesem Fall, seine Staatsbürger haben und die Ordnung aufrechterhalten. Aus dieser Konzeption heraus kommt man zum Begriff der „juristischen Freiheit“, der eigentlich auch als „anglo- amerikanischer Freiheitsbegriff“ aufgefasst werden kann (Neumann 1953: 26). Das Recht begründet sich auf drei unterschiedliche Definitionen (vgl. Neumann 1953: 28). Dabei wird Recht als „System von Verhaltensregeln“, als „Summe individueller Kompetenzen“ die vom Staat nicht berührt werden dürfen und als „Summe der positiven Rechtssätze“², welche auf der Grundlage der „geschriebenen Verfassung beruhen, angesehen und somit als gerechtfertigt betrachtet (Neumann 1953: 28).

Die als zweiter Punkt aufgezählten „Summe individueller Kompetenzen“ liegt ein weiterer zentraler Baustein der Freiheit zu Grunde und zwar die Grundrechte (Neumann 1953:28). Die Grundrechte „etablieren [...] eine Vermutung für die Freiheit [...] gegen den staatlichen Zwang“ (Neumann 1953: 28). Das entscheidende Schlüsselwort in diesem Zitat ist die Vermutung. Ver-

²Die Quelle des positiven Rechts ist die „staatliche Rechtssetzung“, insbesondere die „Gesetzgebung“ (Ucar/ Gschiegl 2009: 17).

mutungen können Zweifel offen lassen und müssen daher begründet werden, damit sie behandelt und relevant werden. Es gibt keine staatliche Macht auf der ganzen Welt und unabhängig zu welcher Zeit, die die Freiheit seiner Bürger „absolut und unbedingt anerkennen [muss]“ (Neumann 1953: 28). Der Staat hat das Recht in die Freiheitssphäre einzugreifen, jedoch erst muss er die Gründe vor Gerichten beweisen (vgl. Neumann 1953: 28). Die staatlichen Gerichte sind in diesem Fall die Institutionen, um die gestellten Vermutungen zu begründen oder zu verwerfen.

Diese Grundrechte sind für die Staatsbürger Freiheitsrechte und diese Rechte sind notwendig um die Freiheit aller Bürger ihrer Länder zu schützen und zu verteidigen (vgl. Neumann 38). Dabei ist vor allem zu beachten, dass Freiheit „mehr als die Verteidigung von Rechten gegenüber Macht [ist]“, denn sie garantiert „das Recht der Entfaltung der menschlichen Fähigkeiten, [...] weil wir keiner politischen Ordnung [...] ganz trauen [können] zu entscheiden, was für uns gut oder schlecht ist“ (Neumann 1953: 38). Kein Bürger kann demnach einem Staat und seiner Führung komplett Vertrauen schenken, denn die Freiheit kennt nur einen Feind, „nämlich den Staat“ selber (Neumann 1953: 41).

Betrachtet man die verschiedenen Perspektiven des Freiheitsbegriffs in den vorhergehenden Absätzen, so lässt sich folgende Definition zusammenfassen: Die Freiheit der Staatsbürger wird durch die staatliche Ordnung eines jeden Landes geregelt. Sollte die staatliche Macht das in ihr gesteckte staatsbürgerliche Vertrauen missachten bzw. missbrauchen, so haben die Staatsbürger aufgrund ihrer Freiheit das Recht aufzubegehren und eine Intervention gegen den Staat zu führen. Dieses Recht auf Intervention gegenüber dem Staat ist Freiheit, die jeden Bürger aufgrund seiner staatsbürgerlichen Rechte zusteht.

2.1.2. (Schottischer) Nationalismus

Der Begriff des Nationalismus geht auf das Wort der Nation (aus dem lat. Natio= Geburt, Geschlecht, Art, Volk) zurück und bezeichnet eine „Gemeinschaft von Menschen, die sich aus [...] politischen Gründen zusammengehörig [...] fühlen (Riescher 2005: 596). Dabei geht nach heutiger Auffassung der Nationalismus stets mit dem Begriff der Ideologie im Hinblick auf den Nationalstaat einher und untermauert eine „bewusste Identifikation“ mit der Gemeinschaft (Riescher 2005: 599).

Aus dieser allgemeinen Definition heraus gibt es zwei bestimmte Ausformungen des Nationalismus: Der „inklusive“ Nationalismus ist die gemäßigte Form des Nationalismus und kann auch als Patriotismus bezeichnet werden (Riescher 2005: 599). Es werden alle politischen Interessensgruppen in das politische System eingeschlossen (vgl. Riescher 2005: 599). Als positives Beispiel dazu kann der Patriotismus in den Vereinigten Staaten gesehen werden. Im Gegensatz dazu steht die Form des „exklusiven“ Nationalismus, welcher sich durch ein „übersteigertes Wertgefühl“ auszeichnet und sich gegenüber anderen Gruppen oder Staaten komplett abgrenzt (Riescher 2005: 599). Die extremste Form des Nationalismus aus der Geschichte heraus betrachtet, war beispielsweise der deutsche Nationalsozialismus, der italienische Faschismus sowie die „ethnischen Säuberungen“ in der Sowjetunion (Riescher 2005: 599).

Die schottische Geschichte ist geprägt vom Nationalismus der letzten Jahrhunderte bis heute. Viele verbinden mit Schottland klassische Dinge wie Whisky, den Dudelsack, den Highlands oder den Kilt. Dennoch liegt die schottische Identität nicht nur in bekannten Exportprodukten. Schottland ist „mythenumwoben“, das wissen auch die Schotten selber (Maurer 2008: 11). In Schottland, dem Land „am Rande Europas“ spielt der „politische Nationalismus“ die Hauptrolle in der gesellschaftlichen Auseinandersetzung (Schreiber 1990, Eickhoff 1994:7). Bei dieser Form des Nationalismus handelt es sich um eine Form, welche sich in der „zweiten Hälfte dieses Jahrhunderts herauskristallisiert“ hat und eine Aufarbeitung braucht (Eickhoff 1994: 8).

Während sich der Nationalismus in anderen Gebieten wie Südtirol, Korsika oder im Baskenland vor allem durch paramilitärische Aktionen auszeichnete und dadurch Aufmerksamkeit in der medialen Öffentlichkeit erlangte, sollte der Nationalismus der Schotten vor allem in einem friedlichen Rahmen bleiben und „im täglichen Leben mit dem Stimmzettel“ seinen Ausdruck finden (Eickhoff 1994: 8). Wie kann also der schottische Nationalismus definiert werden? Eine Vielzahl an nationalistischen Bewegungen innerhalb und außerhalb von Europa geben sich mit der „Anerkennung einer kulturellen und/ oder politischen Autonomie“ zufrieden, andere Gruppen pochen auf ihr Recht zur Gründung bzw. Etablierung ihres „eigenen separaten Staates“ (Eickhoff 1994: 8). In Schottland gehört zu dieser Gruppe die derzeit regierende SNP. Konkret handelt es sich um einen sogenannten „staatenlosen Nationalismus“, der mit dem anderen Nationalismus bereits „existierender Staaten“, in diesen Fall dem Vereinigten Königreich (insbesondere England), kollidiert und somit zu Konflikten führt (Eickhoff 1994: 8).

Doch woher kommt der Nationalismus in Schottland? In diesen Zusammenhang kann es kein Phänomen der letzten zwanzig Jahre sein und ein Aufkeimen des Nationalismus durch die EU-

Mitgliedschaft kann ebenso ausgeschlossen werden, da sich der Nationalismus nicht gegen Europa als Staatenbund richtet, sondern gegen die Verbindung mit dem Vereinigten Königreich unter starker Einflussnahme der Engländer. Der Nationalismus der Schotten gründet sich auf eine „jahrhundertealte eigenstaatliche Tradition“ und muss daher in der Geschichte vermutet und gesucht werden (Eickhoff 1994: 8). Ich werde nun in diesem Abschnitt keine umfassende historische Aufarbeitung betreiben, da ich im Kapitel zum politischen System Schottlands (3. Das politische System Schottlands) den geschichtlichen Hintergrund beleuchten werde. Es sollen Kernthemen der schottischen Geschichte aufgegriffen und entscheidend auf den Nationalismus begründet werden.

Das Jahr 1603 war ein bedeutender Einschnitt in der schottischen Geschichte. Erstmals war es einem schottischen König gelungen, auf den englischen Thron zu steigen und Macht über die Britischen Inseln zu übernehmen (vgl. Maurer 2008: 12). Es war sein Wunsch und Ziel die beiden Länder näher beisammen zu bringen (vgl. Maurer 2008: 12). Doch die Zusammenführung passierte erst im Jahre 1707. Durch den „Act of Union“ wurde eine Personalunion zwischen Schottland und England eingegangen (vgl. Maurer 2008: 12). Ab diesen Zeitpunkt verlor das Land seine Eigenstaatlichkeit und wurde ein fester Bestandteil des britischen Weltreiches.

Jahrhunderte später sollte durch den neuen britischen Premierminister Tony Blair dieser Zustand verändert werden. Bei seinem Amtsantritt 1997 legte er mit seinem Kabinett umfassende Pläne zur „Dezentralisierung politischer Handlungsbefugnisse, die Devolution in Schottland und Wales“ vor (Becker 2002: 63). Unter dem Begriff der Devolution versteht man die „Übertragung bestimmter Rechte, die [...] der Zentralregierung zustehen, auf [...] einzelne Landesteile“ (Becker 2002: 63). Tabelle 1 zeigt die unterschiedliche Zustimmung zur Unabhängigkeit und zur Devolution in Schottland. Die Ergebnisse zeigen im Jahre 1990 eine fast gleichmäßige Aufteilung der Meinung zur Unabhängigkeit, zur Devolution und zum Status Quo.

Tabelle 1: Meinungsumfragen zur schottischen Unabhängigkeit (in Prozent)

	1945	1965-1974	1988	1990
Independence	8	22	33	38
Devolution	53	63	42	42
Status Quo	39	15	25	20

Quelle: Gallup Poll in Nationalism in the Nineties 1991: 31

Im Jahre 1997 kam es zu einem Referendum über Dezentralisierung der politischen Kompetenzen. Eine Mehrheit der Schotten entschied sich für ein eigenes Parlament (74,3%) mit eigener Steuerbefugnis (63,5%) (vgl. Becker 2002: 65) (Sturm 2009: 65). So konnte am 13. Mai 1999 durch die erste Präsidentin Winnie Ewing das Parlament in Edinburgh eröffnet werden (vgl. Maurer 2008: 12). Dadurch bekam die nationale Bewegung einen enormen Aufschwung; es sollte die SNP in ihren Bestrebungen für einen eigenen schottischen Staat bestätigen.

Zum Abschluss des Abschnittes zum schottischen Nationalismus möchte ich einige Punkte aufzählen, die den Wunsch der Schotten nach einem eigenen Staat begründen:

1. „Schottland hat eine eigene Geschichte“ (Maurer 2008: 300).

Das Land ist geprägt von Heldenepen, den Kampf gegenüber den englischen Besatzern und durch bedeutende Erfinder. Aus dieser Tradition heraus identifiziert sich die schottische Bevölkerung mit ihrem Land und nicht mit den in Personalunion stehenden Engländern. Der Erfinder der Dampfmaschine James Watt, die politischen Philosophen David Hume und Adam Smith sowie Alexander Fleming, der Erfinder des Penizillins, waren allesamt Schotten (vgl. Maurer 2008: 11).

2. Das Land und die Bevölkerung verfügen über einen „Komplex nationaler Eigenschaften“, die sie vom Rest der Welt deutlich abgrenzt (Maurer 2008: 300).

Neben der geografischen Besonderheiten wie den Highlands, gehört es zum „europäischen Allgemeinwissen“, dass die Schotten „sparsam und zäh [...] sowie trinkfest“ sind (Maurer 2008:

300). Obwohl diese Klischees noch jüngeren Datums sind, ist das Drama MacBeth von William Shakespeare ein Sinnbild der schottischen Geschichte und der Identitätsbildung (vgl. Maurer 2008: 11).

3. Schottland hat sein eigenes Recht (vgl. Maurer 2008: 300).

Das Rechtssystem wurde im Mittelalter zwar durch das englische Common Law System beeinflusst, bewahrte aber dennoch seine Eigenständigkeit (vgl. Maurer 2008: 300). Im Rechtssystem findet sich eine Entwicklung aus dem Jahre 1707. Die in diesem Jahr geschaffene Personalunion zwischen England und Schottland war der erste Schritt zu einem „weltweit einzigartigen“ Rechtssystem (Leutgeb 1995: 3). Es ist ein Rechtssystem ohne eine gesetzgebende Körperschaft, wobei es eine Verbindung von einerseits Präzedenzfällen und andererseits des kodifizierten deutsch-französischen Rechtssystem darstellt (vgl. Leutgeb 1995: 4). Die Einflüsse etwa aus dem französischen Raum erklären sich dahingehend, dass die Schotten bereits seit Jahrhunderten enge Kontakte zum europäischen Festland unterhielten und die schottischen Gelehrten nicht nach England zum Studium, sondern an die großen europäischen Universitäten gingen und später ihre Erfahrungen in das schottische Rechtssystem einfließen ließen (vgl. Leutgeb 1995: 4). Durch die immer stärkere englische Dominanz passte sich das System mehr dem englischen an (vgl. Leutgeb 1995: 4). Dennoch handelt es sich bei dem schottischen Recht um eine „eigenständige Rechtsordnung innerhalb des Vereinigten Königreichs Großbritannien und Nordirland, gleichberechtigt neben dem englischen Recht“ (Weber 1978: VII). Aus diesem Grund findet es auch so große Beachtung in der rechtswissenschaftlichen Literatur. Es ist ein „funktionierendes Mischsystem der beiden großen von Europa ausgehenden Rechtsfamilien, dem angloamerikanischen Rechtskreis und dem kontinental – europäischen Rechtskreis“ (Weber 1978: VII). Das höchste Zivilgericht, das „Court of Session“, besteht aus 25 Richtern und hat seinen Sitz im Parlamentsgebäude von Edinburgh (vgl. Leutgeb 1995: 4). Der oberste Richter von Schottland bekleidet von Amtswegen her zwei Titel: er ist sowohl „Lord President of the Council“ im Zivilrecht und „Lord Justice General“ im Strafrecht (Leutgeb 1995: 4).

4. In religiösen Fragen hat Schottland seine eigene Kirche und seine eigene Konfession (vgl. Maurer 2008: 300).

Dabei gibt es im Land die „Kirche von Schottland“ und die katholische Kirche mit ca. 770 000 Gläubigen an der Spitze der Religionsgemeinschaften (Leutgeb 1994: 6). Eine weitere starke

Gruppe bildet die Religion der Episkopalkirche gefolgt von anderen Religionen wie Moslems, Buddhisten usw. (vgl. Leutgeb 1994: 6).

5. Trotz dem starken englischen Einfluss behielt sich Schottland ebenso die Unabhängigkeit in den Strukturen und in den Lehrplänen zum Bildungssystem (vgl. Maurer 2008: 300).

Dieser Umstand trägt vor allem zur eigenen schottischen Identitätsbildung bei (vgl. Maurer 2008: 301).

6. Dennoch fehlt den Schotten etwas Wesentliches, was sie von den Engländern komplett abgrenzen würde: ihnen fehlt die Nationalsprache (vgl. Maurer 2008: 301).

Die „autonome Entwicklung“ der Sprache der Schotten wurde im 15. Jahrhundert unterbrochen und setzte sich dann im Englischen fort (Maurer 2008: 301).

Das Gälische kann nur als eine Art von „schottischer Zweitsprache“ verstanden werden (Maurer 2008: 301). Im hohen Norden wurde lange Zeit Norwegisch („Altnordisch“) gesprochen (Maurer 2008: 12). Das Gälische sollte sich erst später durchsetzen (vgl. Maurer 2008: 12). Parallel dazu kam im 15. Jahrhundert eine „angelsächsische Sprache“, das Scots, als „Literatursprache“ hinzu und sollte die Sprachenvielfalt in Schottland um eine Facette reicher machen (Maurer 2008: 13). Durch die immer stärkere Verbundenheit mit den Engländern im Süden fasste die englische Sprache weiter Fuß.

Heute wird die Zahl der Schotten, welche Gälisch sprechen auf 60 000 Personen, die Zahl der Scots sprechenden Bevölkerung auf ca. 1,5 Millionen geschätzt (Maurer 2008: 13). Alle Quellen gehen davon aus, dass fast 100% der gesamten Einwohner von Schottland Englisch sprechen (vgl. Maurer 2008: 13).

Der Begriff des schottischen Nationalismus ist unverkennbar mit dem Begriff der schottischen Nation verbunden und somit ebenfalls gleichbedeutend mit der Entwicklung der schottischen Bevölkerung über die Jahrhunderte hinweg.

In Maurers Buch „Kleine Geschichte Schottlands“ (Maurer 2008) wird der „schottische Weg“, als eine besondere Form des Umgangs mit anderen kulturellen Elementen angesehen (Maurer 2008: 58). Dabei war es vor allem aus der Geschichte heraus das Einbinden bzw. das Einbetten von Einwanderern aus ganz Europa nach Schottland, welche den „Kontakt“ zu der einheimischen Bevölkerung suchten, der Brückenschlag um den sogenannten „schottischen Weg“ zu bestreiten (Maurer 2008: 58-59).

Der Umstand, dass Schottland niemals erobert wurde, führte zu einer „machtpolitischen Asymmetrie“ im Land (Maurer 2008: 59). Keine äußere Kultur (weder die Bestrebungen der Normannen noch die der Engländer) konnte sich auf längere Zeit gesehen bei den Schotten durchsetzen, da die schottische Kultur niemals an der „Aufnahme“ bestimmter anderer kultureller Elemente zerbrach (Maurer 2008: 59).

Gegen diese These spricht das Jahr 1707, zu diesem Zeitpunkt wurde, wie bereits erwähnt, die Personalunion zwischen Schottland und England eingegangen und somit die schottische Herrschaft eingeschränkt. Die Engländer haben sich durch diese Herrschaftsform Schottland jedoch nicht komplett einverleiben können.

Das Land „am Rande Europas“ hat eine bemerkenswerte Entwicklung durchgemacht, da es neben England, Irland und Wales aufgrund einer „Kultursynthese“ zwischen den einzelnen europäischen Elementen einen eigenen Patriotismus für sich selber entwickelte (Schreiber 1990; Maurer 2008: 59).

In Schottland übt man einen neutralen Patriotismus aus, der sich im Gegensatz u.a. zum Baskenland in der Form „im täglichen Leben mit dem Stimmzettel“ äußert (Eickhoff 1994: 8). Es gab einen ständigen Abwehrkampf gegen fremde Mächte. Waren es zu Beginn der Entwicklung des Landes die Wikinger, die für Unruhe sorgten, sollten die größten Gegner dann die Engländer werden. Obwohl die Engländer zu vielen Zeitpunkten in der Geschichte die militärische Überhand in den Auseinandersetzungen hatten, bewährte sich der „Komplex nationaler [schottischer] Eigenschaften“ um die Behauptung der Eigenständigkeit (Maurer 2008: 300).

Die Sprache entwickelte sich stetig weiter und führte über die Erzählungen von nationalen Helden wie Robert Bruce oder William Wallace zu einem festen Glauben an die eigene Stärke des Landes.

Die wissenschaftlichen Quellen sprechen vielfach vom Land Schottland und von der bekannten eigenstaatlichen Tradition, obwohl diese von den Engländern dominiert wird. Die Dominanz ist korrekt, aber die schottische Bevölkerung darf in keinsten Weise übersehen werden. Wie die bereits 1997 durchgeführte Volksabstimmung veranschaulicht, war die Etablierung eines eigenen schottischen Parlaments von zentraler Bedeutung. Für die Zukunft war dies ein wesentlicher Zwischenschritt für das voraussichtlich am 18. September 2014 stattfindende Referendum über die staatliche Selbstständigkeit des Landes als Höhepunkt der nationalen Bewegungen.

2.1.3. Referendum

Ein Referendum ist ein demokratisches Instrument um die Entscheidung eines politischen Sachverhaltes nicht von der gewählten Regierung bzw. des Parlaments abhängig zu machen, sondern von der Bevölkerung des jeweiligen Landes. Referenden oder Volksabstimmungen sind Möglichkeiten für die Bürger, unmittelbar Einfluss auf das politische System ihres Landes zu nehmen.³

Referenden wurden und werden auf der ganzen Welt abgehalten und spielen eine bedeutende Rolle u.a. in der Lösung jahrhunderter dauerender ethnischer Konflikte (vgl. Qvortrup 2012: 4). Das Referendum in Schottland am 18. September 2014 wird eine besondere Bedeutung einnehmen. Ohne in diesem Abschnitt näher auf die Kapitel der Definition von Sezession (2.2.1. Sezession) und den Sezessionstheorien (2.2.2. Sezessionstheorien) vorzugreifen, möchte ich einen interessanten Umstand im Vorfeld der politischen Diskussion rund um das schottische Referendum darstellen und diskutieren.

Eine zentrale Frage in diesem Zusammenhang ist, wie viele Referenden über die schottische Unabhängigkeit abgehalten werden sollen? Als die Schotten begonnen haben, über ihre Unabhängigkeit zu sprechen, war ein Teil der Meinung, man brauche zwei Referenden, um über die Unabhängigkeit zu entscheiden (vgl. Qvortrup 2012: 4). Eines in dem Territorium mit dem Wunsch sich abzuspalten und ein anderes in dem „Mutterland“ (Qvortrup 2012: 4). Nur durch das Durchführen beider Volksabstimmungen über die Zukunft beider Länder könnte ein relevantes Ergebnis zustande kommen.

In der politischen Geschichte gab es bisher nur zwei solcher Fälle, wo zwei Volksabstimmungen durchgeführt wurden (vgl. Qvortrup 2012: 4). Es handelte sich dabei um den Verkauf der „Virgin Island“ von Dänemark an die USA im Jahre 1916 und im Jahre 1961 als der französische Staatspräsident Charles de Gaulles zwei Referenden in Algerien und Frankreich organisierte (Qvortrup 2012: 4).

Ein gewichtiges Argument für das Abhalten von zwei Volksabstimmungen ist die Tatsache, dass eine mögliche Unabhängigkeit Schottlands ebenso ungewisse Auswirkungen auf das ge-

³ Die Volksabstimmungen haben ihren Ursprung in der griechischen und römischen Antike (vgl. Schultze 2005: 1115). Alle wichtigen Entscheidungen fielen in der „Volksversammlung zusammentretender Stimmbürger“ (Schultze 2005: 1115).

samte Vereinigte Königreich haben kann und alle Britten ein Recht haben, über die Zukunft zu entscheiden (vgl. Qvortrup 2012: 4).

Dabei wird eine Frage interessant: Was passiert, wenn die Schotten sich für eine Unabhängigkeit entscheiden und der Rest des Vereinigten Königreiches dagegen ist? Es entsteht eine Pattsituation. Ab den 1990er Jahren wurde es eine „generally accepted practice“, das im Internationalen Recht nur das „seceding country“ abstimmt (Qvortrup 2012: 4). Eine andere Möglichkeit bestünde darin, dass London das Ergebnis der Volksabstimmung ignorieren könnte (vgl. Qvortrup 2012: 5)⁴. Dadurch wird jedoch die Glaubwürdigkeit von Referenden untergraben. Es könnte zu Unruhen in der Bevölkerung kommen. Es hängt viel vom „context, spirit, and the political climate of the referendum“ ab (Qvortrup 2012: 7). Alle diese Faktoren sind in jedem Land unterschiedlich und schwierig zu interpretieren. Ein jedes Referendum soll einfach der Bevölkerung die Möglichkeit geben, ihre Meinung zu einem staatlichen Sachverhalt abzugeben und sich in die politischen Geschäfte einzubringen.

2.1.4. Selbstbestimmungsrecht aus völkerrechtlicher Sicht

Wird von einer möglichen Unabhängigkeit von Schottland gesprochen, so muss auch der Begriff des Selbstbestimmungsrechtes erörtert werden. Das „Selbstbestimmungsrecht der Völker [spielt] eine wichtige Rolle“ und ist zentraler Bestandteil eines „Ideenkomplexes“, der auch die Volkssouveränität, die Demokratie und die Verfassungsstaatlichkeit miteinschließt (Boysen 2009:427)⁵. Die Volkssouveränität nimmt in diesem Zusammenhang einen enormen Stellenwert ein, da sie in ihren Grundsätzen verlangt, dass „jede staatliche Machtausübung vom Volkswillen“ ausgeht und das Selbstbestimmungsrecht in diesem Fall das Volk befugt „verfassungsgebende Gewalt“ auszuüben (Boysen 2009: 431).

⁴1964 wurde in Süd-Rhodesien ein Referendum abgehalten und das Ergebnis von Vereinigten Königreich abgelehnt (vgl. Qvortrup 2012: 5).

⁵Volkssouveränität bezeichnet das „Prinzip der Legitimation politischer Herrschaft“. Je nach politischem System ist entweder das Volk (Volkssouveränität) oder der Herrscher (Fürstensouveränität) der Träger der Macht im Staat (Weiß 2005: 1119). Mit der amerikanischen (1774) und der französischen (1789) Revolution hielt die Volkssouveränität Einzug in das politische demokratische Denken (vgl. Weiß 2005: 1119).

Unter dem Begriff der Verfassungsstaatlichkeit bzw. der Verfassung versteht man die „grundlegenden Bestimmungen über die Staatsorganisation, [...] sowie die Rechtsstellung der Bürger“ (Schwegmann 2005: 1065).

Wenn die Macht bzw. das Selbstbestimmungsrecht vom Volk ausgeht, wer wird als Volk eines Staates angesehen? Das Volk eines Staates ist die Summe seiner Staatsbürger. Dadurch wird die Frage aber nicht umfassend beantwortet. Für Entscheidungen, unabhängig welcher Art, wird immer eine Mehrheit gebraucht und übrig bleibt eine Minderheit des Volkes. Die Generation nach dem Zweiten Weltkrieg sah in der „majority view“ (die Mehrheitsmeinung) die „population of the state“ (die Bevölkerung eines Staates) (Pavkovic/ Radan 2003: 10). Dabei entsteht ein Prozess der Dualität zwischen der Mehrheit und der Minderheit eines Staates. Die Geschichte hat gezeigt, dass in politischen Entscheidungen die Interessen von Mehrheit und Minderheit immer wieder große Probleme ausgelöst haben. So werde ich in diesem Abschnitt auch noch auf das Beispiel des 14- Punkte Programms des US- Präsidenten Woodrow Wilson, wo die Frage nach den Minderheiten von Völkern marginal behandelt wurde, eingehen.

Der Gedanke zum Selbstbestimmungsrecht der Völker trat in einer Zeit in die politischen Überlegungen, als die „legitimierende Kraft“ des Krieges „als Rechtfertigung [...] von Veränderung [...] der Staatenordnung immer mehr schwand“ (Boysen 2009: 434). Dadurch sollten die nächsten Generationen von Kriegen befreit werden und Konflikte durch Verhandlungen beseitigt werden.

Aus historisch-theoretischer Sicht gehen diese Ideen der Veränderung der staatlichen Ordnung auf Immanuel Kant zurück, der mit seinen Lehren des Idealismus ein Weltbürgertum und einen Weltstaat zu begründen versuchte (vgl. Hilpold 2008: 117). In den Ausführungen von Immanuel Kant treffen wir in diesem Zusammenhang ebenso auf die Idee einer „Weltrepublik“ und einer „Weltregierung“ (vgl. 7.6. Internetquellen – Weltregierung). Das Konzept der „Weltregierung“ wird von Kant aber zusehends verworfen, da er die Befürchtung hegt, dass diese Regierung schnell korrupt und in ein diktatorisches System übergeht (vgl. 7.6. Internetquellen – Weltregierung).

Diesen Bewegungen zum Trotz wurden das Völkerrecht bzw. die „Herren des Völkerrechts“ zu einem Gegenspieler der weltbürgerlichen Ideen eines Immanuel Kants (Hilpold 2008: 117). Identitäten wurden immer noch als nationale Symbole und Aufgaben gesehen und „nationale Egoismen“ sind nach wie vor die stärksten Antriebe für die Durchsetzung der eigenen Interessen gegenüber anderen Nationalstaaten (Hilpold 2008: 118). Die neuen Konzeptionen und Theorien zum Nationalstaat erfassten das Selbstbestimmungsrecht und damit jedes einzelne Volk als „ethnisch-kulturelle Individualität“ und betonten verstärkt das „nationale Zusammengehörigkeitsgefühl als Grundlage des Selbstbestimmungsrechts“ der Völker (Boysen 2009: 435). Nun war die

„Nation [...] Trägerin des Selbstbestimmungsrechtes“ (Boysen 2009: 435). Mit dem Ende des Ersten Weltkrieges und dem Sieg der Alliierten war es der US-amerikanische Präsident Woodrow Wilson, der mit seinem 14-Punkte System eine nationalstaatliche Ordnung in Europa errichten wollte. Wilsons Plan jedoch war nicht darauf aufgebaut die „Minderheiten und die Völker zu unterscheiden“ und dies sollte zu einer „Vielzahl [...] willkürlicher Grenzziehungen“ in Europa führen (Boysen 2009: 435).

Wilson's 14-Punkte Programm brachte u.a. folgende Forderungen:

- Neuordnung der Kolonien nach den Interessen der Kolonialvölker
- Wiederherstellung Belgiens
- Neuziehung der französischen Grenze zum Vorteil Frankreichs, deutsche Wiedergutmachung von Kriegsschäden in Frankreich, auch die des Krieges von 1871
- Neuziehung der italienischen Grenze „entsprechend den Nationalitäten“
- Autonomie für alle Völker des Habsburg-Reiches
- Neuziehung der Balkangrenzen entsprechend Geschichte und Nationalität, Zugang Serbiens zum Meer
- Souveränität für die Türkei aber Autonomie für die von ihr besetzten Gebiete im Osmanischen Reich, freie Durchfahrt für alle an Meerengen wie dem Bosphorus
- Aufbau eines polnischen Staates mit Zugang zum Meer
- Aufbau eines Völkerbundes als internationale Schiedsstelle (vgl. 7.6. Internetquelle – 14. Punkte Programm)

Der Plan umfasste einige gravierende Einschnitte in die bisherige Staatenordnung von Europa. Im Zuge der Neugestaltung der staatlichen Verhältnisse nach dem Ersten Weltkrieg, waren politische Spannungen in den einzelnen Ländern (Frankreich, Deutschland) nur eine Frage der Zeit. So stand nicht das „Interesse und der Nutzen der betroffenen Bevölkerung“ im Vordergrund, sondern es herrschte der Grundsatz, wer siegt hat „Anspruch auf die Beute“ (Hilpold 2008: 119). Damit waren die Grundsteine für eine neuerliche kriegerische Auseinandersetzung in Europa bereits früh gelegt worden und diese Fehler bewahrheiteten sich in der Katastrophe des Zweiten Weltkrieges.

Durch den Prozess der Dekolonialisierung bekam das Selbstbestimmungsrecht einen neuen Charakter. Eine Dimension des Selbstbestimmungsrechtes betrifft die „Entscheidungsfreiheit über den Territorialstatus“ und somit in weiterer Folge ein „Recht auf Eigenstaatlichkeit“ (Boysen 2009: 438). Dabei werden erste Gedanken zum Recht auf Abspaltung bzw. das Recht auf Sezession aufgegriffen (siehe unten). Abschließend sei erwähnt, dass die „freie Entscheidung eines Volkes über seinen politischen Status [...] die Inhaber [...] von Herrschaft [...] auf die stetige Legitimationsbedürftigkeit verweist“ und dass jede „Selbstbestimmungsentscheidung“ von den gegenwärtigen Bedingungen abhängig ist (Boysen 2009: 439).

Das bedeutendste Ziel ist es dabei, Kriege zu vermeiden, den Frieden der Völker untereinander auf der Basis des Selbstbestimmungsrechtes zu gewährleisten und für alle Zeit zu beschützen. Das Selbstbestimmungsrecht der Völker wird allzu oft mit „nationalen Egoismen“ gleichgesetzt (Hilpold 2008: 118). Dabei erfassen die neuen Ideen des Selbstbestimmungsrechts jedes einzelne Volk als „ethnisch-kulturelle Individualität“ (Boysen 2009: 435). Das Recht auf Selbstbestimmung darf nicht als beliebiges Recht angesehen werden, es soll vor allem Staaten aus Abhängigkeiten (siehe Kolonialismus) befreien und den Volkswillen in jeglicher Form unterstützen.

2.2. Begriff und Theorie zur Sezession

2.2.1. Sezession

Der Begriff der Sezession wird in unterschiedlichen internationalen politischen Debatten verwendet und ist zu einem emotionalen Begriff in hitzig geführten Auseinandersetzungen unterschiedlicher Interessensgruppen geworden.

Bei einer Sezession geht es um die „Abtrennung eines Teilgebietes eines Gesamtstaates“ (Hilpold 2008: 122). Von einem bereits bestehenden Staat löst sich ein Teil oder eine Region ab und möchte Eigenstaatlichkeit erlangen. Die beiden Theoretiker Pavkovic und Radan gehen in ihrer Definition sogar noch einen Schritt weiter und sehen in der Sezession die „ultimate assertion of sovereignty“ (die ultimative Behauptung von Souveränität) (Pavkovic/ Radan 2003:7).

Vorab ist zu klären, welche Kriterien notwendig sind, damit ein Staat als Staat bezeichnet werden kann. Der Wiener Rechtsgelehrte Georg Jellinek⁶ definierte die Bedingungen, die ein Terri-

⁶Georg Jellinek (1851-1911) wurde in Leipzig geboren und studierte in Wien Rechtswissenschaften, Kunstgeschichte und Philosophie. (vgl. 7.6. Internetquellen – Staatselemente).

torium erfüllen musste, um als vollwertiger Staat akzeptiert zu werden. Für Jellinek sind die drei Staatselemente das „Staatsvolk“, das „Staatsgebiet“ und die „Staatsmacht“ entscheidend, damit ein Staat als ein Staat nach außen hin in Erscheinung treten kann (vgl. Internetquellen – Staatsgebiet). Eine sehr ähnliche Definition des Begriffes des Staates ist, dass er eine „political organisation that exercises ultimate sovereignty over a delimited territory and its inhabitants“ (Pavkovic/ Radan 2003: 3). Ein zentraler Punkt für Pavkovic und Radan spielt dabei die „equality“ (die Gleichheit) aller Staaten (Pavkovic/ Radan 2003: 3). Diese Gleichheit bezieht sich auf die Rechte und Pflichten der einzelnen Staaten innerhalb der Staatengemeinschaft. Nur durch die Wahrnehmung politischer Aufgaben in der internationalen Politik herrscht, überspitzt formuliert, eine gegenseitige Akzeptanz unter den Staaten. Dadurch wird das politische Gleichgewicht erhalten.

Was spricht nun gegen ein völkerrechtlich legitimes Sezessionsrecht der Völker?

Ein erstes Argument gegen ein völkerrechtlich verankertes Sezessionsrecht meint, dass die „Staatengemeinschaft [...] kein Selbstmörderclub“ ist (Hilpold 2008: 122). Laut Hilpold gibt es Schätzungen, wonach mit einem Sezessionsrecht zwischen 1.500 und 3.000 neue Staaten entstehen würden. Dieser schwerwiegende Anstieg neuer staatlicher Gebilde würde zu einem Chaos in der Staatengemeinschaft und auf der Welt mit ungeahnten Ausmaßen führen (vgl. Hilpold 2008: 119). Es gibt bereits mit 193 UNO - Mitgliedsstaaten genug Probleme und Verhandlungsbedarf, der Gedanke, Weltpolitik mit ungefähr 3 000 Staaten betreiben zu müssen, ist schon schier unglaublich (vgl. Hilpold 2008: 119).

Es gibt kein Recht auf Sezession, jedoch ist die Sezession auch nicht verboten (vgl. Hilpold 2008: 123). Daraus entsteht eine interessante Ausgangslage in dieser (völker-) rechtlichen Diskussion. Würde es ein Verbot für die Abspaltung von einem Land geben, wer würde dieses Verbot exekutieren? In diesem Fall müsste die Staatengemeinschaft entweder durch Verhandlungen den abtrennungswilligen Landesteil zur Rückkehr zum Mutterland überzeugen, oder sie mit Waffengewalt einfordern. Sollte es zur Anwendung von Gewalt kommen, so wäre die „daraus resultierende Stabilität nur eine scheinbare“, da solch eine Vorgehensweise „ungemein zerstörende Folgewirkungen“ auf das Land und auf dessen Umfeld haben könnte (Hilpold 2008:124). In diese Betrachtungen fallen regelmäßige Aufstände im betroffenen Landesteil, oder terroristische Anschläge durch paramilitärische Truppen. Die Staaten würden auf längere Sicht in einem Zustand der Anarchie versinken und Probleme in die bestehende Staatengemeinschaft mit einbringen.

Das Völkerrecht regelt solche Fälle also nicht. Was passiert mit abgetrennten Landesteilen (vgl. Hilpold 2008: 124)? Nun liegt es an der Staatengemeinschaft, den neuen Staat in die Gemeinschaft zu integrieren und ihm dieselben Rechte und Pflichten wie jedem anderem Mitglied zu übertragen (vgl. Hilpold 2008: 124). Mit dieser Situation ergeben sich neue Möglichkeiten, innerhalb der Staatengemeinschaft effektiver zu werden. Dennoch muss die Staatengemeinschaft in diesem Zusammenhang vorsichtig und sehr diplomatisch vorgehen, bevor sie dem neu geschaffenen Staat Rechte und Pflichten überträgt. Sollte es zu einer „vorzeitigen Anerkennung“ durch die Staaten kommen, so könnte dieser Umstand der diplomatischen Legitimation destabilisierende Auswirkungen auf das verlassene Mutterland haben und zu gewalttätigen Konflikten führen (Hilpold 2008: 124)⁷.

Passend zu diesen Ausführungen ist das Beispiel des Staates Montenegro. Ein Staat auf dem Balkan, der jahrzehntelang Teil Jugoslawiens war. Dr. Paul Parin, ein Schweizer Arzt und Schriftsteller, war 1944 als Freiwilliger im Kampf gegen den Faschismus in Montenegro gelandet und beschreibt seine ersten Eindrücke des Landes wie folgt: „Ein montenegrinischer Nationalismus, war nicht einmal im Ansatz zu erkennen“ (Fürst 2005: 1). Er war der Ansicht, dass „die Montenegriner [...] ein selbstbewusster Menschenschlag waren“ und, dass auch nach dem Tode Titos „sich Montenegro sich seine Eigenständigkeit bewahrt“ hatte (Fürst 2005: 2).

Im Sommer 1999 sollte eine Wende in dem bisherigen kriegerischen Jahrzehnt auf dem Balkan einsetzen. Die NATO flog Luftangriffe, um der „Vertreibungs- und Eroberungspolitik“ Serbiens ein Ende zu setzen (Fürst 2005: 5). Obwohl der damalige serbische Machthaber Slobodan Milosevic Montenegro als seinen „Kasernenhof“ betrachtete, konnte sich das Land dennoch immer mehr von der serbischen „Umklammerung“ lösen und eine eigenständige Politik betreiben (Fürst 2005: 5). So groß das Interesse der westlichen Welt Ende der 1990er Jahre am Balkan war, so schnell sollten durch die Terroranschläge 2001 neue Kriegsschauplätze gewichtigere Bedeutung für die USA und seine Verbündeten bekommen (vgl. Fürst 2005: 6). All diesen Entwicklungen zum Trotz, war die EU immer präsent am Balkan. Internationale Truppen stehen „fast ausschließlich unter europäischen Kommando“ (Fürst 2005: 7). Durch diese permanente starke Zuwendung von Europa und deren Werte, setzte Montenegro einige Jahre den entscheidenden Schritt. Am 21. Mai 2006 fand ein Referendum über die Unabhängigkeit des Landes statt (vgl.

⁷Anerkennung ist ein „völkerrechtlicher Hoheitsakt“ auf zwischenstaatlicher Ebene, welcher als die grundlegende Voraussetzung für die „Aufnahme von Staaten“ u.a. in internationale Organisationen gilt (Schneckener 2005: 21).

Carnbring 2009: 5). Durch diesen Schritt entschied sich eine knappe Mehrheit von über 55% der Montenegriner für eine Abspaltung und so wurde auch die letzte der sechs ehemaligen jugoslawischen Teilrepubliken unabhängig. Im Gegensatz zu den anderen Abspaltungen im ehemaligen Jugoslawien war diese friedlich und sie war nicht von kriegerischen Auseinandersetzungen geprägt (vgl. Carnbring 2009: 5).

Mit Schottland gibt es hier einige Gemeinsamkeiten. Angefangen bei der Geschichte bis hin zur Abstimmung über die Unabhängigkeit. Die montenegrinischen Bestrebungen nach Souveränität kamen nicht von ungefähr. Vor Jahrhunderten war Montenegro ein eigenständiger Staat und erst nach dem Ersten Weltkrieg wurde das Land als Ergebnis des Versailler Friedensvertrages in das Königreich der Serben, der Kroaten und der Slowenen integriert (vgl. Carnbring 2009: 39). Auch nach dem Zweiten Weltkrieg blieb diese Verbindung bestehen (vgl. Carnbring 2009: 40). Dennoch, mit Beginn der 1990er Jahre, verstärkten sich die Bemühungen um die Selbstständigkeit Montenegros. Es kam zu einer immer zunehmend größeren Ablehnung gegenüber dem starken Partner Serbien (vgl. Carnbring 2009: 41).

Am 21. Mai 2006 waren die Montenegriner zur Wahl aufgerufen. 55,53% der Bevölkerung bei einer Wahlbeteiligung von 86,49% entschieden sich für die Unabhängigkeit und das Ergebnis wurde von allen politischen Stellen als korrekt angesehen und auch anerkannt (vgl. Carnbring 2009: 91). Die EU anerkannte das Ergebnis am 12. Juni 2006, die USA am 13. Juni 2006 und Russland am 11. Juni (vgl. Carnbring 2009: 92). Mit Spannung wurde die Haltung von Serbien erwartet. Diese fiel positiv aus und es kam zu keinen Zwischenfällen in beiden Staaten (vgl. Carnbring 2009: 92).

Schottland kann sich an den Entwicklungen und dem Vorgehen in Montenegro ein Beispiel nehmen. Trotz Krieg und Auseinandersetzungen in Ex- Jugoslawien konnte ein reguläres und faires Referendum durchgeführt werden. Nach Auszählung der Stimmen wurde das Ergebnis nicht nur anerkannt, sondern auch in die Tat umgesetzt.

Am 16. Dezember 1991 wurde von den EG-Außenministern eine Deklaration für die Anerkennung neuer Staaten ausgearbeitet⁸. In diesem Maßnahmenkatalog werden vor allem Minderheitenrechte, die Achtung von bestehenden Grenzen und Fragen zur „regionalen Stabilität“ geregelt (vgl. 7.6. Internetquellen – European Council).

Durch diese allgemeinen Kriterien wurde Rechtssicherheit für die neuen Staaten geschaffen. Die EU entwickelte damit einen Maßnahmenkatalog, womit die „betreffende Einheit“ sich durch

⁸In compliance with the European Council's request, Ministers have assessed developments in Eastern Europe and the Soviet Union with a view to elaborating an approach regarding relations with new states.

In this connection they have adopted the following guidelines on the formal recognition of new states in Eastern Europe and in the Soviet Union:

The Community and its Member States confirm their attachment to the principles of the Helsinki Final Act and the Charter of Paris, in particular the principle of self-determination. They affirm their readiness to recognize, subject to the normal standards of international practice and the political realities in each case, those new States which, following the historic changes in the region, have constituted themselves on a democratic basis, have accepted the appropriate international obligations and have committed themselves in good faith to a peaceful process and to negotiations.

Therefore, they adopt a common position on the process of recognition of these new States, which requires:

- respect for the provisions of the Charter of the United Nations and the commitments subscribed to in the Final Act of Helsinki and in the Charter of Paris, especially with regard to the rule of law, democracy and human rights
- guarantees for the rights of ethnic and national groups and minorities in accordance with the commitments subscribed to in the framework of the CSCE
- respect for the inviolability of all frontiers which can only be changed by peaceful means and by common agreement
- acceptance of all relevant commitments with regard to disarmament and nuclear non-proliferation as well as to security and regional stability
- Commitment to settle by agreement, including where appropriate by recourse to arbitration, all questions concerning State succession and regional disputes.

The Community and its Member States will not recognize entities which are the result of aggression. They would take account of the effects of recognition on neighboring States.

The commitment to these principles opens the way to recognition by the Community and its Member States and to the establishment of diplomatic relations. It could be laid down in agreements (vgl. 7.6. Internetquellen – European Council).

Erfüllung dieser Aufgaben als ein „vollwertiges Mitglied der Staatengemeinschaft“ sehen kann (Hilpold 2008: 125).

Die Sezession oder die Abtrennung von Staaten geht daher wesentlich mit der Anerkennung durch die Staatengemeinschaft einher. Die Staatengemeinschaft ist ein wesentlicher Bestandteil im „Staatswerdungsprozess“ und entscheidet bei Sezessionen bzw. Abspaltungen letztendlich über den Ausgang solcher politischer Vorgänge (Hilpold 2008: 125). Nur durch die Anerkennung der Staatengemeinschaft kann ein Staat auf Dauer hin existieren und ein verlässlicher Partner in der Weltpolitik werden.

Sollte es zur Sezession einer Region oder eines Landesteiles kommen, so gibt es in der jüngeren Vergangenheit unterschiedliche Wege, wie mit solchen Situationen umgegangen wird. Wie bereits dargestellt, sind bzw. waren die Gebiete im ehemaligen Jugoslawien in ständigen Debatten um Abspaltung und Eigenstaatlichkeit verstrickt. Ob nun ein Staat, auch wenn er die EU-Vorgaben komplett erfüllt, von der Staatengemeinschaft als solcher anerkannt wird oder nicht, bleibt der Diplomatie und der Verantwortung des jeweiligen Staates selber überlassen. Aufgrund dieser Darlegungen scheint es unmöglich, dass jemals ein Recht auf Sezession Eingang in das internationale Recht finden wird. Jeder Fall ist für sich ein ganz bestimmter und sehr schwierig mit anderen Situationen zu vergleichen. Jede mögliche Abspaltung eines Landes oder einer Region hängt wesentlich von den politischen und gesellschaftlichen Umständen ab. Einen Präzedenzfall wird es daher keineswegs geben können.

2.2.2. Sezessionstheorien

In den vorhergehenden Abschnitt habe ich den Begriff der Sezession behandelt. Von diesem grundlegenden Wissen aus werde ich nun Theorien zur Sezession herausarbeiten. Durch zahlreiche Veröffentlichungen in wissenschaftlichen Journalen hat Allen Buchanan unterschiedliche Thesen und Zugänge zu den Sezessionstheorien entwickelt und überträgt diese auf Beispiele aus der Weltpolitik.

Er stellt die Frage, wie das internationale Recht bzw. Gesetz mit der „großen Kluft“ zur „moral justification“ (moralisches Urteilsvermögen; moralische Gerechtigkeit) umgeht (Buchanan 1997: 31). Diese „große Kluft“ betrifft, wie schon im Abschnitt zum Selbstbestimmungsrecht (2.1.4. Selbstbestimmungsrecht aus völkerrechtlicher Sicht), die Durchsetzbarkeit des Rechtes auf Se-

zession im internationalen Recht und die wahrscheinlichen Folgen für das politische Geschehen (Buchanan 1997: 31).

Die Sezessionstheorien versuchen mögliche Antworten auf diese Frage zu geben. Buchanan führt zwei Aspekte an:

(1) Unter welchen Voraussetzungen hat eine Gruppe ein „moralisches Recht“, unabhängig von jeglicher „institutioneller Moral“⁹ und vom internationalen Recht, sich von einem Land abzuspalten.

(2) Wie sollen internationale Institutionen auf mögliche Sezession bestimmter Gruppen reagieren (Buchanan 1997: 31-32).

In den Unterpunkten a. Remedial Right Only Theories und b. Primary Right Theories werde ich zwei Theorien darstellen, von denen alle anderen Sezessionstheorien ihren Ausgangspunkt nehmen (vgl. Buchanan 1997: 34).¹⁰

a. Remedial Right Only Theories

„Remedial Right Only Theories assert that a group has a general right to secede if and only if it has suffered certain injustices, for which secession is the appropriate remedy of last resort“ (Buchanan 1997: 34-35).

Hier bekommt eine „bestimmte Gruppe“ ein „generelles Recht“ zugesprochen (Buchanan 1997: 34). Bei der Gruppe handelt es sich um eine Interessensgemeinschaft innerhalb eines Territoriums, und es darf davon ausgegangen werden, dass diese Gruppe Teil des Staates (Staatsbürger) ist.

Ein „generelles Recht“ gibt den ausübenden Akteuren einen breiten Handlungsspielraum, um Aktionen durchzuführen (Buchanan 1997: 34). Damit stellt der Anfang dieser Theoriekonzeption ein Recht zur Sezession dar. Der zweite Teil schränkt dieses Recht jedoch gleich wieder ein.

⁹Buchanan definiert den Begriff der Moral nicht näher. Die Phrase „institutional morality“ (institutioneller Moral) interpretiere ich nach der Frage dahingehend, welcher Akteur die Verantwortung bzw. die Verantwortlichkeit für bestimmte Handlungen übernimmt (Buchanan 1997: 31). Buchanans moralisches Handeln darf nicht mit dem Begriff des „guten (moralischen) Verhaltens“ verwechselt werden. In seinen Ausführungen stellt er sich immer wieder die Frage, von wem die Sezession ausgeht.

¹⁰Aus dem Englischen übersetzt bedeutet „Remedial Right“ ein abhilfeschaffendes Recht und „Primary Right“ ein zuerst kommendes oder vorrangiges Recht.

Einerseits dadurch, dass dieses „generelle Recht“ nur dann gilt, wenn dieser Interessensgemeinschaft „bestimmte Ungerechtigkeiten“ widerfahren sind und andererseits, dass eine Sezession erst als das letzte Mittel zur Bewältigung dieser Unrechts ausgenutzt werden darf (Buchanan 1997: 35). Bei den Ungerechtigkeiten muss es sich um schwerwiegende Verstöße gegen Leib und Leben handeln. Sezession ist erst dann erlaubt, wenn alle gerichtlichen Instanzen durchlaufen worden sind. Dann, und nur dann, ist es nach den „Remedial Right Only Theories“ erlaubt, sich von einem Land abzuspalten (Buchanan 1997: 34).

In der wissenschaftlichen Literatur wird das „generelle Recht“ auf Abspaltung auch auf ein „spezielles Recht“ auf Sezession angewendet, sodass konkrete Anlassfälle in die Diskussion um die Theorie aufgenommen werden (Buchanan 1997: 36). Laut Buchanan besteht ein „special right“ für Sezession, wenn der „Mutterstaat“ selber ein solches vorsieht, in der Verfassung solch ein Recht niedergeschrieben wurde, oder dass auf der Grundlage der Staatswerdung ein Recht auf Sezession sich aus den Staatsverträgen ableiten lassen kann ¹¹ (Buchanan 1997: 36).

Zusammengefasst: die „Remedial Right Only Theories“ räumen Interessensgruppen ein umfassendes Recht auf Sezession ein, wenn sie grobe Unrechtmäßigkeiten erlitten haben und wenn alle möglichen Instanzen durchlaufen worden sind, ohne zu einem gerechten Ergebnis zu kommen (vgl. Buchanan 1997: 34-35).

b. Primary Right Theories

Die zweite große Theoriekonzeption sind die „Primary Right Theories“ (Buchanan 1997: 35).

„Primary Right Theories, in contrast, assert that certain groups can have a (general) right to secede in the absence of any justice“ (Buchanan 1997: 35).

Diese Theorie geht weiter. Einerseits spricht sie zwar von einem „general right“, jedoch nur wenn, überhaupt keine Rechtsstaatlichkeit zum Tragen kommt (Buchanan 1997: 35). Die Phrase

¹¹Im Vorfeld zum Amerikanischen Bürgerkrieg oder auch als Sezessionskrieg bezeichnet zwischen den Nordstaaten und den Südstaaten (1861-1865) wurde von den Südstaaten argumentiert, dass infolge der Staatswerdung der USA, ein Recht auf Sezession möglich sei, da es sich bei dem Zusammenschluss um „independent political units“ (=Bundesstaaten) gehandelt hat (Buchanan 1997: 36).

„absence of any justice“ lässt einen breiten Raum für Interpretation (Buchanan 1997: 35). Die Abwesenheit von Recht kann einerseits darauf schließen, dass keine Rechtsstaatlichkeit in dem Staat vorhanden ist, weil keine entsprechenden Behörden existieren, oder aber dass die vorhandenen Behörden korrupt sind und die Rechtsprechungen ungerecht sind. Für eine bessere Unterscheidung der Thematik wurden die „Primary Right Theories“ in zwei Untertheorien eingeteilt: die „Ascriptive Group Theories“ und die „Associative Group Theories“ (Buchanan 1997: 38).

Laut den „Ascriptive Group Theories“ haben Interessensgruppen mit „ascriptive characteristics“ die Möglichkeit, sich von einem Staat zu trennen (Buchanan 1997: 38). Die Eigenschaften der Gruppe sind dabei nicht politischer Natur, sondern es sind Merkmale wie eine „common culture“ (eine gemeinsame Kultur), die Geschichte, die Sprache, die den Menschen Sezession ermöglichen (Buchanan 1997: 38).

Im Gegensatz dazu stehen die „Associative Group Theories“ (Buchanan 1997: 38). In diesem Konzept werden keine gemeinsamen Eigenschaften oder kulturellen Merkmale geteilt (Buchanan 1997: 38). Die abtrennungswillige Gruppe hat den gemeinsamen Wunsch, sich von dem Staat abzuspalten und einen eigenen Staat zu gründen (vgl. Buchanan 1997: 38).

Die „Remedial Right Only Theories“ und die „Primary Right Theories“ decken als Generaltheorien ein sehr breites Spektrum an unterschiedlichen Forschungszugängen ab (Buchanan 1997: 34). Ständige Begleiter in der wissenschaftlichen Auseinandersetzung sind die Moral, die Frage nach dem Verhältnis zum Völkerrecht, das Selbstbestimmungsrecht und vor allem die Frage, unter welchen Bedingungen eine Sezession stattfinden kann. Obwohl auf den ersten Blick die Unterschiede zwischen den beiden Theorien gar nicht so groß sind, gelten die theoretischen Voraussetzungen für unterschiedliche Interessensgruppen. Während bei den „Remedial Right Only Theories“ Gruppen erst ein Recht auf Sezession in Anspruch nehmen dürfen, wenn alle rechtlichen Instanzen durchlaufen wurden und auf diesem Wege zu keiner Gerechtigkeit geführt haben, setzen die „Primary Right Theories“ auf die Abspaltung vom Mutterstaat im Falle der „absence of any justice“ (Buchanan 1997: 34-35).

Legt man nun diese Theoriekonzepte auf die schottischen Unabhängigkeitsbestrebungen um, so ist es eindeutig, dass sich die Schotten innerhalb der theoretischen Ansätze der „Ascriptive Group Theories“ befinden (Buchanan 1997: 38). Im Gegensatz zu den Engländern im Süden verfügen die Schotten über eine eigene Kulturgemeinschaft. Wie bereits im Abschnitt zum Nationalismus erwähnt, grenzt sich die Bevölkerung zwar nicht direkt von der Sprache ab, aber in ihrem „Komplex nationaler Eigenschaften“ (Maurer 2008: 300). Der Wunsch nach staatlicher

Unabhängigkeit ist nach wie vor ungebrochen (siehe Volksabstimmung 1997 zum eigenen schottischen Parlament). Der jahrhundertelange Abwehrkampf gegen die Engländer ist ein weiteres Argument dafür, dass die schottische Bevölkerung in die Theorie der „Ascriptive Group Theories“ passt (Buchanan 1997: 38). Die englischen Bestrebungen versuchten den Schotten ihre Kultur und ihre Verwaltung aufzudrängen, wogegen sich die schottische Bevölkerung immer erfolgreich wehren konnte. Die schottische „Common Culture“ war obschon oftmals in Gefahr, dennoch blieb sie bestehen (Buchanan 1997: 38).

3. Das politische System Schottlands

Das vorherige Kapitel hat die unterschiedlichen theoretischen Zugänge zur Sezession herausgearbeitet. Kapitel drei, „Das politische System Schottlands“, wird einerseits vergangenes hervorheben und andererseits die aktuelle politische Situation der Schotten aufarbeiten. Da die Geschichte des Landes eine sehr umfassende ist, werde ich nur in Grundzügen auf einzelne Gegebenheiten eingehen und versuchen, zentrale Ereignisse zu analysieren.

3.1. Geschichtlicher Überblick der Entwicklung Schottlands über die Jahrhunderte

Im Abschnitt zum Nationalismus war die Geschichte der letzten Jahrhunderte Schottlands bereits ein zentrales Thema. Auf bekannte historische Personen, wie William Wallace oder Robert Bruce, werde ich in diesem Kapitel genauer eingehen und die Rahmenbedingungen darstellen. Die Geschichte von Schottland ist äußerst vielfältig und die aus diesem Kapitel gewonnen Erkenntnisse werden im Methodenkapitel mit der Empirie zusammengeführt werden.

3.1.1. Die Entstehung des Landes

Betrachtet man die geografische Lage Österreichs im Gegensatz zu Schottland, gelangen wir gleich zu einer wichtigen Erkenntnis. Österreich liegt zentral im Herzen Europas und ist als Binnenland von allen Himmelsrichtungen über den Landweg zu erreichen. Ganz ein anderes Bild bietet sich dabei in Schottland. Schottland ist Teil der Britischen Insel und als solches zwar mit England über den Landweg verbunden, aber gleichermaßen grenzt es zu einem großen Teil an das Meer und ist somit durch natürliche Grenzen von außen her geschützt. Laut Gordon Donald-

son sind die beiden „most conspicuous features of the map of Scotland“ die „high lands“ und das Wasser (Donaldson 1993: 9).

Obwohl Schottland immer durch das Meer einen natürlichen Schutz hatte, war das Land bereits in früher Zeit unter dem Einfluss unterschiedlicher heterogener Gruppierungen gestanden. Ich möchte in diesen Zusammenhang die verschiedenen frühen Zeiten (Steinzeit, Eisenzeit usw.) überspringen, da sich diese Epochen nur wenig von der Jäger und Sammlerzeit von Mitteleuropa unterscheiden (vgl. Maurer 2008: 21-25).¹²

Ganz anders war das römische Interesse mit der Britischen Insel. Bereits unter Julius Cäsar wurde eine große Invasion auf den Britischen Inseln vorbereitet (vgl. Schreiber 1990: 46). Dabei wussten er und seine Generäle nur wenig über das Land hinter dem Ärmelkanal. Seine Eroberung im Jahre 54 v. Chr. war erfolgreich, aber die Römer konnten sich zu diesem Zeitpunkt noch nicht als neue Herren durchsetzen (vgl. Schreiber 1990: 46). Im Jahre 40 n.Chr. bereiteten die römischen Armeen eine weitere Expansion nach Großbritannien vor (vgl. Maurer 2008: 25).

Die Bekanntheit der damaligen Stämme im Norden Europas beweist auch die antike Geschichtsschreibung. So schreiben u.a. Ptolemäus und Tacitus über die verschiedenen bekannten Stämme in den neu eroberten römischen Besitzungen (vgl. Maurer 2008: 25). Die Römer sorgten zweifelsohne für die ersten schriftlichen Quellen über Schottland und dessen Bewohner (vgl. Watson 2003: 52). Dabei findet sich auch erstmalig der Sammelbegriff der „Caledonier“ in der römischen Literatur für die schottische Bevölkerung (vgl. Maurer 2008: 25). Die ersten kriegerischen Auseinandersetzungen konnten die in Militärtechnik überlegenen Römer zu ihren Gunsten entscheiden. Dennoch war die Furcht der neuen Besatzer so groß, dass sie sich entschieden, einen Wall in Mitten des Landes zu bauen, um sich vor den Eindringlingen aus dem Norden abzusichern (vgl. Maurer 2008: 26).

Über eine weite Strecke wurde ein steinerner Wall mit Forts und Stützpunkten errichtet und damit war „erstmalig so etwas wie eine Grenze zwischen England und Schottland geschaffen“ (Maurer 2008: 26). Diese künstliche Grenze wurde bekannt unter dem Namen Hadrian Wall und

¹²Zu den bekanntesten steinzeitlichen Siedlungen in Schottland zählt u.a. Skara Brae auf den Orkney Inseln, nördlich des schottischen Festlandes. Forschern zufolge entstand dieses Dorf bereits 3000 v. Chr. (vgl. Watson 2003: 27). Es war für die damalige frühe Entwicklungsstufe der Menschen bereits eine gut durchdachte Wohn- und Verteidigungsanlage (vgl. Watson 2003: 27).

sollte als Abwehrbollwerk in die Geschichte eingehen. Daneben wurde auch der in der Geschichte etwas weniger zitierte Antonius Wall an der „schmalsten Stelle der Britischen Insel“ errichtet (Maurer 2008: 26). In der Folgezeit kam es immer wieder zu römischen Vorstößen und Überfällen jenseits auf die nördliche Seite der Wälle. Jedoch konnten sich die Römer niemals entscheidend durchsetzen bzw. sich länger in Schottland halten (vgl. Maurer 2008: 27). Römische Feldzüge wurden nach einigen Jahren entweder wegen Erfolglosigkeit oder aufgrund des Todes des Feldherrn abgebrochen und man zog sich hinter die Grenzen des Wales zurück (vgl. Maurer 2008: 27). Ab dem Jahr 160 kam es zu keinen weiteren römischen Feldzügen nördlich des Walls, sondern die Römer betrieben eine Politik der Selbstverteidigung (vgl. Watson 2003: 56). Damit blieb der Norden vom römischen Einfluss verschont.

Ganz anders im Süden. Hier schufen die Römer Städte, Straßen und bauten eine römisch-britische Kulturgesellschaft auf. Die Herrschaft der Römer in Großbritannien sollte drei Jahrhunderte andauern (vgl. Schreiber 1990: 47). In dieser gesamten Zeit erbauten die Römer ca. 15.000 Kilometer Straßen und legten einen Grundstein für die spätere moderne Infrastruktur des Landes (vgl. Schreiber 1990: 47).

Wie bereits in einigen einleitenden Sätzen erwähnt, waren es heterogene Gruppierungen, die sich in Schottland niedergelassen haben. Einer dieser Siedlergruppen waren die bis heute als äußerst „rätselhaft“ angesehenen Pikten (Maurer 2008: 28). Bei den Pikten handelte es sich um „unterschiedliche Gruppierungen“ (Watson 2003: 57). Bis heute steht für viele Forscher hinter diesen Stämmen ein großes Fragezeichen. Da „keinerlei Schriftquellen“ gefunden wurden, bilden diese Menschen bis heute ein großes Geheimnis (Maurer 2008: 28).

Ganz anders in diesem Zusammenhang sind die aus Irland eingewanderten Völker in der Forschung bekannt. Die Völker der „Dal Riata“, die „Britonen“ und die „Angeln“ hinterließen sehr wohl Zeugnisse ihrer Existenz in Schottland (Maurer 2008: 29). Diese unterschiedlichen Stämme gehören zu der Familie der Gälén und stellen damit einen bedeutenden Bestandteil der schottischen Geschichte dar (vgl. Maurer 2008: 29).

Einen weiteren zentralen Aspekt in der Geschichte Schottlands stellt die Christianisierung des Landes dar. Die wissenschaftliche Literatur widerspricht sich in der Darstellung über die Christianisierung des Landes. Auf der einen Seite gibt es die Ansicht, dass die Christianisierung eine undurchsichtige Entwicklung war und auf der anderen Seite wird sie vor allem einem Mann zugesprochen, Columba (vgl. Watson 2003: 67; vgl. Maurer 2008: 32). Columba kam von Irland nach Schottland und gründete ein Kloster auf der Insel Iona (vgl. Watson 2003: 68). Obwohl

Columba die Insel nur einmal in seinem Leben verließ, gelangte das christliche Gedankengut nach Schottland und verbreitete sich rasant (vgl. Watson 2003: 68). Das Christentum passte sich den „gesellschaftlichen Formen und Institutionen“ in Schottland an (Maurer 2008: 33).

Die Überfälle der Wikinger und der nordischen Völker waren über die Jahrhunderte hinweg, von den intensiven Auseinandersetzungen mit den Engländern abgesehen, das größte Problem der schottischen Völker vor der definitiven Landwerdung. In regelmäßigen Abständen gingen die Männer aus dem heutigen Norwegen und Schweden auf Beutefahrt und nach anfänglichen Plünderungen kleinerer schottischer Inseln, begannen die Übergriffe auf das Festland (vgl. Maurer 2008: 33-34). Die Beutefahrten wurden schon im wahrsten Sinne des Wortes zu Gewohnheiten der nordischen Völker. Aus diesem Grund ist es auch nicht verwunderlich, dass diese langsam mit der Besiedelung zunächst der kleineren Inseln aber auch später mit dem Festland anfangen (vgl. Maurer 2008: 34). Die Wikinger waren den schottischen Völkern in vielen kulturellen Dingen weitaus überlegen und „drückten den Ländern, in denen sie sich niederließen, ihren Stempel auf“ (Maurer 2008: 34). Diese neue Bedrohung veranlasste die schottischen Stämme zu einer bedeutenden Entscheidung: Durch einen Zusammenschluss hatten sie eine Chance, sich gegen die neue Macht zu profilieren und es war dies der erste Schritt in Richtung einer gemeinsamen „Einheit“ innerhalb Schottlands (Maurer 2008: 35).

3.1.2. Die Zeit der schottischen Nationalhelden

Mit dem Jahr 1296 sollte die Entwicklung einer der legendärsten Figuren Schottlands beginnen. Zunächst noch wurden die Schotten durch den englischen König Edward I. vernichtend in der Schlacht bei Dunbar geschlagen und standen seitdem zur Gänze unter englischer Kontrolle (Donaldson 1993: 31). In dieser für die Schotten schwierigen Zeit trat ein Mann an die Stelle, der erstmals so etwas wie ein schottisches Nationalbewusstsein unter den verschiedenen Stämmen entwickelte. Es war William Wallace.

Die Literatur führt ihn als Sir William Wallace, obwohl seine Herkunft alles andere als spektakulär war (vgl. Schreiber 1990: 171). „Unkontrollierbare Quellen“ sprechen von ihm in seiner späteren Jugend als Student in der Stadt Dundee und dass er sich dort eines Verbrechens schuldig machte, indem er einen englischen Studenten erschlug (Schreiber 1990: 171). Donaldson sah in Wallace einen „Celtic Nationalist“ und dies entsprach den Rahmenbedingungen dieser Zeit (Donaldson 1993: 31).

Gleichzeitig zu Wallace Bemühungen gegen die englischen Besatzer einen Aufstand vorzubereiten, sollte im Norden Schottlands ein späterer Gefolgsmann von Wallace ebenfalls ein schottisches Heer zusammenstellen (vgl. Maurer 2008: 67). Es war dies Andrew Earl of Moray. In weiterer Folge führte William Wallace mit seinen Truppen einen erfolgreichen „Guerillakrieg“ gegen die Engländer (Maurer 2008: 67). Als Konsequenz aus diesen Erfolgen, stellten sich die Schotten bald die Frage, ob sie sich im Kampf im offenen Feld mit den Engländern messen könnten (vgl. Maurer 2008: 67).

Gleich im folgenden Jahr (1297) wagten die beiden schottischen Heerführer eine Schlacht auf offenem Feld gegen die Engländer bei Stirling Bridge (vgl. Donaldson 1993: 32). Die englische schwere Reiterei, das Herzstück der Armee, sollte aufgrund der Landschaft nicht agieren können und so trugen Wallace und Moray den Sieg aus der kriegerischen Auseinandersetzung davon (vgl. Maurer 2008: 68). Diese Niederlage war aber nicht das Ende des Krieges zwischen dem englischen König Edward I. und William Wallace. Bereits im nächsten Jahr zog der Engländer mit einem großen Heer Richtung Norden und schlug die Schotten bei Falkirk (vgl. Donaldson 1993: 32). Wallace konnte in Folge auf das europäische Festland fliehen und bemühte sich um Allianzen mit dem französischen König und dem Papst (Maurer 2008: 68). Als er nach Schottland zurückkehrte, dauerte es nicht lange und Wallace wurde verraten, aufgespürt und in einem Schauprozess zum Tode verurteilt (vgl. Maurer 2008: 69). Der schon zu Lebzeiten in ganz Schottland bekannte Sir William Wallace war nun eine nationale Widerstandsfigur im Kampf gegen die Engländer geworden und sollte auch in Zukunft mit dem schottischen Freiheitsstreben in Verbindung gebracht werden.

Der schottische Widerstand war gegen die Engländer in dieser Zeit besonders stark. Obwohl William Wallace verraten wurde und die Engländer mehr denn je ihre Macht über Schottland ausgebreitet hatten, tauchte eine andere für die Literatur zentrale Widerstandsfigur auf. Es war dies Robert Bruce¹³. Robert Bruce kam im Gegensatz zu Wallace aus einer adeligen schottischen Familie und konnte Ansprüche auf den schottischen Thron geltend machen (vgl. Maurer 2008: 70). Seine Politik der Bündnisse war einzigartig. Auf der einen Seite war er ein „English Vassal“ und auf der anderen Seite verhandelte er unaufhörlich mit dem schottischen Widerstand über das Zurückdrängen der Engländer aus Schottland (Donaldson 1993: 32). Zu Lebzeiten William Wallace hielt sich Bruce von diesem fern und wartete auf den entscheidenden Augenblick, sich

¹³In der Literatur wird Robert Bruce auch immer wieder als Robert the Bruce erwähnt.

selbst an die Spitze des Widerstandes zu stellen (vgl. Maurer 2008: 70). Einmal war Bruce im Bunde mit König Edward I., um dann wieder auf der Seite der Schotten zu stehen. Als der englische König im Jahre 1307 verstarb, sah Robert Bruce seine Zeit gekommen. In der berühmten Schlacht von Bannockburn stand Bruce einem übermächtigen englischen Heer gegenüber. Da es sich bei dem Schlachtfeld um Sumpflandschaften handelte, war der Vorteil der Geländekenntnis ganz klar auf schottischer Seite (vgl. Maurer 2008: 71). Die Engländer verloren, aber der Sieg brachte immer noch keine Entscheidung im Kampf um Schottland (vgl. Maurer 2008: 72).

In dieser ungewissen Zeit verfasste ein Kleriker die bekannte Erklärung von Arbroath:

„Wenn jedoch dieser Fürst von den Prinzipien, die er so edel verfolgt hat, abgehen und zustimmen sollte, daß wir oder unser Königreich dem König oder das Volk von England unterworfen würden, werden wir ihn sofort als unseren Feind ausstoßen, als Umstürzer seiner und unserer Rechte, und wir werden einen anderen zum König machen, der unsere Freiheiten verteidigt. Denn solange hundert von uns am Leben sind, werden wir uns nie, unter welchen Bedingungen auch immer, der englischen Herrschaft unterwerfen. Denn wir kämpfen nicht für Ruhm oder Reichtum noch Ehre, sondern für die Freiheit allein, welche kein tapferer Mann aufgibt, es sei denn mit seinem Leben“ (zit. nach Maurer 2008: 72).

Diese Erklärung spiegelt den Grundgedanken des schottischen Unabhängigkeitsdenkens wieder, die Freiheit. Vor allem die Freiheit, sich keinesfalls einer englischen Herrschaft zu beugen und sich von Engländern unterjochen zu lassen.

In weiterer Folge kam es in England aufgrund der gewaltigen Steuerlasten, die die schottischen Kriege mit sich brachten, zu innenpolitischem Widerstand (vgl. Maurer 2008: 73). Es kam zu einem Friedensschluss zwischen Konfliktparteien und der englische König musste nun Robert Bruce, der sich fortan Robert I. nannte, als schottischen König anerkennen (vgl. Maurer 2008: 73). Die Geschichte von der Schlacht von Bannockburn verdankte ihre erfolgreiche Überlieferung dem Geschichtsschreiber John Barbour, der in der damaligen Volkssprache „Scots“ die Heldengeschichte niederschrieb (vgl. Maurer 2008: 73).

3.1.3. Die Personalunion mit England

Die schottischen Abwehrkämpfe gegenüber den englischen Eroberungsbestrebungen waren immer nur von einer kurzen Dauer und sollten im Laufe der kommenden Jahre in einer staatlichen Union gemeinsam mit England ein vorläufiges Ende finden.

Im 17. Jahrhundert stand mit Jakob I. (engl. James I.) ein schottischer König an der Macht, der nach dem Tod einer englischen Herrscherin (Königin Elisabeth 1603), den Thron sowohl in England als auch in Irland bestiegen hatte (vgl. Maurer 2008: 135). Damit nicht genug, um sein neues Reich besser zu verwalten, verlegte Jakob seinen Herrschaftssitz nach London und erhoffte durch seine Entspannungspolitik die Gräben zwischen Schotten und Engländern verkleinern zu können (vgl. Maurer 2008: 135). Eines von Jakobs Zielen war es, die „königlichen Interessen stärker gegenüber dem Parlament durchzusetzen“ (Erbe 2007: 124). Er war zweifelsohne seiner Zeit weit voraus, aber nicht einmal ein gemeinsamer König schaffte es, die Probleme der letzten Auseinandersetzung und damit die Feindschaft der beiden Länder auszulöschen und eine friedliche Koexistenz zu garantieren. Ab diesem Zeitpunkt war Schottland in „englisches Fahrwasser“ geraten und es sollte Gefahr laufen, an Wichtigkeit verdrängt zu werden (Maurer 2008: 138). Immer mehr vernachlässigte Jakob seine ursprüngliche Herrschaft und regierte Schottland nur noch von London aus (vgl. Maurer 2008: 138). Aber auch in England selber wurde der König immer unbeliebter, da man ihm „Verschwendungssucht“ und eine „ausgeprägte Günstlingswirtschaft“ vorwarf (Erbe 2007: 126). Aus diesem Grund heraus ist es auch wenig verwunderlich, dass sein Sohn Karl I. schwerwiegende Fehler in der Behandlung seiner schottischen Untertanen machte, indem er ihnen Reformen aufzwang, die diese unter keinen Umständen bereit waren zu tragen (vgl. Maurer 2008: 138). Den Schotten war ihr König zu Englisch und so kam es zum Bürgerkrieg. 1641 brach ebenso ein Aufstand in Irland aus, was zu einem Konflikt über die Frage des Oberbefehls über das englische Heer zwischen Karl und dem englischen Parlament führte (vgl. Erbe 2007: 128). Dabei kam es zu keiner Regelung und die Schotten verbündeten sich mit dem Heer des englischen Parlaments, um Karl zu besiegen (vgl. Erbe 2007: 128). Die Ereignisse überschlugen sich und ein bislang wenig bekannter englischer Parlamentarier stellte ein Heer auf und besiegte die Armee des Königs (vgl. Erbe 2007: 128). Dies war Oliver Cromwell und der Beginn einer neuen radikalen politischen Ära. Am Ende dieses Krieges wurde Karl hingerichtet und in England ergriff Oliver Cromwell die Macht und sorgte für einen gewaltigen Umsturz in der bisherigen Hierarchie (vgl. Maurer 2008: 140).

Von nun an wurde das Heer zu einem „politischen Faktor ersten Ranges“ und Cromwell wusste seine neu gewonnene Macht klug zu nutzen, indem er zuerst die Aufstände in Irland und später in Schottland niederschlug (Erbe 2007: 130). Damit sollte er einen absoluten Machtanspruch haben und sich zum Staatsoberhaupt „Lord Protector“ machen (Erbe 2007: 130). Mehr und mehr entwickeln sich die nun gemeinsam regierten Britischen Inseln zu einer von Cromwell regierten „Militärdiktatur“ (Erbe 2007: 132).

Oliver Cromwell starb und übergab seine Herrschaft seinen Sohn (vgl. Erbe 2007: 132). Dieser sah sich jedoch nicht geschaffen für das Amt und so kam es zur Restauration der Stuart Monarchie (vgl. Erbe 2007: 132).

Im Zuge der Restauration kam Karl II. an die Macht, wobei Schottland und England „getrennt“ gehalten wurden (Maurer 2008: 143). Dennoch vereinigte Karl II. beide Kronen miteinander und regierte die Königreiche „separat“ (Maurer 2008: 144). In dieser Zeit kam immer mehr die neu gewonnene katholische Neigung der Stuart Monarchie zum Vorschein. Karl II. veranlasste eine „Re-Katholisierungswelle“ in England (vgl. Erbe 2007: 164). Aufgrund der negativen Haltung in England gegenüber dem Katholizismus residierten Karl II. und sein Nachfolger immer öfter in Schottland (vgl. Maurer 2008: 147). In der „Glorious Revolution“ 1688/ 1689 setzten sich die antikatholischen und die antifranzösischen Kräfte durch und es wurde Wilhelm III. von Oranien als neuer König eingesetzt (Erbe 2007: 164). Nun wurden Schottland und England von Wilhelm in Personalunion regiert (vgl. Maurer 2008: 150). Wilhelm zeigte Güte und widmete sich mehr der europäischen Politik als Schottland (vgl. Maurer 2008: 152).

Die Union stand kurz bevor. Inzwischen waren schottische Politiker von der Union mit England und den darin einhergehenden wirtschaftlichen Vorteilen überzeugt (vgl. Maurer 2008: 154). Damit wurde am 1. Mai 1707 die Union eingegangen. Dieser politische Akt wirft natürlich viele Fragen auf, blickt man auf den bisherigen Verlauf der Geschichte.

Die historischen Quellen belegen, dass die Engländer die schottischen Beamten mit Geld bestochen haben, um die Abstimmungen und die Verhandlungen zu ihren Gunsten zu beeinflussen (vgl. Maurer 2008: 154).

Zentraler Aspekt in diesen Überlegungen sind auch die englischen Interessen hinter dieser politischen Union mit Schottland. Einerseits wollten die Engländer ihre Vormachtstellung in der Außenpolitik sichern (vgl. Erbe 2007: 200). Dabei dürfte Schottland niemals zu einem Aufmarschgebiet feindlicher Truppen werden (vgl. Maurer 2008: 155). Denn England war seit jeher in längere kriegerische Auseinandersetzungen u.a. mit Frankreich verwickelt.

Andererseits waren auch die wirtschaftlichen Aspekte in Bezug zu einem gemeinsamen britischen Binnenmarkt von großer Bedeutung (vgl. Maurer 2008: 155). Vor allem der Zugang zum kolonialen System der Engländer durch die Union sollte für Schottland viele wirtschaftlich günstige Entwicklungen mit sich bringen (vgl. Maurer 2008: 155). Einzig durch die Tatsache, dass damals England industriell weiter entwickelt war, kamen Befürchtungen auf, dass englische Waren den schottischen Markt überschwemmen und die heimischen schottischen Produkte aus dem Wettbewerb werfen würden (vgl. Maurer 2008: 155).

Obwohl diese politische Union auf dem Papier bestand, kann man auf keinen Fall von einem gemeinsamen schottisch-englischen Staat sprechen. Zu tief waren die Gräben aus den schottischen Abwehrkämpfen gegenüber den Engländern noch immer gewesen. Das Misstrauen und der neue staatliche Zustand waren für viele Schotten einfach ungewohnt und nicht vorstellbar (vgl. Maurer 2008: 157).

3.1.4. Schottlands jüngere Vergangenheit

England ist das Land, welches in erster Linie mit der Industrialisierung verbunden wird. Der Begriff „Black Country“, welcher rauchende Schornsteine in Mittelengland bezeichnet, ist für diese gesamte Entwicklung sinngebend. Parallel zum technologischen Prozess in England sollte auch Schottland von diesen neuen wirtschaftlichen und technologischen Innovationen nachhaltig profitieren und für die Zukunft zu einem starken und wettbewerbsfähigen Wirtschaftsstandort werden.

Das „Jahrhundert der Industrialisierung“ brachte Schottland eine Verdreifachung der Bevölkerung und England und die Schotten bildeten aufgrund ihrer Arbeitsleistungen die „Werkstatt der Welt“ (Maurer 2008: 213). In diesem Zeitalter war ein Großteil der Industriezweige auf die Stahlproduktion ausgerichtet. Für die Stahlproduktion wurde Energie gebraucht und diese sollte durch Kohle gewonnen werden. Unterschiedliche Landesteile in Schottland lieferten dazu die notwendige Kohle und so entstand, wie auch in England, eine neue Gesellschaftsschicht: die Arbeiterklasse (vgl. Maurer 2008: 216).

Noch interessanter war die politische Ebene in Schottland. Nach dem „Act of Union“ (Treaty of the Union) 1707 war das Vereinigte Königreich faktisch ein gemeinsamer Staat geworden. In der Verfassungswirklichkeit sollten aber andere Eindrücke in Schottland vorherrschend sein. Obwohl das „Gewicht der Macht“ im Süden lag, waren es vor allem schottische Politiker, die ent-

scheidend in die neu geschaffene politische Landschaft des Vereinigten Königreiches eingriffen und sich so einen Namen als kluge und vorausschauende Beamte machten (Maurer 2008: 227). Mit dem Ersten Weltkrieg kam das Zeitalter der Industrialisierung zu seinem Ende und es sollten neue Herausforderungen auf Schottland warten.

Im Laufe der kommenden Jahrzehnte ging Schottland als Staat immer mehr in Großbritannien auf. Vor allem der Erste Weltkrieg und der Zweite Weltkrieg schweißten die einzelnen Länder des Vereinigten Königreichs zusammen und es kam zu einer gemeinsamen Identitätsbildung innerhalb von Großbritannien. Das typisch Schottische gab es nur noch als eine Form der „Regionalfärbung“ innerhalb des Landes und bestimmter Regionen (Maurer 2008: 255). Die äußere Wahrnehmung von Schottland war de facto nicht mehr gegeben. Die Union mit England nahm Schottland die Eigenstaatlichkeit weg und das ehemalige stolze selbstständige Land wurde gleichgesetzt mit England, Wales und Irland.

Nach Ende des Zweiten Weltkrieges und dem Sieg der Alliierten über Hitler-Deutschland brach ebenso eine neue Ära in außenpolitischen und wirtschaftlichen Fragen für das Vereinigte Königreich an. Gerade die Selbstständigkeit vieler Kolonien Großbritanniens in unmittelbarer Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg sollten gravierende Spuren innerhalb der britischen Bevölkerung hinterlassen (vgl. Maurer 2008: 256).

Damit nicht genug. Gerade in den schottisch dominierten Industriesektoren wie zum Beispiel Kohle, Eisen und dem Schiffsbau, ging die Produktion nach dem Zweiten Weltkrieg rapide zurück, da es aufgrund von Friedenszeiten und dem Ende militärischer Aufrüstung einfach keinen Bedarf nach solcher Art von Gütern gab (vgl. Maurer 2008: 261). Zwischen den 1950er und den 1990er Jahren mussten viele Schotten ihren Arbeitsplatz aufgrund der schlechten Wirtschaftslage aufgeben und standen so vor dem Ruin (vgl. Maurer 2008: 262).

Die in den 1970er Jahren gefundenen Rohölvorkommen in der Nordsee erbrachten nicht den erwarteten wirtschaftlichen Aufschwung für Schottland (vgl. Maurer 2008: 263). Die schottische Industrie verfügte nicht über das notwendige Know-How, um Öl zu fördern bzw. um daraus Gewinn für den Standort Schottland herauszuholen (vgl. Maurer 2008: 263).

Mit den 1970er Jahren änderte sich auch die politische Landschaft in Schottland grundlegend (genauere Erörterungen finden sich im folgenden Unterabschnitt zu diesem Kapitel). Erstmals erzielten die schottischen Nationalisten hohe Gewinne bei regionalen Wahlen. Dadurch begann ein Umdenken in London (vgl. Maurer 2008: 275). Die Nationalisten erfreuten sich in den folgenden Jahren immer größeren Zuspruchs. Mit der Volksabstimmung über die Devolution für

Schottland war der bislang größte Erfolg für die schottischen Nationalisten erreicht worden (vgl. Maurer 2008: 276). Alles schien auf einen Kurswechsel in Schottland ausgerichtet zu sein.

Doch ab 1979 kam es zuvor in England zu einem noch radikaleren Umdenken auf der höchsten politische Ebene. Mit dem Amtsantritt von Margaret Thatcher begann für Schottland eine Zeit des politischen Ausgeschlossenseins. Die eigenen Interessen konnten in Westminster nicht mehr durchgebracht werden und der neue neoliberale Weg der Konservativen brachte anstatt Gewinne für die Wirtschaft harte Einsparungen, vor allem im sozialen Bereich (vgl. Maurer 2008: 277). Eine Möglichkeit, aus dieser wirtschaftlichen Misere zu entkommen, sahen viele Schotten in Europa und der EU. Das Vorbild für die positive Entwicklung in der EU war Irland. Die Mitgliedschaft Irlands in diesem Staatenverbund brachte viele Vorteile sowohl aus wirtschaftlicher als auch aus außenpolitischer Sicht (vgl. Maurer 2008: 276). Die englische Haltung war hingegen immer sehr vorsichtig und kühl zu Europa gewesen. Viele Schotten sahen jedoch in Europa Verbündete (vgl. Maurer 2008: 277). Diese Gelegenheit barg also nicht nur wirtschaftliche sondern auch politische Chancen sich wieder als eigenständiger Staat in der Weltengemeinschaft etablieren zu können.

3.1.5. Schottland in der EU

Bei der Recherche nach dem „schottischen“ EU-Beitritt gab es ein wesentliches Problem. Es gibt keinen Beitritt Schottlands zur EU. Der EU ist im Jahre 1973 das Vereinigte Königreich mit der Hauptstadt London beigetreten und nicht Schottland. Dieser Umstand signalisiert bereits die ambivalente Wirkung auf den unterschiedlichen politischen Ebenen. Sei dies nun die nationaler oder die europäische Dimension.

Nach dem Beitritt Großbritanniens 1973 zur EU sind auch England, Wales, Schottland und Nordirland gemeinsam beigetreten. Das Vereinigte Königreich stellt insgesamt 73 Abgeordnete zum Europäischen Parlament¹⁴. Großbritannien ist in 12 Wahlkreise für die Wahl zum europäischen Parlament eingeteilt. Jeder dieser Wahlkreis entsendet nach Auszählung der Stimmen, dem

¹⁴2009 wurden 72 Abgeordnete in das Europäische Parlament gewählt. Durch den Vertrag von Lissabon bekamen die Briten einen zusätzlichen Sitz im Parlament zugesprochen (vgl. 7.6. Internetquellen - Europäisches Parlament).

Verhältniswahlrecht entsprechend, eine gewisse Anzahl an Abgeordneten nach Straßburg¹⁵. Schottland hat sechs Sitze in Straßburg.

Eine weitere Besonderheit in den britisch-europäischen Beziehungen bildet das „Office in Edinburgh“ für das europäische Parlament. Obwohl neben England, Wales und Nordirland drei weitere Staaten in der EU unter dem Namen Vereinigtes Königreich vertreten sind, gibt es für Schottland ein eigenes separates Büro für das europäische Parlament. Auf der Homepage wird dieser Umstand dadurch erklärt, dass neben den Büros des europäischen Parlaments in allen 28 Mitgliedsstaaten, auch noch kleinere Büros bestehen, welche die regionalen Interessen versuchen durchzusetzen¹⁶. Wie wichtig Schottland die Beziehungen zur EU sind, zeigt auch die Tatsache, dass bereits vor der Devolution ein Vertretungsbüro in Brüssel unterhalten wurde (vgl. Sturm 2009: 78). Das Büro „Scotland Europe“ war in der Amtsperiode von Margaret Thatcher, einer großen Gegnerin der Devolution, eingerichtet worden und sollte vor allem neue Investoren nach Schottland bringen (Sturm 2009: 78).

3.2. Die politische Kultur in Schottland im Kontext des politischen Systems Großbritanniens

Mit den Worten:

„Das schottische Parlament, das am 25. März 1707 vertagt wurde, ist hiermit wieder zusammengetreten“ (Maurer 2008: 12)....

...eröffnete die ehemalige Parlamentspräsidentin Winnie Ewing 1999 wieder das Parlament in Edinburgh. Dies war ein weiterer Schritt in Richtung Unabhängigkeit für das gesamte Land und für die ganze Bevölkerung. Die politische Kultur in Schottland wird am besten sichtbar durch das Verstehen des politischen Systems in Großbritannien, den Funktionen des schottischen Parlaments, der schottischen Regierung und der Analyse der schottischen Parteien.

¹⁵Die Wahlkreise sind: Schottland, Nord-Ost, Nord-West, Yorkshire and the Humber, östliche Midlands, westliche Midlands, Ost, Wales, London, Süd-Ost, Süd-West und Nordirland (vgl. Internetquellen - Europäisches Parlament).

¹⁶Neben Edinburgh gibt es auch noch Büros u.a. in München, Warschau, Marseille und Barcelona (vgl. Internetquellen – Europäisches Parlament Büro Edinburgh).

3.2.1. Das Westminster System

Im Vereinigten Königreich spielt die Hauptstadt London die zentrale Rolle in der politischen Diskussion und im Alltagsgeschäft, sowohl auf nationaler Ebene, als auch in europäischen Fragen. Versucht jemand, etwas in der britischen Verfassung nachzulesen, so gestaltet sich dieses Unterfangen als sehr schwierig. Die Verfassung lässt sich nicht in „einem einzigen Verfassungsdokument“ nachlesen und wird daher oftmals in der wissenschaftlichen Literatur als „ungeschriebene“ Verfassung bezeichnet (Sturm 2009: 37). Entscheidend für das britische Regierungssystem war das Jahr der Glorious Revolution 1688, wo es zu einer Einigung zwischen Parlament und Krone gekommen ist und das Parlament fortan einen zentralen Platz in der politischen Willensbildung einnahm (vgl. Sturm 2009: 37).

Das sogenannte „Westminster-Regierungsmodell“ folgt den Grundsätzen der „Parlamentssouveränität“ und der „Rule of Law“ (Sturm 2009: 47). Aus diesen Grundsätzen abgeleitet sieht die politische Kultur in Großbritannien, anders als in vielen Ländern von Europa, das „effiziente Regieren“ im Vordergrund und nicht die „spiegelbildliche Repräsentation aller politischen Strömungen“ (Sturm 2009: 47). Daher ist das Hauptziel nach Wahlen die „ungeteilte Regierungsmacht“ zu gewinnen (Sturm 2009: 47). Auf Grundlage der historischen Ereignisse gilt das politische System in Großbritannien als „Erfinder“ der heute noch praktizierten Parteiendemokratie (Sturm 2009: 47).

Doch welches politische System hat das Vereinigte Königreich nun genau? Von außen betrachtet wird Politik in London gemacht und Wales, Schottland und Nordirland spielen in den Überlegungen der Londoner nur eine marginale Rolle. Ist es daher richtig von einem „britischen Nationalstaat“ mit höchstens unterschiedlichen regionalen Einflüssen zu sprechen (Sturm 2009: 54)? Über die vergangenen Jahrhunderte hinweg vollzog sich ein Transformationsprozess vom Einheitsstaat zum Unionsstaat, welcher im „Wechselspiel nationaler Interessenswahrungen“ verschiedene politische Ausformungen annahm (Sturm 2009: 55). Die Dezentralisierung der englischen Regierungsgewalt aus London in die Regionen des Landes schreitet nicht zuletzt wegen der nationalen Bestrebungen der „keltischen Nationen“ unaufhörlich voran (Sturm 2009: 55). Wie auch im Kapitel zum schottischen Nationalismus erwähnt, wurde der Begriff der Devolution für diese Vorgänge verwendet. Die Devolution als solche sollte auch einen Entwicklungsprozess durchmachen. In London war man der festen Auffassung, dass eine „Verwaltungsdezentralisierung“ („administrative Devolution“) die nationalen Bestrebungen besänftigen könnte (Sturm

2009: 56). In Wahrheit jedoch schritt der Devolutionsprozess unaufhörlich voran. Aus diesem Grund wird ab den 1970er Jahren von einem Ende der „administrativen Devolution“ gesprochen und eine „exekutive Devolution“ vorangetrieben (Sturm 2009: 56).

Mit dem Wahlsieg der Konservativen unter Margaret Thatcher wandelte sich das Bild dieses Prozesses. Die Devolutionspolitik rückte in den Hintergrund und sollte erst wieder durch den Wahlsieg der New Labour Party unter Tony Blair an Fahrt gewinnen (vgl. Sturm 2009: 63). Blair stand auf dem Standpunkt, dass eine erfolgreiche Devolutionspolitik nur mit erfolgreichen Referenden einhergehen könnte (vgl. Sturm 2009: 63). Zwischen September 1997 und Mai 1998 konnten in Schottland, Wales und Nordirland die Referenden¹⁷ für die Devolution von der Regierung Blair gewonnen werden (vgl. Sturm 2009: 65).

Ab diesen Zeitpunkt wurde Politik in den „keltischen Nationen“ betrieben und ein neuer „inklusive Politikstil“ begann sich zu etablieren (Sturm 2009: 55; 65). Die regionalen Parlamente nehmen daher einen zentralen Platz in der politischen Willensbildung ein. Dieser Prozess der Emanzipation soll am 18. September 2014 in Schottland vollendet werden. Ob sich diesem Beispiel der möglichen Unabhängigkeit von England noch weitere Regionen anschließen, bleibt abzuwarten. Fest steht, dass mit dem schottischen Referendum ein Präzedenzfall für die Wales und Nordirland geschaffen wurde.

3.2.2. Das schottische Parlament und die schottische Regierung

Schottland hat kein eigenes Staatsoberhaupt. Die englische Queen ist gleichzeitig auch das Staatsoberhaupt von Schottland. Die offizielle Eröffnung des Parlaments erfolgt durch die Königin. Gleich von Beginn an, sah sich das schottische Parlament als „Gegenmodell“ zum englischen Westminster System (Sturm 2009: 65).

Im Gegensatz zum englischen Parlament sind in Edinburgh die Sitzreihen der Abgeordneten halbrund angeordnet (vgl. Sturm 2009: 65). Das schottische Parlament hat im Vergleich zu anderen europäischen Parlamenten nicht zwei Kammern sondern nur eine Kammer. In dieser Kammer kommen 129 Abgeordnete zusammen und beraten über das politische Tagesgeschäft.

¹⁷ In Schottland stimmten 74,3%, in Wales 50,3% und in Nordirland 71,1% für die Devolution (vgl. Sturm 2009: 65).

Gewählt werden die Abgeordneten zum schottischen Parlament alle vier Jahre (vgl. 7.6. Internetquellen - Schottisches Parlament 1).

Gesetze werden in der Regel von der Regierung, von einzelnen Abgeordneten oder von Ausschüssen vorgeschlagen (vgl. 7.6. Internetquellen – Schottisches Parlament 2). Am Ende jedes Gesetzgebungsprozesses muss die Queen (ähnlich wie in Österreich der Bundespräsident) das ordnungsgemäße Zustandekommen des Gesetzes unterschreiben, bevor sie zur Anwendung kommen (vgl. 7.6. Internetquellen – Schottisches Parlament 2). Das schottische Parlament wird durch den „Presiding Officer“ geleitet (vgl. 7.6. Internetquellen – Schottisches Parlament 3)¹⁸. Seit 2011 ist Tricia Marwick die Parlamentspräsidentin. An der Spitze der schottischen Regierung steht der „First Minister“ (vgl. 7.6. Internetquellen – Schottisches Parlament 3). Alex Salmond von der SNP bekleidet seit 2007 dieses Amt. Die Regierung besteht aus den „Cabinet Secretaries“, „Ministers“, „Civil Servants“ und den „Special Advisors“ (vgl. 7.6. Internetquellen – Schottisches Parlament 3).

Obwohl mit der Eröffnung des Parlaments in Edinburgh große Anstrengungen einhergingen, die parlamentarische Arbeit bekannter zu machen, nehmen einmal gerade 36 % der befragten schottischen Bürger das Parlament als solches wahr (vgl. Sturm 2009: 68). Dennoch schreitet die Entwicklung einer eigenständigen politischen Kultur in Schottland stetig voran (vgl. Sturm 2009: 69). Diese Tatsache zeigt sich in der Einführung eines neuen Wahlsystems, welches sich an der „Tradition des Mehrheitswahlsystems in Einserwahlkreisen“ orientiert (Sturm 2009: 70). Das sogenannte „AMS- additional member system“ behält die Wahlkreise des Westminster Systems bei und wurde nur durch die Trennung der Orkney und der Shetland Inseln um einen Wahlkreis erweitert (Sturm 2009: 71). Abgeordnete werden durch regionale Listen gewählt und so eine „Abbildung des politischen Kräfteverhältnisses“ geschaffen (Sturm 2009: 71). Die 129 Sitze spalten sich in 73 Wahlkreismandate und 56 Listenmandate auf (vgl. Sturm 2009: 71).

Aus englischer Sicht betrachtet, handelt es sich bei dem schottischen Parlament jedoch eher um eine „Kommunalverwaltung“ (Sturm 2009: 70). Diese Tatsache äußert sich alleine schon darin, dass die Parlamentswahlen zum gleichen Zeitpunkt mit den Kommunalwahlen durchgeführt

¹⁸Der Parlamentspräsident steht dem Parlament vor und leitet die Plenartagungen des Parlaments. Sollte der Präsident dennoch verhindert sein, wird er durch zwei „Deputy Presiding Officers“ vertreten. Dabei hat der Parlamentspräsident in seiner Funktion ebenfalls den Vorsitz im Parlamentsbüro inne und vertritt das Parlament in Schottland sowie im Ausland (vgl. 7.6. Internetquellen – Schottisches Parlament 4).

werden und dass der Premierminister nicht „Prime Minister“ sondern „First Minister“ heißt (Sturm 2009: 70).

Die Wahlbeteiligung vergangener Wahlen zeigt ebenso keinen hohen Stellenwert des Parlaments. So nahmen 2003 und 2007 gerade einmal die Hälfte der Bürger ihr Recht wählen zu gehen in Anspruch (vgl. Sturm 2009: 72). Trotz des bisher mäßigen Interesses betreiben die schottischen Regierungen eine „eigenständige Politik im Kontext des Vereinigten Königreichs“ (Sturm 2009: 72). Der Ausbau der Devolutionsmaßnahmen brachte viele entscheidende Kompetenzen, mit der einzigen Ausnahme der Wirtschafts- und Währungspolitik, nach Edinburgh (vgl. Sturm 2009: 72). Als Beispiele wurden u.a. die Studiengebühren für schottische Studenten in Schottland abgeschafft, das Gehalt der Lehrer erhöht und eine „Abschaffung von Straßennutzungsgebühren“ (Sturm 2009: 73).

Das Konfliktpotential zwischen London und Edinburgh darf nicht unterschätzt werden. Immerhin liegen nach wie vor die grundlegenden Kompetenzen bei der Regierung in London. In den ersten Jahren des schottischen Parlaments wurden mögliche Konflikte und Unstimmigkeiten dadurch ausgeräumt, dass die Labour Party sowohl in Schottland, als auch in Großbritannien die Regierungspartei war (vgl. Sturm 2009: 78). Ein weiterer Vorteil lag in der „Unschärfe der Devolution - Gesetzgebung“, die es den Schotten erlaubte „neue Kompetenzen auf die schottische Exekutive zu übertragen“ (Sturm 2009: 78).

Die Europapolitik Schottlands ist ein weiteres Beispiel für die verschiedenen Meinungen zwischen London und Edinburgh. 2008 wurde der Londoner Plan für den Bau neuer Kernkraftwerke in Schottland durch Proteste der SNP - Minderheitsregierung verworfen und forderte erfolgreich eine „Ausweitung der schottischen Territorialgewässer“ (Sturm 2009: 79).

Die Zentralregierung in London betreibt weiterhin die Ministerien für Wales, Nordirland und Schottland (vgl. Sturm 2009: 81). Sie hat es verabsäumt, ein „gemeinsames Ministerium für alle Nationen und Regionen zu schaffen“ und lässt unter erheblich reduzierten Arbeitsaufwand die Ministerien unter dem Justizministerium weiter existieren (Sturm 2009: 81).

Im Moment sind sechs Parteien im schottischen Parlament vertreten.

Tabelle 3: Parteien im schottischen Parlament

Partei	Vorsitzender	Sitze
Scottish National Party (SNP)	Alex Salmond	65
Scottish Labour	Johann Lamont	37
Scottish Conservative	Ruth Davidson	15
Scottish Liberal Democrats	Willie Rennie	5
Scottish Green Party	Patrick Harvie	2
Independent (unabhängig)		4

Quelle: Tabelle 2 vgl. 7.5. Tabellen

3.2.3. Die Scottish National Party (SNP)

Bis zum Jahre 2007 kamen die „First Minister“ immer aus dem Labour Lager. Alex Salmond ist der erste „First Minister“ einer anderen Partei.

Die Wurzeln der an Mandaten stärksten schottischen Partei sind in den 1920er Jahren zu finden (vgl. 7.6. Internetquellen – SNP). Aus drei unterschiedlichen nationalen Bewegungen entstand die SNP. Die Kernthemen der SNP waren u.a. niedere Steuern, „sichere Gemeinschaften“, Unterstützung für kleinere Betriebe und lokaler politischer Service (vgl. 7.6. Internetquellen – SNP). Der Anfang der Partei war jedoch nicht sehr vielversprechend. Bei den Wahlen im Jahre 1945 gewann sie gerade einmal einen Parlamentssitz (vgl. Sturm 2009: 58). Dennoch sollte die nationalistische Bewegung in Schottland weiter anhalten und in den folgenden Jahrzehnten ihr immer größeren Zuspruch bei Wahlen verschaffen. Ihre Zeit der „Erfolglosigkeit“ nutzte die Partei, um ihre Strukturen zu verbessern und ihre Wählerschaft zu vervielfältigen (Sturm 2009: 61). 1966 kam die Partei auf fünf Prozent, bei den Wahlen 1974 bereits auf 30,4 Prozent (vgl. Sturm 2009: 61). Der SNP gelang es in dieser Zeit, die Tatsache des wirtschaftlich schwachen Englands („englische Krankheit“, „der kranke Mann Europas“), für ihre eigenen Ziele auszunutzen und Stimmen für sich zu gewinnen (Sturm 2009: 62).

Englands Antwort auf das zunehmende Erstarken des nördlichen Nachbarn war eine Politik der Zugeständnisse und einen Ausbau der Maßnahmen, welche die Devolution betrafen (vgl. Sturm 2009: 62). Die SNP forderte maximale Unabhängigkeit und dieser Umstand sollte sich rächen (vgl. Sturm 2009: 62). Es folgte eine Krise der Partei und bei den Wahlen 1979 wurde der Stimmenanteil der SNP halbiert (vgl. Sturm 2009: 62). Einen Aufschwung brachte die Regierungszeit von Margaret Thatcher in England. Die Konservativen hatten in Schottland keinen Rückhalt und es wurde ihr die „Legitimation abgesprochen, Schottland in dieser Weise zu regieren“ (Sturm 2009: 62). Die folgenden Jahre waren vor allem durch Wahlerfolge der Labour Party geprägt und dem Voranschreiten des Devolutionsprozesses (vgl. Sturm 2009: 63).

Mit dem Wahlerfolg aus dem Jahre 2011 änderte sich die schottische Politik. Der Parteivorsitzende Alexander Salmond möchte nun die wichtigste Forderung seiner Partei umsetzen, die Unabhängigkeit Schottlands. Alexander Salmond ist ein „hartgesottener Machtpolitiker“ (vgl. 7.6. Internetquellen – Salmond). Nach seiner Wahl in das britische Unterhaus arbeitete er sich zum Parteivorsitzenden in Schottland hinauf und propagiert seitdem seine „Los von England“ Kampagne (vgl. 7.6. Internetquellen - Salmond). Unter seiner Führung vereint die SNP sowohl das Bildungsbürgertum der großen schottischen Städte, als auch die „Slumbewohner“ (vgl. 7.6. Internetquellen – Salmond). In der Regel versuchen Parteien bestimmte Bevölkerungsschichten anzusprechen. Wenn eine Partei für eine bestimmte Gruppe interessant ist, kann sie für eine andere Gruppe komplett die falschen Ziele verfolgen. Sie alle werden durch den Glauben an die „schottische Überlegenheit“ gegenüber den Engländern geeint (vgl. 7.6. Internetquellen – Salmond). Durch diese gemeinsame Abgrenzung entsteht für alle Befürworter dieser Meinung ein Ziel, welches sie unter allen Umständen erreichen möchten. Dennoch sprechen die Meinungsumfragen genau ein Jahr vor der Abstimmung eine andere Sprache. Gerade einmal 30 Prozent der Schotten sind für die Abspaltung von dem Vereinigten Königreich (vgl. 7.6. Internetquellen – Salmond). Auf dieses Problem reagiert Salmond mit der Mobilmachung einer bis jetzt nicht verfügbaren Wählergruppe. Erstmals dürfen auch die 16-jährigen Staatsbürger in Schottland zur Wahlurne schreiten und mit ihrer Stimme über die politische Zukunft Schottlands entscheiden (vgl. 7.6. Internetquellen – Salmond). Wie diese Gruppe über die Unabhängigkeit entscheiden wird, ist unklar, ebenso die Frage, inwieweit sie Salmond mobilisieren kann.

3.2.4. Die Scottish Labour Party

Auf der anderen Seite steht die Scottish Labour Party. Innerhalb aller britischen Parteien hat die Labour Party eine „einzigartige“ Entstehungsgeschichte (Becker 2002: 165). Im Gegensatz zu den anderen Parteien in Großbritannien entstand sie „außerhalb des Parlaments“, ausgehend von unterschiedlichen „sozialistischen Gesellschaften“ (Becker 2002: 166). Die Partei wurde bereits um 1900 begründet und war bis 1918 eine „Interessensvertretung der Gewerkschaftsbewegung im Parlament“ (Becker 2002: 166). Mergel sieht die Partei zur damaligen Zeit im engeren Sinne als „politischen Arm der Gewerkschaften“ und dass dieser Umstand „sehr viel ausgeprägter war als die sozialdemokratischen Parteien des Kontinents“ (Mergel 2005: 39). Ein Großteil der Gewerkschaften beinhaltete „automatisch die Labour – Mitgliedschaft“ und dies schaffte eine breite Basis der Parteimitglieder (Mergel 2005: 39).

Das Jahr 1918 bedeutete in Großbritannien eine Änderung des Wahlrechts, welches sich positiv auf die Wählerschaft der Arbeiter und auch positiv auf die bessere Strukturierung der Parteiorganisation der Labour Party auswirken sollte (Becker 2002: 167).

In Schottland bekam sie erstmals 1922 großen Zuspruch (vgl. 7.6. Internetquellen – Labour Geschichte). Ab dem Jahr 1945 bis zum Jahre 2007 war sie immer ein zentraler Machtfaktor in Schottland gewesen (vgl. 7.6. Internetquellen – Labour Geschichte).

Die Scottish Labour Party nimmt für das kommende Referendum eine komplette Gegenposition zur SNP ein. Sie hält an der Union fest und möchte unter allen Umständen eine Loslösung von England, Wales und Nordirland verhindern.

Unter dem Wahlslogan „United with Labour“ möchte man vor allem auf die Zusammengehörigkeit der Schotten mit dem Rest des Vereinigten Königreichs erinnern und vor einem möglichen Alleingang in der Zukunft warnen (vgl. 7.6. Internetquellen – Labour Geschichte). Im Zentrum der „Gegenkampagne“ der Scottish Labour Party steht die Betonung eines starken schottischen Parlaments im Verbund mit dem Vereinigten Königreich. Obwohl die Labour Party nach wie vor für die Union mit England, Wales und Nordirland eintritt, möchte sie die Rolle des schottischen Parlaments im Zuge einer von der Partei eingesetzten „Devolution Commission“ unbedingt stärken (vgl. 7.6. Internetquellen – Labour Devolution). Bei der „Devolution Commission“ handelt es sich um eine im Internet angebotene Diskussionsplattform, den bereits im Jahre 1997 eingeleiteten Prozess der Devolution voranzutreiben und den Bürgern in Schottland die Möglichkeit zu geben, sich in das Thema einzubringen (vgl. 7.6. Internetquellen – Labour Devolution).

3.2.5. Die Scottish Conservatives, die Liberal Democrats und die Scottish Green Party

Die Wurzeln der britischen Conservative Party („Conservative and Unionist Party, Tory Party oder Tories“) liegen beim hohen Adel und die Partei ist die „Älteste unter den modernen politischen Parteien in Großbritannien (Becker 2002: 159). Weltweit sind sie, im Hinblick auf die politische Partizipation, die „erfolgreichste konservative Partei des 20. Jahrhunderts“ (Mergel 2005: 37). Zwischen 1945 und 2000 regierten die Tories insgesamt 35 Jahre lang und konnten die politische Richtung des Landes entscheidend mitbestimmen (vgl. Mergel 2005: 37).

Und auch heute stellen sie mit David Cameron den britischen Premierminister und haben eine Mehrheit im britischen Unterhaus. In Schottland ist die Conservative Party nicht so erfolgreich. Mit ein Grund für die schlechte Stellung der Conservative Party in Schottland war die Wirtschaftspolitik von Margaret Thatcher (vgl. Sturm 2009: 62). Durch alle gesellschaftlichen Schichten wurde ihr Vorgehen als „sozial rücksichtslose Katastrophenpolitik“ aufgefasst (Sturm 2009: 62). Bis zu den Erfolgen der SNP war Schottland eine „Labour- Hochburg“ und es gab keinen hohen Wählerzuspruch für die Conservative Party (Becker 2002: 176).

Ähnlich wie die Labour Party oder die Conservative Party haben auch die Liberal Democrats eine feste Bindung in allen Ländern von Großbritannien. Bereits im Jahre 1861 bildete sich die Partei aus einem „antimonarchistischen“ Flügel in Großbritannien heraus und war bis 1920 immer die zweitstärkste politische Kraft im Vereinigten Königreich gewesen (Becker 2002: 173). Mit dem Abstieg der Liberal Democrats begann der Aufstieg der Labour Party (vgl. Becker 2002: 173). Auf den ersten Blick sind die Liberal Democrats eine klassische Kleinpartei (vgl. Becker 2002: 174). Dies ist jedoch auf das britische Mehrheitswahlrecht zurückzuführen, da die Anhängerschaft der Liberal Democrats über das ganze Land verstreut ist, und sie aus diesem Grund den beiden Großparteien keine Konkurrenz machen können (vgl. Becker 2002: 174).

In Schottland sind die Liberal Democrats über die Plattform „bettertogether“ gegen eine komplette Abspaltung vom Vereinigten Königreich (vgl. 7.6. Internetquellen – Plattform). Sie halten seit den letzten schottischen Parlamentswahlen bei fünf Sitzen (vgl. 7.6. Internetquellen – Schottisches Parlament 5).

Die Scottish Green Party ist eine Kleinstpartei im schottischen Parlament. Von den 129 Sitzen im Parlament konnte sie bei den Wahlen 2011 zwei Mandate gewinnen. Die Unabhängigkeitspo-

litik wird von der Scottish Green Party unterstützt und sie ruft ihre Wähler dazu auf mit Ja bei dem Referendum zu stimmen (vgl. 7.6. Internetquellen – Scottish Greens).

4. Empirie

4.1. Kritische Diskursanalyse (KDA)

4.1.1. Einführung in die Methode

Das Ziel einer jeden wissenschaftlichen Arbeit, gleich ob Diplomarbeiten, Masterarbeiten oder jahrelanger Forschungsprojekte ist es „Wahrheit“ oder „Wissen“ zu produzieren und diese belegen zu können (Jäger 2004: 215). Diese sogenannten „Wahrheiten“ sollen uns helfen, besser die Wirklichkeit verstehen zu können und das kritische Hinterfragen von Wahrheiten zu fördern (vgl. Jäger 2004: 215). Der Begriff „kritisch“ wird nun oftmals in wissenschaftlichen bzw. gesellschaftlichen Debatten verwendet und nur selten hinterfragt. Was heißt daher kritisches Denken, kritisches Handeln usw.? Es handelt sich dabei um eine elementare Frage, ob die Wissenschaft und in weiterer Folge auch die Wahrheit, die „Grundlage für eine kritische Auseinandersetzung mit der Wirklichkeit“ überhaupt bildet oder nicht (Jäger 2004: 215).

Von uns allen wird die Rolle, die der Wissenschaft zugeschrieben wird, als „Wahrheitsbringer“ akzeptiert und die Tatsache, dass Wissen durch „neues Wissen“ ersetzt wird, als gegeben erachtet (Jäger 2004: 215).

Ab diesem Punkt soll die KDA für Wissen und Wahrheiten sorgen. Mein Ziel ist es, in diesem vierten Kapitel zur Empirie zunächst die KDA zu erklären und in einen weiteren Schritt meinen Forschungsgegenstand zur schottischen Unabhängigkeit mit Hilfe der KDA zu untersuchen.

Wie bereits in der Einführung erklärt, ist das Ziel der Wissenschaft „wichtige Fragen zu beantworten“ und sich auf „Inhalte zu beziehen“, dies ist das „Interesse der Wissenschaft“ (Jäger 2004: 216).

Im Zentrum der KDA steht daher, was Wissen überhaupt ist, wie „gültiges Wissen“ zustande kommt, wie es „weitergegeben“ wird und welche „Funktionen es für [...] die Gestaltung von Gesellschaft“ hat (vgl. Jäger 2000: 1). Das Wissen betrifft damit „alle Arten von Bewußtseinsinhalten [sic!] bzw. Bedeutungen, mit denen [...] Menschen [...] die Wirklichkeit deuten und gestalten“ können (Jäger 2000: 1). Wissen darf daher nicht nur als etwas Wissenschaftliches betrachtet werden, sondern muss auch im Alltag immer wieder neu erlebt und erfunden werden.

Die KDA zielt in ihrer Arbeit darauf ab, „Wissen der Diskurse“¹⁹ herauszufinden und die Beziehung zwischen „Wissen und Macht“ aufzudecken (vgl. Jäger 2000: 1). Die Diskursanalyse wird auf sämtliche Forschungsfelder, vom „Alltagswissen“ bis in höchste politische Forschung verwendet, um zur Erkenntnis zu gelangen (Jäger 2000: 1).

Ein bedeutender Bestandteil dieser Forschung ist der Wissenschaftler selber. Er ist selber in seine Untersuchungen eingebunden, sowohl auf der Ebene der Methodologie als auch auf der Ebene nach der konkret formulierten Fragestellung (vgl. Jäger 2004: 217). Daraus folgt, dass wissenschaftliche Forschung niemals bei „Null“ anfängt, sondern sich bereits immer auf ein wissenschaftliches Vorwissen bezieht (Jäger 2004: 217). In diesen Zusammenhang spielt die Beeinflussung der Wissenschaft eine besondere Rolle. Wissenschaft wird immer von „gesellschaftlichen Machtverhältnissen“ in einem „gesellschaftlichen Gesamtdiskurs“ vollzogen (Jäger 2004: 217). Umstände für diese Verhältnisse gibt es genügend, ob es sich dabei um zu wenig Ressourcen handelt, oder der Forschungsgegenstand ein zu geringes Interesse in der Öffentlichkeit erregt, all das kann die Forschung wesentlich beeinflussen und die Ergebnisse stark verzerren (vgl. Jäger 2004: 217).

4.1.2. Zentrale Begriffe der KDA

Die nun folgenden Begriffe stellen eine Auswahl an zentralen Bedeutungen für die KDA dar. Bei der Wahl, welche Begriffe erklärt werden, traf ich die Entscheidung danach, welche Definitionen für das Verstehen der KDA am bedeutendsten sind.

a. Der Diskurs

Im Fachwörterbuch für Politikwissenschaft wird der Diskurs als ein „abgrenzbarer Zusammenhang von Kommunikation“ begriffen (Keller/ Viehöver 2005: 164). Die „Wahrnehmungen der Welt“ werden erfasst und produziert wird „gesellschaftliche Wirklichkeit“ (Keller/ Viehöver 2005: 164). Die Diskurse können unterschiedliche Forschungsgebiete betreffen und werden vor allem in Hinblick auf „Praktiken, Regelstrukturen [...] sowie auf ihre gesellschaftlichen Voraussetzungen und Effekte“ untersucht (Keller/Viehöver 2005: 164).

¹⁹Im Abschnitt 4.1.2. Zentrale Begriffe der KDA definiere ich die Begriffe genau.

Diskurse können „kritisiert und problematisiert“ und dabei „ihre Widersprüche [...] ihr Verschweigen und ihre Grenzen [...] der Sag- und Machbarkeitsfelder“ aufzeigt werden (Jäger 2000: 2).

Der Begriff des Diskurses darf nicht mit dem Begriff der Debatte gleichgesetzt werden. Gerade eben weil Diskurse versuchen gesellschaftliche Wirklichkeit nicht nur zu produzieren, sondern auch zu hinterfragen, handelt es sich beim Diskurs um mehr als ein Streitgespräch oder eine wissenschaftliche Diskussion.

b. Die Macht

Der Begriff der Macht ist ein wesentlicher Bestandteil sämtlicher Diskurse und damit auch der KDA. Die Macht wird als einer der „Grundbegriffe“ der Politikwissenschaft gesehen und gleichwohl kann der Begriff nur schwer erfasst werden, da er von „unterschiedlichen Rahmenperspektiven“ entwickelt wird (Weiß 2005: 522). Die Analyse von Diskursen wird immer auch als eine Analyse von „Macht-Wirkung“ gesehen (Jäger 2000: 1). Michel Foucault sah in unserer Moderne „dynamische und bewegliche Netzwerke der Macht“ verortet (Weiß 2005: 522). So wird den gesellschaftlichen Diskursen der Zweck der Machtausübung zugeschrieben (Jäger 2000: 1).

c. Spezialdiskurse und Interdiskurse

Die kommenden Begriffe sind Elemente der Struktur einzelner Diskurse. Zwischen dem Spezialdiskurs und dem Interdiskurs ist in der Methode zu unterscheiden (vgl. Jäger 2000: 9). Der Spezialdiskurs meint alle wissenschaftlichen Auseinandersetzungen und dem Interdiskurs werden alle „nicht-wissenschaftlichen“ Diskurse zugeschrieben (Jäger 2000: 9). Politische Diskurse werden demnach dem Interdiskurs zugeordnet, wobei aber immer wieder Elemente des Spezialdiskurses in den Interdiskurs mit einfließen (vgl. Jäger 2000: 9).

d. Der Diskursstrang

In Diskursen werden vielfältige Themen behandelt, sollte jedoch ein Thema öfter vorkommen, so bezeichnet man diesen Verlauf als einen Diskursstrang (vgl. Jäger 2000: 9).

e. Das Diskursfragment

Ein Diskursstrang besteht aus einer Vielzahl an Elementen, diese einzelnen Teile werden als Text bzw. in der KDA als sogenanntes Diskursfragment bezeichnet (vgl. Jäger 2000: 9). Die Diskursfragmente formen den Diskursstrang (vgl. Jäger 2000: 9).

f. Diskursive Ereignisse und diskursiver Kontext

Nach Jäger haben alle „Ereignisse diskursive Wurzeln“, welche sich auf „diskursive Konstellationen“ zurückführen lassen können (Jäger 2000: 10). Diskursive Ereignisse zeichnen sich jedoch erst als solche aus, wenn sie politisch und vor allem in den öffentlichen Medien vermehrt präsent sind und stark aus der Masse herausstechen (vgl. Jäger 2000: 10). Die Medien haben die Möglichkeit, Diskurse in die Öffentlichkeit zu tragen und einer breiten gesellschaftlichen Debatte zu öffnen. So wird sich zum Beispiel kaum jemand für einen Taschendiebstahl an einem Bahnhof interessieren, doch können die öffentlichen Medien auf Grundlage dessen einen Diskurs über die Sicherheit an öffentlichen Plätzen entfachen.

g. Die Diskursebene

Diskurse finden auf unterschiedlichen Ebenen statt. Gleich ob es die Ebene der Politik, der Wissenschaften, der Medien, des Alltages etc. ist, wichtig ist zu beachten, dass diese Diskursebenen „aufeinander einwirken“ und auch „einander nutzen“ (Jäger 2000: 10). Ein typisches Beispiel ist die Aufnahme eines politischen Diskurses in einen medialen Diskurs usw.

h. Die Diskursposition

Unter der Diskursposition wird nichts anderes als der „spezifische ideologische Standort“ einer Person oder einer Sache verstanden (Jäger 2000: 10).

i. Die Zeiteinteilung der Diskursstränge

Jeder Diskurs besitzt einen bestimmten Verlauf. Dabei spielen die „Geschichte“, die „Gegenwart“ und die „Zukunft“ eine besondere Rolle (Jäger 2000: 11). Oftmals werden Diskurse über längere Zeiträume heraus analysiert, um die verschiedenen Strukturen aufzudecken (vgl. Jäger 2000: 11).

4.1.3. Gegenstände der KDA

Wie bereits oben in der Begriffsdefinition erklärt, sind Diskurse über alle Ebenen der Gesellschaft verstreut und können behandelt werden. Die Frage nach den Gegenständen der KDA ist auch eine Frage nach der „Vollständigkeit“, nach der „Repräsentativität“ und nach der „Verlässlichkeit“ [sic!] von Diskursanalysen (Jäger 2000: 12). Beendet ist eine Analyse dann, wenn es keine „inhaltlich und formal neuen Erkenntnisse“ mehr gibt (Jäger 2000: 12). Im Zentrum der KDA steht die „Erfassung der jeweiligen Sagbarkeitsfelder“ (Jäger 2000: 12). Wer hat was in welchen Zusammenhang gesagt und wie wirkt es sich auf andere Sachverhalte bzw. Sachfelder aus? Nur durch eine Aufarbeitung und einen Vergleich der unterschiedlichen Dimensionen kann man zur Erkenntnis seiner Fragestellung gelangen.

4.1.4. Fragen zur Vorgehensweise der KDA

Forschen und analysieren mit der KDA Methode wird durch unterschiedliche Schritte vollzogen. Am Beginn der Forschung steht die genaue Beschreibung des Gegenstandes bzw. des zu untersuchenden Materials. Dabei soll vor allem die wissenschaftliche und auch die persönliche Relevanz geklärt werden. Begründungen, warum diese Forschungsebene ausgewählt wurde, werden genau beschrieben (vgl. Jäger 2000: 12).

Vorgehensweise²⁰

1. Knappe Charakterisierung der Diskursebene
2. Erschließung und Aufbereitung der Materialbasis bzw. des Archivs
3. Strukturanalyse: Auswertung der Materialaufbereitung in Hinblick auf den zu analysierenden Diskursstrang
4. Feinanalyse des Forschungsgegenstandes
5. Gesamtanalyse des Forschungsgegenstandes im gesamten Kontext

4.2. Forschungsdesign

Im Forschungsprozess ist das Forschungsdesign ein wesentlicher Bestandteil für zukünftige Ergebnisse der Forschung. Unter dem Begriff des Forschungsdesigns werden die Planung und die

²⁰ Sofern nicht anders in diesem Abschnitt zitiert, beziehen sich alle Zitate auf Jäger 2000 Seiten 13- 14.

Konstruktion der Forschung an sich verstanden (vgl. Flick 2011: 121). Das Forschungsdesign stellt die Rahmenbedingungen für den Forschungsprozess dar.

Für meine Methode verwende ich das Forschungsdesign der „Vergleichsstudie“ (Flick 2011: 179). Sie eignet sich vor allem daher, weil „spezifische Inhalte des (Experten-)Wissens“ verwendet werden können, um zu Informationen zu gelangen (Flick 2011: 179).

Eine bedeutende Frage ist, welche Fälle bzw. welche Texte für solch eine Studie ausgewählt werden sollen, damit umfassende Erkenntnisse gewonnen werden können (vgl. Flick 2011: 179). Von dieser Auswahl hängt es ab, in welcher „Komplexität“ die einzelnen Fälle untersucht werden können (Flick 2011: 179).

4.2.1. Kontextueller Rahmen der Debatten auf nationaler (schottischer) Ebene

a. Formulierung der Fragestellungen

1. Welche Diskurspositionen /- ebenen nehmen die Redner ein?
2. Welcher Begriff von Unabhängigkeit wird in den Reden beschrieben?
3. Wie werden sprachliche Bilder in den Reden verwendet?

b. Darstellungsziele

Durch die drei in Punkt a. formulierten Fragestellungen soll eine umfassende Bandbreite an Informationen herausgearbeitet werden. Neben den Fragen zum Diskurs, sollen vor allem die verschiedenen Aspekte zur schottischen Unabhängigkeit analysiert und die Wirkung der Reden herausgearbeitet werden. Nur durch die genaue Beantwortung der Fragen anhand des Forschungsgegenstandes, können die unterschiedlichen Dimensionen von Unabhängigkeit erfasst werden.

c. Auswahl an Texten

Bei der Auswahl an Texten für die schottische Dimension, habe ich mich im Vorfeld der Volksabstimmung zur Unabhängigkeit für Reden auf Parteitage der beiden größten politischen Parteien in Schottland entschlossen.

Der erste Forschungsgegenstand ist die Rede des SNP Vorsitzenden Alexander Salmond. Bei der Rede handelt es sich um eine Ansprache vom 23. März 2013 in der schottischen Stadt Inverness (vgl. 7.6. Internetquellen – Schottische Politik). Sämtliche Reden der SNP gibt es auf der offiziellen Homepage der Partei, sowohl als Text als auch als Video-Datei. Alexander Salmonds

„Spring Conference Address“ war an SNP Delegierte gerichtet und sollte in einer ersten thematischen Annäherung seine Anhänger und Parteifreunde auf das kommende Votum im September 2014 einstellen bzw. einschwören.

Die Wahl ist auf diese Rede als Forschungsgegenstand gefallen, da Alexander Salmond einer der zentralen Figuren innerhalb des Unabhängigkeitswahlkampfes in Schottland ist. Zwar gibt es eine Vielzahl an ähnlich verfassten Reden, jedoch deckt die Rede viele verschiedene Themenbereiche der wirtschaftlichen, politischen, europäischen und internationalen Ebene ab. Durch diese große Bandbreite an Beispielen werde ich im Punkt d. zur quantitativen Erfassung die unterschiedlichen Dimensionen herausarbeiten und aufzeigen.

Im Vergleich dazu steht die Rede von Johann Lamont, der Vorsitzenden der Scottish Labour Party. Die Rede stellt den Start für die von der Scottish Labour Party am 13. Mai 2013 in Glasgow begonnene Kampagne „United with Labour“ dar und soll die Gegenaktion zur Kampagne der schottischen Nationalisten sein (vgl. 7.6. Internetquellen – Lamont). Die Rede findet sich ebenso wie bei der SNP auf der offiziellen Homepage der Partei. In Glasgow waren, neben den höchsten schottischen Parteifunktionären, auch die englischen Labour Parteispitzen anwesend. So unterstützte der ehemalige britische Premierminister Gordon Brown die Scottish Labour Party bei ihrem Vorhaben, die Schotten von einem Verbleib im Vereinigten Königreich zu überzeugen (vgl. 7.6. Internetquellen – Lamont).

d. Quantitative Erfassung der Forschungsgegenstände

1. Welche Diskurspositionen /- ebenen nehmen die Redner ein?

„Spring Conference 2013 Address“- Alexander Salmond²¹

Das vorrangige Thema in der Rede von Alexander Salmond ist Schottland und die Unabhängigkeit. Der vorherrschende Diskurs dreht sich um die Unabhängigkeit und welche Vorteile ein unabhängiges und freies Schottland den Bewohnern des Landes bringen würde.

Die „Macht-Wirkung“ von Salmonds Rede darf nicht gering geschätzt werden (Jäger 2000: 1). Als Scottish First Minister ist er auf der nationalen Ebene der höchste Repräsentant Schottlands und hat dementsprechend viel Einfluss. In dieser Position spricht er demnach nicht nur als Vor-

²¹ Alle Reden sind in abgeschrieben Form im Anhang verfügbar.

sitzender der SNP, sondern für alle Schotten, auch für diejenigen die ihm 2011 nicht gewählt haben. Diese politisch legitimierte Macht verhilft Salmond, seine Ansichten zu untermauern und seine Vision, die Vision der SNP, auf Schottland als Ganzes zu übertragen.

Bei der Rede handelt es sich um einen Interdiskurs. Die Inhalte sind politisch und weniger wissenschaftlich aufgebaut. Natürlich werden Beispiele aus der schottischen und aus der internationalen Öffentlichkeit herangezogen, aber diese sind nicht durch wissenschaftliche Quellen belegt. In der „Spring Conference 2013 Address“ sind einige zentrale Diskursstränge verortet. Zur besseren Übersicht der Diskursstränge habe ich eine Kategoriebildung vorgenommen und werde die Stränge durch einzelne Beispiele genauer erklären.

Der wichtigste Strang behandelt die Frage nach der Unabhängigkeit Schottlands. Gleich zu Beginn der Rede geht Salmond auf die zukünftige Entscheidung im Jahre 2014 ein. Mit der Aussage „[...] Scotland's date with destiny (Salmond Anhang: 95)“ gibt der First Minister die Richtung seiner Rede vor. Diesen Strang kategorisiere ich mit den Namen Unabhängigkeitsstrang. Immer wieder wird der Unabhängigkeitsstrang durch Aufrufe für das kommende Referendum besonders betont. So auch, dass „[...] kommende Generationen noch nach dem Datum des Votums fragen werden [...]“ oder, dass durch die Unabhängigkeit Schottland „[...] eine bessere Nation [...]“ werde (Salmond Anhang: 95-96).

Ein zweiter Diskursstrang betrifft das Referendum selbst. Salmond spricht seine Zuhörer, und damit im weiteren Sinne auch die Bevölkerung, direkt an und macht sich selber zu einem der ihren. Mit Aussagen wie: „I was one of those who voted [...] for a new future [...]“, zeigt er seine eigene Entschlossenheit, die Unabhängigkeit und das Referendum mitzugestalten und mitzutragen (Salmond Anhang: 96). Diesen Strang bezeichne ich als Referendumsstrang.

In der bisherigen Masterarbeit habe ich bereits auf das Jahr 2014 als besonderer Zeitpunkt verwiesen. Neben dem 700-jährigen Jubiläum der siegreichen Schlacht von Bannockburn, finden ebenso die Commonwealth Games und das große Golfturnier, der Ryder Cup, in Schottland statt. Diesen Vorteil nützt Salmond aus und betont die Wichtigkeit moderner Sportstätten. Eigens aus diesem Anlass heißt der dritte Strang Veranstaltungsstrang.

Der letzte Strang bildet mitunter ein wesentliches Verständnis für die gesamte Rede an sich. Bisher wurden durchwegs positive Argumente und Ereignisse in den Diskurssträngen verarbeitet und aufgebaut. Im „Kontra-Westminster-Strang“ sollen vor allem die negativen Argumente Salmonds gegen das Vereinigte Königreich und England gesammelt und dargestellt werden. Über Minuten argumentiert der Redner gegen die Verbindung zwischen dem Vereinigten Königreich

und Schottland als solches. So auch „[...] a Westminster system that [...] isn't working for Scotland [...]” oder der Verweis auf die nichtgewollte Beteiligung Schottlands am Irak Krieg durch das britische Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika (Salmond Anhang: 97).

Der Diskurs findet auf einer umfassenden Informationsebene statt. Gerade durch das Internet und die damit verbundene Verbreitung von Informationen, können die Inhalte, gleich zu welcher Tages und Nachtzeit, abgerufen werden. Die Diskursebene erhält damit eine komplett neue Form der Verbreitung.

Für eine Analyse der Diskursposition der Rede von Alexander Salmond, muss die Ideologie der SNP herausgearbeitet werden. Wie bereits im Abschnitt zum schottischen Nationalismus (2.1.2. (Schottischer) Nationalismus) festgehalten, wird der politische Nationalismus in einem besonderen Licht betrachtet. Es ist dies ein Nationalismus, der sich nicht in paramilitärischen Aktionen äußert, sondern vielmehr ein gemäßigter Nationalismus, der „im täglichen Leben mit dem Stimmzettel“ seinen Ausdruck findet (Eickhoff 1994: 8). Dennoch zeigen die Aussagen Salmonds in der „Spring Conference 2013 Address“, dass er stark gegen das Vereinigte Königreich und in weiterer Folge die englische Herrschaft über Schottland wettet. So verlangt Salmond „[...] a different path from Westminster [...]“ einzuschlagen oder er führt Statistiken über die Arbeitslosenrate im Vereinigten Königreich und Schottland an (Salmond Anhang: 100). Seine Aussagen sind populistischer Natur und sollen eine Grenze zwischen Schottland und dem Vereinigten Königreich ziehen. Der schottische Populismus eines Alexander Salmond kann in den Kategorien von Florian Hartleb erfasst werden. In der „inhaltlichen Dimension des Populismus“ bezieht Salmond in vielen Sachverhalten eine einfache Gegenposition („Antiposition“) (Thöndl 2005: 201). Bei der Auswahl solcher Gegenposition zielt die Themenwahl einzig und alleine auf eine „Mobilisierung“ bestimmter Wählergruppen ab (Thöndl 2005: 201). Für das Beispiel mit Schottland und die SNP trifft vor allem das Thema der Globalisierungskritik und die damit verbundene Auseinandersetzung mit der Unabhängigkeit des Landes die „inhaltliche Dimension“ dieses Problems (Thöndl 2005: 201). Dennoch nimmt Alexander Salmond die Diskursposition eines gemäßigten Nationalisten ein und versucht durch seine Aussagen Stimmen für die Unabhängigkeit von Schottland zu gewinnen.

Einen interessanten Aspekt bildet die Zeiteinteilung der Diskurse der Rede. Da das Referendum erst im Jahr 2014 stattfindet, greift der Redner einerseits auf Beispiele aus der Vergangenheit auf, um die schottische Situation zu erklären und stellt andererseits auch Prognosen für die Zukunft dar, was im Falle einer Unabhängigkeit Schottlands vom Vereinigten Königreich möglich

wäre. Das Beispiel mit der schottischen Beteiligung am Irak Krieg soll die schottischen Bürger negativ auf die englische Herrschaft einstimmen. Das Hingehen und das Abstimmen alleine bei dem Referendum beschreibt Salmond bereits als „[...] exciting journey in a [...] democratic way [...]“ (Salmond Anhang: 95).

„United with Labour Launch Speech“- Johann Lamont

Die Scottish Labour Party gehört zur britischen Labour Party. Ähnlich wie die Sozialdemokratische Partei in Österreich ist sie gemäßigt links der Mitte verortet. Johann Lamont ist seit Dezember 2011 Parteivorsitzende der Scottish Labour Party und führte die Partei in die „United with Labour“ Kampagne (vgl. 7.6. Internetquellen – Labour Lamont).

Die Rede von Johann Lamont vom 13. Mai 2013 in Glasgow ist ein Bekenntnis für ein Vereinigtes Königreich und gegen eine Abspaltung von Schottland aus diesem Staatenbund. Neben Argumenten gegen die Unabhängigkeit, führt die Scottish Labour Party Vorsitzende auch das Thema der sozialen Gerechtigkeit für das gesamte Vereinigte Königreich an. Der Diskurs darf also nicht nur als Gegenrede zu Alexander Salmond gesehen werden, sondern Lamont versucht die eigene Position ihrer Partei durch das Thema der sozialen Gerechtigkeit zu stärken und die Schotten von der Sinnhaftigkeit eines Verbleibs in der Personalunion mit England zu überzeugen.

Zur Frage nach der „Macht-Wirkung“ von Johann Lamont muss die Dimension des Netzwerkes der Scottish Labour Party betrachtet werden (Jäger 2000: 1). Die Scottish Labour Party steht in engen Kontakt mit der englischen Labour Party und hat damit auch über die Grenzen Schottlands hinaus Einfluss. Weil in Glasgow neben den Parteispitzen der Scottish Labour Party auch die Führung der englischen Labour Party anwesend war, können sich beide Parteien der Unterstützung englischer und schottischer Sympathisanten sicher sein.

Wie auch schon bei der „Spring Conference 2013 Address“ ist auch die „United with Labour Launch Speech“ ein Interdiskurs. Da in der Rede keine wissenschaftlichen Inhalte beschrieben werden, sondern Gesellschaftspolitik betrieben wird, kann nicht von einem Spezialdiskurs ausgegangen werden.

Obwohl die Rede von Johann Lamont um einiges kürzer ist als jene von Alexander Salmond, lassen sich auch darin Diskursstränge identifizieren. Als leitendes Thema neben der Unabhängigkeit, ist die soziale Gerechtigkeit für Schottland und für das gesamte Vereinigte Königreich ein wesentlicher Faktor für Lamont. In Lamonts Einleitung spricht sie sich für Chancengleichheit

für alle aus, gleich „[...] where they came from [...]“ (Lamont Anhang: 109). Diesen Diskursstrang klassifiziere ich als sozialen Gerechtigkeitsdiskursstrang. Ein weiterer Diskursstrang betrifft die Unabhängigkeit und die SNP an sich. Öfter macht die Rednerin auf eine mögliche Unabhängigkeit aufmerksam und den damit entstehenden Folgen. Vor allem die Haltung der SNP wird dabei von ihr heftig kritisiert. „When the economy was booming, the SNP said independence. When it slumped they said independence“(Lamont Anhang: 109). Dieser Strang trägt die Bezeichnung „Gegen die Unabhängigkeit“.

Als letzten Diskursstrang führe ich den „Pro-England-Diskursstrang“ an. Dabei werden vor allem Aussagen hervorgehoben, die für den Verbleib im Vereinigten Königreich sprechen und gegen eine Abspaltung von England und dem System von Westminster sind. Als Beispiel dazu „[...] we will stand up for Scotland strong in the United Kingdom and that is Labour’s case“(Lamont Anhang: 110).

Bereits wie die Rede von Alexander Salmond findet die „United with Labour Launch Speech“ von Johann Lamont eine breite Öffentlichkeit. Nicht nur, dass sie am Parteitag der Labour Party präsentiert wurde, sie wurde auch im Internet weiter verbreitet. Damit bekommt auch hier die Diskursebene eine weite Verbreitung.

Auch in der Rede von Johann Lamont lassen sich populistische Elemente ausfindig machen. Lamont nimmt ganz klar eine Gegenposition zu Salmond und den Unabhängigkeitsbestrebungen der SNP ein. Diese „inhaltliche Dimension des Populismus“ folgt aus der „United with Labour“ Kampagne (vgl. 7.6. Internetquellen – Lamont) (Thöndl 2005: 201). Lamont muss einfach gegen die Unabhängigkeitsthemen der SNP ansprechen und dieser Umstand führt bereits in den Populismus. Dieses Beispiel zeigt vor allem, dass keine Partei innerhalb des Unabhängigkeitswahlkampfes sich populistischen Charakteristika mehr entziehen kann, sondern versucht sie zu ihren Gunsten auszunutzen.

Die Ereignisse in den Diskurssträngen finden allesamt in der Gegenwart statt und bilden einen Vorgriff auf die kommende Volksabstimmung.

2. Welcher Begriff von Unabhängigkeit wird in den Reden beschrieben?

„Spring Conference 2013 Address“- Alexander Salmond

Für ein umfassendes Verständnis für die Rede von Alexander Salmond ist die Herausarbeitung des Begriffes der Unabhängigkeit notwendig. Dabei möchte ich mich der Erkenntnisse aus meinen Theorieabschnitt zu den Begriffsdefinitionen von Freiheit (2.1.1. Freiheit) bedienen. Wie bereits erwähnt, ist laut Neumann die Freiheit „Abwesenheit von Zwang“ (Neumann 1953: 26). In der Rede bedient sich Salmond eines bedeutenden Begriffes von Unabhängigkeit. Er grenzt sich von dem Vereinigten Königreich, vor allem von England, ab. So bezeichnet der Redner in einer seiner Aussagen „[...] Westminster parties ganged up to block a referendum [...]“ (Salmond Anhang: 96). Die Parteienlandschaft von Westminster steht in diesem Fall für den Zwang und nicht die Freiheit, in Schottland ein Referendum über die Unabhängigkeit durchzuführen. Salmond macht damit das (englische) politische System für eine Blockade der Volksabstimmung verantwortlich. Damit soll innerhalb der schottischen Gesellschaft Stimmung gegen einen Verbleib im Vereinigten Königreich gemacht werden.

In einen der folgenden Absätze schwört Salmond seine Zuhörer wieder auf das Datum der Volksabstimmung ein: „[...] trust in the Yes campaign on the 18th of September next year [...]“ (Salmond Anhang: 96). Anhand dieses Beispiels lässt sich eine Verbindung zum Selbstbestimmungsrecht der Völker herstellen. Der Aufruf wählen zu gehen, selber zu entscheiden, was in Zukunft mit dem eigenen Land geschehen soll, ist ein Symbol, dass die staatliche Macht eigentlich nicht in den Händen von Politikern liegt, sondern im Volkswillen (vgl. Boysen 2009: 431). Die Unabhängigkeit wird daher nicht von Politikern bestimmt, sie wird vom Volk selber bestimmt.

Eine interessante Frage wirft Salmond mit der Ansicht „[...] with a Westminster system that [...] is not working for Scotland [...]“ auf (Salmond Anhang: 97).

Anknüpfend an Neumann, sind die staatsbürgerlichen Freiheitsrechte notwendig, um die Freiheit der Bürger zu schützen (vgl. Neumann 1953: 38). Dabei ist davon auszugehen, dass „[...] wir keiner politischen Ordnung [...] ganz trauen [können] zu entscheiden, was gut für uns oder schlecht ist“ (Neumann 1953: 38). Als Konsequenz kann niemand dem Staat und der staatlichen Führung komplettes Vertrauen schenken (vgl. Neumann 1953: 41). Durch diese theoretische Ansicht möchte ich vor allem auf das ambivalente Verhältnis zwischen der Rede Salmonds und der Wirklichkeit in Großbritannien verweisen. Obwohl der SNP Parteivorsitzende in jedem Ab-

satz seiner Rede von der Eigenständigkeit Schottlands überzeugt ist, so kann man ihm dennoch nicht vollstes Vertrauen in seine dargestellte Wirklichkeit schenken. Unabhängig davon, wie nun das Referendum am 18. September 2014 in Schottland ausgehen sollte, auch Alexander Salmond kann die möglichen neuen politischen Strukturen nicht prophezeien.

In der „Spring Conference 2013 Address“ erschuf Alexander Salmond eine Idealvorstellung eines schottischen Unabhängigkeitsbegriffes, welcher einerseits auf einer Abgrenzung zum Vereinigten Königreich bzw. zu England besteht und andererseits von einer von staatlicher bevormundenden Freiheit geführt wird. Die totale Unabhängigkeit, wie sie sich Alexander Salmond in seiner Rede ausmalt, wird auch nicht bei einem positiven Ausgang des Referendums erreicht werden, da über die letzten Jahrhunderte der schottischen und englischen Zusammenarbeit starke historische Strukturen (siehe Geschichteabschnitt) entstanden sind und diese nur schwer bzw. gar nicht aufgebrochen werden können.

„United with Labour Launch Speech“ - Johann Lamont

Die Frage, welcher Begriff von Unabhängigkeit in der Rede von Johann Lamont beschrieben wird, muss aufgrund der gegensätzlichen Haltung anders formuliert werden. Das Gegenteil von Unabhängigkeit, die Abhängigkeit anzunehmen, wäre in diesen Kontext nicht richtig. Die Scottish Labour Party geht nicht von einer Abhängigkeit zum Vereinigten Königreich bzw. zu England aus, sondern versucht vielmehr die gemeinsame Partnerschaft, die Zusammenarbeit der Länder des Vereinigten Königreichs zu betonen. Dieser Umstand führt dazu, dass sich Lamont und die Scottish Labour Party vom Begriff der Unabhängigkeit abgrenzen und den Begriff der Zusammenarbeit, des Zusammenhalts betonen. Bereits der Name der Rede „United with Labour Launch Speech“ weist auf den zusammenführenden und nicht abgrenzenden Charakter der Partei und der Rede hin.

Gleich zu Beginn der „United with Labour Speech“ macht Lamont klar, wen sie als Adressanten der Rede sieht. Die Bevölkerung „[...] from Scotland, England, Wales or Ireland [...]“ werden angesprochen (Lamont Anhang: 109). Durch diese Tatsache bekommt die Rede eine größere Wirkung, da sie nicht nur auf die Wahlberechtigten Schottlands abzielt.

Anders als bei Salmond wird die Unabhängigkeit nicht als isolierter Begriff betrachtet. Lamont setzt den Begriff der Unabhängigkeit mit dem Begriff der „Social Justice“ (Soziale Gleichberechtigung) gleich und transportiert zugleich mit dieser Aussage ein wesentliches Ziel ihrer sozialdemokratischen Partei mit. Ich möchte an dieser Stelle eine wesentliche Problematik der Scot-

tish Labour Party zur Sprache bringen. Die SNP hat mit dem Recht auf Veranstaltung eines Unabhängigkeitsreferendums ein großes mediales Thema sowohl auf nationaler als auch auf internationaler Ebene aufgegriffen. Die Nationalisten gaben das Thema vor und sind nun in der Lage abzuwarten, wie die anderen Parteien, in diesem Fall wie ihr größter Konkurrent, die Scottish Labour Party, reagiert. Allein die Tatsache, dass die SNP nach Jahrhunderten einen Weg für eine mögliche Unabhängigkeit gefunden hat, lässt die Sozialdemokraten als eine weniger starke und einflussreiche Partei erscheinen.

Aus diesem Grund muss nun Lamont und die gesamte Partei versuchen, dieses Unabhängigkeitsthema mit vielen sozialdemokratischen Aspekten zu verbinden. In meinem Beispiel ist es die soziale Gerechtigkeit. Lamont versucht eine neue Diskussion, einen neuen Themenstrang in den Diskurs einzubringen, damit der SNP nicht das alleinige Recht der Themenbestimmung zukommt.

Neben der „social justice“ werden auch die Begriffe von „fairness, equality und solidarity“ in die Rede Lamonts aufgenommen. Hinter diesen Begriffen steht, wie bereits oben dargestellt, der Gedanke, das Thema mehr auf die sozialdemokratische Seite zu ziehen und der SNP wegzunehmen. Eine weitere Abgrenzung zur Unabhängigkeit und zur SNP finden sich in der Ansicht: „[...] society I had to make my way in was not shaped by national identity, but by wealth and privilege“ (Lamont Anhang: 110). Eine auf Wohlstand errichtete Gesellschaft dient mehr der Allgemeinheit, als der nationale Pass der einzelnen Staatsbürger.

Zentrale Aussage der gesamten Rede ist die Passage „We do not fight England“ (Lamont Anhang: 110). England ist für die Scottish Labour Party nicht der Feind, sondern ein Verbündeter, um das Referendum am 18. September 2014 zu gewinnen. Nur durch die Unterstützung von England und den anderen Partnern im Vereinigten Königreich kann ein Gefühl einer gemeinsamen britischen Nation geschaffen werden. Paradox an dieser Stelle ist, dass sowohl SNP als auch Scottish Labour Party einen verschiedenen Begriff der „Nation“ haben. Die SNP präferiert das Konstrukt einer schottischen Nation, die Sozialdemokraten hingegen treten für eine britische Nation ein.

Lamonts Begriff von Unabhängigkeit steht im Wesentlichen auf zwei großen Themenbereichen. Auf der einen Seite bildet die soziale Gerechtigkeit das sozialdemokratische Element in diesem Wahlkampf und auf der anderen Seite soll die unbedingte Verbundenheit mit England beibehalten werden.

3. Wie werden sprachliche Bilder in den Reden verwendet?

Frage drei soll die Reden neben den thematischen Überlegungen auch auf einer politischen-rhetorischen Ebene erfassen. Sprachliche Bilder dienen nicht nur dem besseren Ausdruck, sondern auch der genaueren Übermittlung politischer Botschaften. Einige Beispiele aus beiden Reden werden dies veranschaulichen.

„Spring Conference 2013 Address“- Alexander Salmond

Alexander Salmond verwendet eine Fülle an sprachlichen Bildern, um seine Botschaften den Zuhörern näher zu bringen. Gleich zu Beginn spricht Salmond von „A week is indeed a long time in politics“ (Salmond Anhang: 95). Der Redner macht durch diesen kurzen Satz auf die Schnelligkeit politischer Entscheidungen aufmerksam und der Adressat ist im Bilde, worum es geht.

„Scotland’s date with destiny“ nimmt bereits mythische Ausmaße an, wie Alexander Salmond das Datum der Abstimmung treffend zu Beginn bezeichnet (Salmond Anhang: 95). Salmond unterstreicht die große Bedeutung dieses Datums, indem er das Schicksal als sprachliches Bild mit in seine Rede aufnimmt.

Die Aussage „The sovereignty of the scottish people is in our dna“ appelliert an die Natur der Schotten und ihren nach Alexander Salmond „natürlichen Trieb“, sich als ein unabhängiges Volk seit jeher zu fühlen (Salmond Anhang: 96). Damit verknüpft Salmond, wenn auch nun nicht gesagt, den jahrhundertlangen historischen Freiheitskampf der Schotten gegen die Engländer. Die Schotten haben das Leiden durch die Engländer durch die Besetzung ihres Landes nicht vergessen und haben nun die Chance, friedlich und vor allem durch die englische Regierung anerkannt, die Entscheidung zu treffen sich endgültig vom Vereinigten Königreich zu befreien.

Zum Abschluss einer Reihe von Beispielen, warum das System von Westminster nur Schaden über Schottland bringt, appelliert Salmond bereits in biblischen Ausprägungen mit den Worten: „And the rocks will melt with the sun before we allow Tory or Labour to take away the right to free education in Scotland“ (Salmond Anhang: 103). Obwohl dieses sprachliche Bild nicht im direktem Verhältnis zur Unabhängigkeit steht, ist die Art und Weise wie die Botschaft artikuliert wird, ungewöhnlich für eine politische Rede. Die Aussage befindet sich bereits ziemlich zum Schluss und soll möglichst noch einmal die Zuhörerschaft von den Idealen begeistern und überzeugen.

Diese Auswahl an Beispielen zeigt, dass Alexander Salmond rhetorische Bilder von einer möglichen Realität der schottischen Unabhängigkeit in einer hohen Zahl in seiner Rede verwendet hat. Dieser Umstand schließt auf den populistischen Charakter dieser Rede zurück. Obwohl aus dem gemäßigten Lager der Nationalisten, ist es dennoch immer ein schmaler Grat, um nicht in eine Form von rhetorischer Hetze zu verfallen. Mit gewissen Aussagen war Salmond knapp davor, sich auf die radikale Seite in der Unabhängigkeitsfrage zu begeben.

„United with Labour Launch Speech“- Johann Lamont

Sprachliche Bilder in der „United with Labour Launch Speech“ von Johann Lamont ausfindig zu machen, ist schwerer als im vorhergehenden Beispiel.

Lamont bedient sich weniger ausdrucksstarker sprachlicher Bilder, sondern versucht vielmehr die Zuhörerschaft durch die persönliche Gleichstellung aller in politischen Fragen für sich zu gewinnen. So zeigt gleich zu Anfang die Ansicht „I came into politics for this reason“ die tiefe Überzeugung, dass es nur einen Grund für Politik gibt (Lamont Anhang: 109). Welcher Grund nun genau von Lamont gemeint ist, bleibt offen. Aber nun besteht die Möglichkeit der Interpretation für jeden und gleichsam die Identifikation mit diesem Grund für jeden Zuhörer. Dieser Umstand schafft eine gemeinsame Identität.

Kurze und prägnante Sätze finden sich immer wieder zu Beginn eines neuen Aspekts bei Lamont. Ähnlich wie der erste Satz bleibt es beim Zuhörer, was er damit anfängt. Diese Form der Rhetorik ist sehr gewagt, denn wenn das Publikum von Anfang an nicht auf der Seite des Redners ist, können falsche Absichten hinter den Aussagen verortet werden. Da es sich jedoch um einen Parteitag handelt, werden die Ansichten von den Adressaten richtig verstanden.

Damit Lamont ihre Gedanken in der Rede einleitet, greift sie u.a. auf die Aussage: „For me my Vision is clear“ (Lamont Anhang: 110).

Ebenso versucht sie die Menschen in ihre Rede mit einzubeziehen. Viele Absätze werden durch „Wir“ eingeleitet. Nicht sie alleine oder die Scottish Labour Party machen Politik, sondern alle gemeinsam haben das Recht auf Mitbestimmung, wenn sie die Scottish Labour Party unterstützen. Zum Abschluss der Rede nimmt aber Johann Lamont Abstand von einer gemeinsamen britischen Identität und appelliert direkt an die Schotten. „My Scotland stands for equality and solidarity. For freedom and justice“ (Lamont Anhang: 110). Diese letzte Ansicht soll noch einmal ihre eigene Verbundenheit mit dem Land zeigen und von ihrer Idee überzeugen.

e. Kategoriebildung zur Herausarbeitung der Argumentationsschwerpunkte und Zusammenfassung der Positionen

Nach der genauen Analyse beider Reden unter den unterschiedlichen Begriffen der KDA, des Begriffes von Unabhängigkeit und abschließend der sprachlichen Bilder, werde ich anhand der bereits aufgestellten Diskursstränge Kategorien erstellen und die Argumentationsschwerpunkte der Reden darlegen.

„Spring Conference 2013 Address“- Alexander Salmond

Folgende Diskursstränge bzw. Kategorien finden sich in Alexander Salmonds Rede:

- Unabhängigkeitsstrang
- Referendumsstrang
- Veranstaltungsstrang
- Kontra-Westminster-Strang

Alexander Salmond hat das Thema der schottischen Unabhängigkeit auf die politische Agenda gebracht und damit die Möglichkeit, mit einem erfolgreichen Votum Schottland aus dem Vereinigten Königreich herauszulösen.

Im Unabhängigkeitsstrang bringt Salmond viele unterschiedliche Beispiele u.a. „the sovereignty of the Scottish people is our DNA“ (Salmond Anhang: 96). Damit schafft er ein Bewusstsein für Unabhängigkeit in der schottischen Bevölkerung.

Der Referendumsstrang wird immer wieder durch konkrete Hinweise auf das Datum der Abstimmung betont und ein jeder Bürger soll Teil dieser Abstimmung über die Zukunft des gesamten Landes sein.

Innerhalb des Veranstaltungsstrangs findet sich nur ein Beispiel. Alexander Salmond nimmt dabei Bezug auf das herausragende Jahr 2014, in der die Abstimmung stattfinden soll. 2014 ist das Jahr der Commonwealth Games, des 700-jährigen Jubiläums der Schlacht von Bannockburn und der Austragung des Ryder Cup in Schottland.

Jeder dieser Stränge wird aber immer durch einen für Salmond besonders zentralen Strang unterbrochen. Der Kontra-Westminster-Strang bildet ein grundlegendes Motiv, überhaupt eine Volksabstimmung aus Sicht der SNP zu unterstützen. Die Engländer sind im Zusammenhang mit die-

sem Votum der Gegensatz, mit anderen Worten gesagt, der Gegner, den es für Schottland in der Unabhängigkeitsfrage zu besiegen gilt.

„United with Labour Launch Speech“- Johann Lamont

Folgende Diskursstränge bzw. Kategorien finden sich in Johann Lamonts Rede:

- Sozialen Gerechtigkeitsstrang
- Gegen die Unabhängigkeitsstrang
- Pro-England-Diskursstrang

Johann Lamont ist in der schwierigen Position, auf das Thema der Unabhängigkeit nur reagieren zu können. Sie muss Alexander Salmond das politische Feld überlassen und kann sich nur am Rande mit neuen (sozialdemokratischen) Themen und Ideen in den Wahlkampf einbringen.

Der soziale Gerechtigkeitsstrang steht für diesen Versuch, den Argumentationsschwerpunkt von dem dominanten Thema Unabhängigkeit auf die soziale Gerechtigkeit zu verlagern und eine neue Diskussion zu eröffnen.

Damit Lamonts Standpunkt ersichtlich wird, werden die sozialen Fragestellungen durch den Gegen die Unabhängigkeitsstrang unterbrochen. Zentral in diesem Zusammenhang ist für alle die Zusammenarbeit mit den anderen Ländern des Vereinigten Königreichs. Die Botschaften und die Argumente sind klar: nur durch einen Verbleib Schottlands in dieser Personalunion bleiben wir gemeinsam stark und können uns u.a. auf die Engländer verlassen.

Dennoch braucht England einen eigenen Diskursstrang. Der Pro-England-Diskursstrang setzt auf die kontinuierliche Partnerschaft mit dem starken wirtschaftlichen und außenpolitisch einflussreichen Land. Nur mit England kann in Zeiten von wirtschaftlichen Krisen und globalen Herausforderungen die Zukunft bestanden werden.

Beide Redner haben ihre Positionen über die schottische Unabhängigkeit klar gemacht. Erst mit Hilfe der KDA konnten die unterschiedlichen Rahmenbedingungen zu den Reden verortet werden. Sowohl die Rede von Alexander Salmond als auch die Rede von Johann Lamont sind aufgrund ähnlicher Motive erarbeitet und vor einem Publikum mit medialer Aufmerksamkeit präsentiert worden.

Obwohl SNP und die Scottish Labour Party zur Frage der Unabhängigkeit gegensätzliche Haltungen einnehmen, so gibt es dennoch einige Gemeinsamkeiten. Die Reden fanden auf Parteita-

gen statt, für beide ist die Zukunft des Landes ein großes Anliegen (obwohl mit unterschiedlichen Mitteln) und Salmond und Lamont ist die Bedeutung des Ausgangs des Referendums sehr wohl bewusst. Diese erste Gegenüberstellung der Reden auf der nationalen schottischen Ebene gab einen Überblick über die Haltungen der beiden einflussreichsten Parteien in Schottland. Der nächste Abschnitt geht einen Schritt weiter und wird die europäische Dimension analysieren.

4.2.2. Kontextueller Rahmen der Debatten auf europäischer Ebene

a. Formulierung der Fragestellungen

1. Welche Diskurspositionen /- ebenen nehmen die Redner ein?
2. Welcher Begriff von Unabhängigkeit wird in den Reden beschrieben?
3. Wie werden sprachliche Bilder in den Reden verwendet?

b. Darstellungsziele

siehe die Darstellungsziele zu den Analysen auf nationaler Ebene

c. Auswahl an Texten

Neben der nationalen Ebene ist die europäische Dimension besonders zentral in der Debatte rund um die schottische Unabhängigkeit. Ich habe es bereits in vorhergehenden Kapiteln dargestellt, dass das schottische Unabhängigkeitsreferendum große mediale Resonanz international hervorgerufen hat.

Ähnlich wie im vorigen Abschnitt sind wieder zwei Reden von Politikern Forschungsgegenstand meiner Untersuchung. Dabei handelt es sich einerseits um die Rede von Nicola Sturgeon, einer Stellvertreterin Alexander Salmonds vor dem European Policy Centre in Brüssel und andererseits um eine Rede des britischen Premierminister David Cameron in der schottischen Hauptstadt Edinburgh.

Am 26. Februar 2013 sprach Nicola Sturgeon vor einem europäischen „Think Tank“, dem European Policy Centre in Brüssel, über die schottischen Bestrebungen, Unabhängigkeit zu erlangen. Ihre Rede geht, wie auch bereits Salmonds „Spring Conference Adresse 2013“, auf die verschiedenen Forderungen und Visionen eines unabhängigen schottischen Staates ein, betont dabei jedoch die europäischen Beziehungen besonders stark.

Die Wahl ist auf diese Rede gefallen, da Schottland die Unterstützung der EU im Falle einer möglichen Unabhängigkeit des Landes dringend benötigen wird. Die Argumentationsweise, wie es dies schaffen möchte, ist für meinen Forschungsgegenstand von wesentlicher Bedeutung.

Im Gegensatz dazu steht die Rede von David Cameron. Man kann sagen, dass David Cameron zu den einflussreichsten und mächtigsten Staatsechefs der Welt gehört. Er ist Premierminister des Vereinigten Königreichs und gehört der konservativen Partei (Tories) an. Am 16. Februar 2013 (zehn Tage vor Nicola Sturgeons Rede) hielt Cameron seine „Speech on Scottish Independence“ in der schottischen Hauptstadt Edinburgh und trat für einen Verbleib des Landes in der Union ein. Seine Rede zielt auf die Gemeinsamkeiten des Vereinigten Königreiches ab. Das zeigt alleine bereits Camerons Aussage: „Of course Scotland could govern itself. So could England. But we do it much better together“ (Cameron Anhang: 122).

Das Interesse David Camerons Schottland in der Personalunion des Vereinigten Königreiches zu halten, begründet die Auswahl dieses Textes umfassend. Jahrhunderte hindurch war Schottland mit England und den anderen britischen Staaten auf politischer Ebene verbunden. Jetzt soll durch ein schottisches Referendum alles verändert werden. Cameron kämpft um den Verbleib von Schottland.

Beide Reden geben die jeweiligen Gegenpositionen von Pro und Contra Unabhängigkeit wieder. Sie sind die idealen Forschungsgegenstände, um den aktuellen europäischen Zeitgeist zu diesem Thema zu erfassen. Anders als die nationale Rhetorik muss eine andere, eine europäische Öffentlichkeit überzeugt werden.

d. Quantitative Erfassung der Forschungsgegenstände

1. Welche Diskurspositionen /- ebenen nehmen die Redner ein?

„Speech to European Policy Centre in Brussels“- Nicola Sturgeon

Bei der Stellvertreterin von Alexander Salmond steht die Unabhängigkeit von Schottland im Zentrum des Diskurses. In dieser Rede wird die Frage nach der Unabhängigkeit um einen entscheidenden Faktor erweitert. Mit einer möglichen Unabhängigkeit sollen nun auch die Beziehungen zur EU gefördert werden.

Auf der Ebene der „Macht-Wirkung“ kommt es zu interessanten Fragen (Jäger 2000: 1). Die Rede wird in Brüssel vor dem European Policy Centre abgehalten. Dabei handelt es sich um ei-

nen unabhängigen politischen „Think Tank“, der sich mit wesentlichen Fragen u.a. der Bankenreform und dem Wirtschaftswachstum auseinandersetzt.

Die Rede ist vorwiegend ein Interdiskurs. Trotz der Anführung wissenschaftlicher und wirtschaftlicher Beispiele, die sich aus den schottisch - europäischen Beziehungen ergeben, kann in diesem Zusammenhang nicht von einem Spezialdiskurs im Sinne von wissenschaftlich belegten Quellen gesprochen werden.

Für eine Einteilung in Diskursstränge greife ich auf die Kategoriebildung für die Rede von Alexander Salmond zurück. Entscheidend jedoch wird sein, den Forschungsgegenstand um einen EU-Diskursstrang zu erweitern. Neben Forderungen nach Unabhängigkeit sowie der Abgrenzung zum englischen politischen System etc., ist das Verhältnis EU- Schottland von wichtiger Bedeutung für die Rednerin. Schließlich sollen bei Sturgeons Rede keine schottischen Bürger von der Richtigkeit der Unabhängigkeit begeistert werden, vielmehr soll Europa von der Notwendigkeit der Zusammenarbeit mit einem unabhängigen schottischen Staat begeistert werden.

Die Diskursebene findet sich ebenso auf einer breiten Informationsebene wieder. Das European Policy Centre in Brüssel unterhält eine Homepage im Internet und die Rede kann dadurch einer großen Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden.

Bei der Beantwortung der Frage nach der Diskursposition ist die Rede von Nicola Sturgeon unter besonderen Gesichtspunkten zu betrachten. Auf der einen Seite stellt sie als Repräsentantin der SNP eine unbedingte Befürworterin der Unabhängigkeit dar, auf der anderen Seite kann sie in dieser Rede nicht mit populistischen Äußerungen an die Zuhörerschaft gehen, da es sich um die europäische Öffentlichkeit handelt. Auf Grundlage dieser Erkenntnisse nimmt sie eine gemäßigte nationale Position ein. Sturgeon ist sich der Aufgabe bewusst, nicht vor schottischen Bürgern zu sprechen, sondern dass auf einer sachlichen Ebene eine mögliche Unabhängigkeit argumentieren muss.

Die Zeiteinteilung der Diskurse erfolgt zum Großteil als Vorgriff in eine gemeinsame schottisch-europäische Zukunft. Anhand von Beispielen einer Zusammenarbeit u.a. durch den Aufenthalt von Arbeitern und Studenten aus ganz Europa in Schottland, soll eine Verbindung auch für kommende Generationen geschaffen werden (vgl. Sturgeon Anhang: 112).

„Speech on Scottish Independence“- David Cameron

Im Mittelpunkt des Diskurses der Rede des britischen Premierministers steht Schottland als zentraler Partner innerhalb des Vereinigten Königreichs. Obwohl in der allgemeinen Wahrnehmung

England die Vormachtstellung in der Personalunion innehat, versucht Cameron dennoch die große Bedeutung von Englands nördlichen Nachbarn hervorzuheben.

Im britischen politischen System spielt der Premierminister eine große Rolle. Er ist „mächtig“, weil er über ein „großes Patronagepotential“ verfügt, welches ihm u.a. erlaubt Abgeordnete der Regierungspartei „innerhalb und außerhalb ihres Kabinetts und in andere Regierungsämter zu befördern“ (vgl. 7.6. Internetquellen - Regierung und Verwaltung). Die Tatsache, dass ein britischer Premierminister in der schottischen Hauptstadt eine Rede über die Bedeutung der schottischen und britischen (englischen) Partnerschaft hält, bedeutet eine umfassende „Macht-Wirkung“ seiner Rede (Jäger 2000: 1). Er stellt sowohl für die Schotten als auch für das gesamte Vereinigte Königreich die höchste exekutive Macht dar und es ist Cameron ein besonderes Anliegen, Erfolg in der Schottlandfrage zu haben.

Ähnlich wie die Rede von Sturgeon ist auch diese politische Rede vor allem durch historische Beispiele ausgestaltet. Es handelt sich um einen Interdiskurs, da keine wissenschaftlichen Quellen angeführt werden.

Auch bei Camerons Rede werde ich die Diskursstränge mit der Rede von Johann Lamonts „United with Labour Speech“ verknüpfen und um einen Strang erweitern. Gerade die gemeinsame Geschichte und die gemeinsame britische Identität werden bei Cameron hervorgehoben. Dieser Umstand führt zum Diskursstrang „Gemeinsame Geschichte“ und wird u.a. durch die Aussage „The air in Scotland hangs heavy with history“ oder „[...] because Scotland as a nation- and a part of the United Kingdom for over 300 years- has achieved so much“ (Cameron Anhang: 118). Die Ansicht „[...] our best days lie ahead of us“ und „Think of the key challenges of our time“ geben den Eindruck, dass Cameron vehement für eine gemeinsame Zukunft mit den Schotten innerhalb des Vereinigten Königreiches zu kämpfen versucht (Cameron Anhang: 119).

So wie bisher alle anderen Forschungsgegenstände, findet auch Camerons Rede auf einer umfassenden Informationsebene statt. Abseits der Reise Camerons nach Edinburgh, so soll die Wahl des Ortes ein Zeichen an die Schotten sein. Diese Tatsache schlägt auch auf der Diskursebene große Wellen und steht für eine gleichberechtigte Partnerschaft in gemeinsamen politischen Fragen.

Die Frage nach der Diskursposition hängt sehr stark mit der Konservativen Partei und mit David Cameron selber zusammen. Sogar in der Rede räumt David Cameron ein, dass er „[...] was born and have always have lived in England“ (Cameron Anhang: 123). „I am proud to be English- [...] I am proud to be British too“ (Cameron Anhang: 123). Es ist schwer eine emotionale Ver-

bindung zwischen Cameron und den Schotten zu finden. Ähnlich auch die Stellung der Konservativen. In den letzten Jahrzehnten waren es die SNP und die Scottish Labour Party, die um die Wählergunst in Schottland buhlten. Die Konservative Partei spielt in Schottland nur eine untergeordnete Rolle und kann auf keine große Anhängerschaft zurückgreifen.

2. Welcher Begriff von Unabhängigkeit wird in den Reden beschrieben?

„Speech to European Policy Centre in Brüssel“- Nicola Sturgeon

Nicola Sturgeon argumentiert auf einer sachlichen Ebene für eine schottische Unabhängigkeit. Anders wie Alexander Salmond setzt sie nicht auf populistische Phrasen, sondern versucht einerseits über den historischen Prozess und andererseits auf der Grundlage unterschiedlicher Beispiele aus Wissenschaft, Wirtschaft und Politik einen Begriff von Unabhängigkeit für die gesamte Zuhörerschaft zu erschaffen.

Gleich zu Beginn spricht die Rednerin von einer „[...] European nation with a distinct history, culture, legal system and of course, a Parliament [...]“ (Sturgeon Anhang: 111). Sturgeon bricht den Begriff der Unabhängigkeit auf einen einfachen Fall hinunter. Frei übersetzt, wissen Schotten am besten, was gut für Schotten ist und aus diesem Grund soll Schottland auch unabhängig regiert werden (vgl. Sturgeon Anhang: 111).

Daneben würde nach Sturgeons Ansicht auch die wirtschaftliche Zusammenarbeit dem Land enorme Vorteile im internationalen Handeln bringen (vgl. Sturgeon Anhang: 111 - 112).

Interessant ist die Tatsache, dass Sturgeon sich in ihrer Rede auf den Begriff der Interdependenz bezieht. Genauer „[...] that independence goes hand in hand with interdependence“ (Sturgeon Anhang: 111). Unter Interdependenz versteht man das Prinzip der wechselseitigen Abhängigkeit. Gegen die politische Abhängigkeit Schottlands von dem Vereinigten Königreich tritt die Rednerin energisch auf, jedoch beschwört sie in einem weiteren Satz die Interdependenzen zwischen Schottland und der EU. Es steht hier natürlich außer Frage, dass die Zusammenarbeit mit der EU nicht einheitlich auf eine Stufe mit der Personalunion zwischen Schottland und Engländer gestellt werden kann, jedoch hat es den Anschein als ob hier versucht wird, von einer Abhängigkeit in die nächste zu gelangen, nur unter der Voraussetzung, dass man sich diesmal den Partner frei wählen kann.

Die Rede berührt die Dimension einer möglichen Unabhängigkeit und Schottlands Platz in der EU. So geht auch Sturgeon auf diese Tatsache ein und spricht von „[...] an independent Scot-

land's place in the EU“ (Sturgeon Anhang: 112). In weiterer Folge soll das Prinzip der Interdependenz auch auf andere bilaterale Bereiche zwischen der EU und Schottland angewendet werden, damit eine noch bessere Verbindung geschaffen werden kann. Die „ [...] importance of Scotland's natural resources to the European Union“ und „ [...] the major share of the EU's oil production [...] “ sollen den gegenseitigen Nutzen der politischen Beziehungen hervorheben (Sturgeon Anhang: 113).

Ganz bewusst verzichtet Sturgeon auf eine allzu umfassende Kritik an England und begründet dies mit der europäischen Wahrnehmung, dass „ [...] [Scottish; KLZ] future inside the EU is very different from that of the current UK Government“ (Sturgeon Anhang: 113).

Eine Kernaussage der Rede ist der Plan für die Zeit nach einem positiven Referendum aus Sicht der SNP. Sie beschreibt den voraussichtlichen Weg des unabhängigen Landes kurz nach dem Votum. Zentrale Ansichten der SNP sind: „ [...] Scotland would become independent by March 2016 [...] “ und, dass „ [...] Scotland's independence would have been accepted by the international community [...] ” (Sturgeon Anhang: 115). Eine auch für die Beantwortung meiner Hauptforschungsfrage interessante Anregung betrifft die Haltung der Europäischen Kommission in Brüssel zur Frage nach einer EU-Mitgliedschaft eines möglichen unabhängigen schottischen Staates, welche Sturgeon dahingehend erklärt, dass sich die Kommission erst damit auseinandersetzt, wenn ein „precise scenario“ vorhanden ist (Sturgeon Anhang: 116).

Nicola Sturgeon hat es geschafft, abseits von Polemik und Englandfeindlichkeit einen sachlich argumentierten Unabhängigkeitsbegriff für Schottland und seine Staatsbürger zu definieren. Im Zentrum ihrer Überlegungen stehen die geschichtlichen Traditionen der Eigenstaatlichkeit, schottische Ambitionen, sich aktiv am europäischen Integrationsprozess zu beteiligen und das Prinzip der Interdependenz. Ohne das Bekenntnis zur EU und ihren Grundsätzen auch weiterhin ein Teil dieses politischen Gebildes nach dem Votum zu sein, wäre die wirtschaftliche und die politische Zukunft eines unter Umständen unabhängigen Schottlands gar nicht möglich. Aus diesem Grund kann es daher nur ein Ziel der SNP sein: den Kontakt zur EU zu pflegen und Aufklärungsarbeit über den Unabhängigkeitsprozess innerhalb der europäischen Institutionen zu betreiben.

„Speech on Scottish Independence“- David Cameron

Unabhängigkeit ist für David Cameron ein Tabubegriff. Von außen betrachtet ist es für den politischen Beobachter sinnvoller, dass Cameron den Begriff von Unabhängigkeit in Zusammen-

hang mit Schottland möglichst selten verwendet. Trotzdem muss sich der britische Premierminister diesem Sachverhalt stellen und seine Haltung zu diesem Thema preisgeben. Wie bereits in Frage eins dargestellt, ist auch für David Cameron die Zusammenarbeit zwischen Schotten und Engländern eine historische. Durch den Act of Union 1707 haben sich die Staaten damals entschlossen eine Personalunion zu begründen und fortan unter dem gemeinsamen Banner des Union Jack regiert zu werden. Aus englischer Sicht war dies der Beginn einer Partnerschaft bis zum heutigen Tag.

Cameron setzt den Unabhängigkeitsbestrebungen unterschiedliche Gegenargumente vor. Für die Zukunft sagt er „[...] risks and opportunities of globalisation [...]“ voraus, die nur durch eine Verbindung der Staaten gemeistert werden können und, dass „The United Kingdom has the answer [...]“ (Cameron Anhang: 119).

Eine seiner Kernaussagen zur Unabhängigkeit „I hope [...] that Scotland will vote to remain part of the United Kingdom“ ist sinngebend für eine ablehnende Haltung gegenüber den SNP Bestrebungen (Cameron Anhang: 120). In weiterer Folge verbindet der britische Premierminister auch seine ideologischen Ansichten mit der Schottland-Frage. „I believed in the United Kingdom. I’m a Unionist head, heart and soul. I believe that England, Scotland, Wales and Northern Ireland are stronger together [...]“ (Cameron Anhang: 120). Cameron sieht in der starken Einheit dieser Staaten ein Argument gegen den Unabhängigkeitsbegriff. Er versucht einen negativen Unabhängigkeitsbegriff in seiner Rede aufzubauen und belegt diese Vorstellung einerseits mit positiven Beispielen aus der gemeinsamen Union und andererseits mit negativen Beispielen, wie u.a. einer Warnung vor der SNP „[...] to remove Scotland from our shared home“ (Cameron Anhang: 121).

Im Gegensatz zu Sturgeon dreht Cameron den Begriff der Unabhängigkeit um und führt den Zuhörern vor Augen, „[...] that independence can actually lead to greater dependence“ (Cameron Anhang: 121).

Dennoch kann David Cameron nicht ganz unabhängige Bestrebungen der Schotten beiseite wischen. Obwohl er komplett gegen die Abspaltungen Schottlands ist, macht er Zugeständnisse im Bereich der Devolution und erhofft sich dadurch, die freiheitsliebenden Schotten zu einem Verbleib in der Personalunion bewegen zu können (vgl. Cameron Anhang: 122 - 123).

Die mögliche Unabhängigkeit Schottlands ist für Cameron ein sehr schwieriges Thema. Als Konservativer hat seine Partei keinen guten Rückhalt in Schottland. Er versucht durch unterschiedliche Szenarien die schottisch - englische Partnerschaft leidenschaftlich zu verteidigen.

Cameron geht in seiner Rede sehr wohl auf die Unabhängigkeit ein, er möchte jedoch von der Unabhängigkeit Abstand nehmen und die Vorzüge der Union in den Vordergrund stellen.

3. Wie werden sprachliche Bilder in den Reden verwendet?

„Speech to European Policy Centre in Brüssel”- Nicola Sturgeon

Die Analyse von Nicola Sturgeons Rede ist sehr schwierig. Wie bereits erwähnt, spricht sie von der Unabhängigkeit auf einer sehr hohen sachlichen Ebene und verwendet kaum sprachliche Bilder wie sie in populistischen Reden einiger wortgewandter Politiker heutzutage vorkommen. Eines der stärksten sprachlichen Bilder ist die Aussage über die „[...] European nation with a distinct history [...]“ (Sturgeon Anhang: 111). Sie verwendet nicht den Namen ihres Heimatlandes, sondern assoziiert Schottland gleichsam als zentralen Bestandteil Europas. Damit schafft die Rednerin ein europäisches Bild von Schottland und gibt ein Leitbild in ihrer Rede vor.

Eine weitere Ansicht der Partnerschaft, ausgedrückt in einem sprachlichen Bild, ist die Überleitung zwischen der Unabhängigkeit und der Interdependenz: „[...] independence goes hand in hand with interdependence“ (Sturgeon Anhang: 111). Durch diese Aussage verbinden sich zwei wesentliche Anliegen der Rednerin und die Zuhörerschaft versteht den Zusammenhang.

Mit Satzanfängen wie „Let me be clear [...]“ soll der überzeugte Standpunkt von Sturgeon an das Publikum gebracht werden. Am ehesten ins Deutsche übersetzt mit „Lassen Sie mich Klarheit schaffen“ sollen diese Aussage Menschen mitreißen und aus der Monotonie langer Reden ablenken (Sturgeon Anhang: 113).

Zum Abschluss der Rede bringt Nicola Sturgeon es noch einmal auf den Punkt und beschwört die EU: „[...] to remain part of the European family“ (Sturgeon Anhang: 118). Obwohl ein jeder etwas mit dem Begriff der „European family“ anfangen kann, ist die Ansicht sinngebend für die Haltung der gesamten SNP. Man erhofft sich einerseits in Sachfragen zur Unabhängigkeit Verständnis von der EU, auf der anderen Seite ist man aber auch verunsichert, wie es nach einem möglichen erfolgreichen Referendum mit Schottland weitergehen wird. Aus diesem Grund suchen die nationalgesinnten Schotten die Nähe zur EU.

„Speech on Scottish Independence“- David Cameron

Die „Speech on Scottish Independence“ von David Cameron hat die Aufgabe, Schottland und das Vereinigte Königreich umfassend zu loben. Einleitend zu diesem Thema beginnt Cameron

für sein Publikum landschaftliche Bilder von Schottland aus historischen Ereignissen zu beschreiben und drückt gleichzeitig seine Hochachtung vor den Errungenschaften des Landes aus. So beschreibt Cameron Schottland: „[...] because of its history is populated [...] with great men and women [...]“ (Cameron Anhang: 118).

Das Lob an dem aus dem konservativen Lager stammenden Adam Smith und David Hume, leitet der Redner gekonnt auf die gegenteilige Seite der politischen Achse und führt Beispiele schottischer linker Persönlichkeiten an. Der Gedanke wird durch das Bild des „pioneering country“ abgeschlossen (Cameron Anhang: 119).

Um die Vorzüge des Vereinigten Königreich zu betonen, wird dieses als „[...] warm and stable home [...]“ bezeichnet (Cameron Anhang: 120). Es ist die Absicht der Rede, die abtrünnigen Schotten wieder in die Personalunion zu bringen, auch wenn das Votum noch aussteht. Dennoch, die SNP hat ein Jahr vor dem Referendum einen Wahlkampf gegen das Vereinigte Königreich begonnen; nun müssen auch wieder Argumente für die Gemeinschaft geschaffen und in den Köpfen der Schotten manifestiert werden.

Immer wieder versucht der britische Premierminister seine Rede zu vereinfachen und auf ein Argument zusammenzufassen: „[...] Scotland could govern itself. [...] we do it much better together“ (Cameron Anhang: 122).

Im gleichen Argument wird auf die Stärke des gesamten Vereinigten Königreichs verwiesen: „A United Kingdom, which is [...] multi-national, multi-cultural and modern in every way. Our United Kingdom“ (Cameron Anhang: 122). Für David Cameron steht die Einigkeit des Vereinigten Königreichs an oberster Stelle. Im Gegensatz dazu erwähnt er die EU in keinem einzigen Satz und bezieht sich nur auf die Beziehungen zwischen England und Schottland.

Am Ende der Rede stellt sich Cameron nochmals voller Überzeugung in den Dienst der Sache mit: „[...] I’m ready for the fight for our country’s life“ (Cameron Anhang: 128). David Cameron hat es geschafft, aus seiner tiefen Unionisten - Einstellung heraus eine leidenschaftliche Rede auf das Vereinigte Königreich zu kreieren. Durch seinen Enthusiasmus vermittelt er den Schotten, dass eine Union ohne Schottland keine gute Union mehr ist, sondern dass dieser die Ideen, die Anführer und die natürlichen Ressourcen fehlen würden. Er plädiert auf einen weiteren gemeinsamen Weg innerhalb der internationalen Staatengemeinschaft.

e. Kategoriebildung zur Herausarbeitung der Argumentationsschwerpunkte und Zusammenfassung der Positionen

„Speech to European Policy Centre in Brüssel“- Nicola Sturgeon

Die zentralen Diskursstränge in Nicola Sturgeons Rede sind:

- Unabhängigkeitsstrang
- EU-Strang
- Kontra-Westminster-Strang

Eine sachliche Argumentation ist für Sturgeon das Mittel um das Publikum für die schottische Unabhängigkeit zu gewinnen.

Im Unabhängigkeitsstrang wird u.a. auf die Problematik des erst 1999 wiederversammelten Parlaments in Edinburgh aufmerksam gemacht (vgl. Sturgeon Anhang: 111). Unter dieser Tatsache soll die jahrhundertelange Abhängigkeit der Schotten von der Gunst der Engländer verdeutlicht werden, dass die Bevölkerung bis zu diesem Zeitpunkt immer auf die Entscheidungen aus Westminster angewiesen war und zum Großteil nach wie vor sind. Eine weitere Argumentation für den Unabhängigkeitsstrang liegt in der ökonomischen Debatte. Als „independent Scottish Government“ würde es das Land schaffen, sein volles wirtschaftliches Potential auszunützen, u.a. um auch den „disadvantaged citizens“ helfen zu können (Sturgeon Anhang: 111).

Schottland und die EU, diese Zusammenarbeit ist von großer Bedeutung. Immer wieder streicht die Rednerin die Partnerschaft zwischen den EU- Institutionen und ihrem Land heraus und pocht darauf, dass diese Zusammenarbeit nur mit einem unabhängigen Schottland funktionieren würde (vgl. Sturgeon Anhang: 112). „[...] Scotland is strongly committed to continuing within the EU as an independent nation“ (Sturgeon Anhang: 112).

Der Diskursstrang „Kontra-Westminster“ wird deutlich, als Nicola Sturgeon die unterschiedliche Haltung Schottlands und Englands in Bezug auf EU- Themen zum Ausdruck bringt: „Instead of leading the EU, the UK is in danger of sleepwalking towards the exit“ (Sturgeon Anhang: 114).

Man darf gespannt sein, welches Ergebnis am 18. September 2014 das Referendum hervorbringen wird. Im Falle eines positiven Votums für die Unabhängigkeit wird die EU gefragt sein, welche Entscheidungen sie in Bezug zur Schottland-Frage stellen wird. Es ist klar, dass Nicola Sturgeon mit ihren Ausführungen und unterschiedlichen Diskurssträngen eine Argumentations-

weise dargelegt hat, die nichts mit übertriebener Wahlkampfpolemik oder Anschwärzen der Engländer zu tun hat.

„Speech on Scottish Independence“- David Cameron

Folgende Diskursstränge umfassen die Kernaussagen der „Speech on Scottish Independence“ von David Cameron:

- Gemeinsam Geschichte
- Gegen die Unabhängigkeit

Der Diskursstrang zur Gemeinsamen Geschichte ist vor allem zu Beginn der Rede besonders dominant. Mit Aussagen über die große Geschichtsträchtigkeit des Landes oder der Bezug auf die berühmten Männer und Frauen aus Schottland soll ein guter Einstieg geschaffen werden (vgl. Cameron Anhang: 118). Für die Argumentation des Engländers sind die schottischen-englischen Verbindungen die einzige Möglichkeit, die Schotten von einem nachhaltigen Sinn des Vereinigten Königreiches zu überzeugen.

David Cameron versucht auf der einen Seite Schottland in seiner Gestalt zwar als eigenständige Nation zu sehen, jedoch darf andererseits nicht vergessen werden, dass dies nur innerhalb der Personalunion des „United Kingdom“ zu verwirklichen sei. Die Begriffe der Eigenständigkeit und der Abhängigkeit sind in der Rede des britischen Premierministers für einen Mitteleuropäer nur schwer nachvollziehbar. Natürlich ist Schottland aufgrund der Devolution ein, in gewissen Fragen, unabhängiges Land. Sollten aber bedeutende Entscheidungen auf der politische Agenda auftauchen, so wird über diese Sachverhalte nicht in Edinburgh, sondern in London mit Abgeordneten aus anderen Ländern abgestimmt. Das ist der Sinn der Union.

Der „Gegen die Unabhängigkeit“ Diskursstrang kommt fast in jedem Gedanken des Redners vor. Wie bereits weiter oben dargestellt, baut Cameron einen negativen Unabhängigkeitsbegriff für sein Publikum auf und geht auf die „[...] key challenges of our times“ besonders genau ein (Cameron Anhang: 119). Was bleibt Cameron auch anderes übrig? Nur mit schwerer Überzeugungsarbeit kann er die Schotten von den Vorteilen des Vereinigten Königreichs überzeugen. Sollte Schottland im September 2014 unabhängig werden, wird man sich auch noch in hundert Jahren an den damaligen britischen Premierminister erinnern, unter dem die Union begann sich aufzulösen. Es ist nicht gesagt, dass dem schottischen Beispiel nicht auch noch andere Teile des

Vereinigten Königreiches folgen werden. In diesem Zusammenhang könnte ebenso wieder die Nordirlandfrage auf die politische Agenda gelangen usw. Diese Vorstellung möchte David Cameron unter allen Umständen vermeiden.

Cameron wird noch im neuen Jahr 2014 viele vergleichbare Auftritte abhalten müssen und immer wieder nach Schottland reisen, um die Menschen und das gesamte Land von der Ernsthaftigkeit seiner Bemühungen zu überzeugen, die Schotten nicht zu verlieren. Erst dann wird man sehen, in welchen Zusammenhang man sich den Namen David Cameron merken wird.

In den Reden von Nicola Sturgeon und David Cameron wurden die verschiedenen Positionen zu Schottland umfassend für die europäische Ebene dargestellt. Beiden ist die Reichweite ihrer Aussagen klar und nur durch die nachvollziehbare Argumentation kann das Publikum bzw. die Zuhörerschaft überzeugt werden.

Nun gilt es, das politische Feld niemanden anderen mehr zu überlassen. Sowohl Befürworter als auch Gegner der Unabhängigkeit müssen alles daran setzen, sowohl auf nationaler schottischer Ebene als auch auf der europäischen Ebene für Verständnis und Unterstützung zu sorgen.

Die Analyse der europäischen Dimension hat die Bereitschaft, auch über die nationalen Grenzen hinweg zu gehen und für die Sache zu werben, offenbart. Obwohl die Rede von David Cameron in Schottland gehalten wurde, so darf doch nicht die Wirkung seiner Worte auf die europäische Ebene unterschätzt werden. Es war immerhin kein Schotte, der in der schottischen Hauptstadt gesprochen hat, sondern der größte Gegner der Unabhängigkeit.

4.3. Zusammenfassung der Empirie

Am Beginn des Kapitels der Empirie stand die Frage nach dem Instrument der KDA. Mit der KDA habe ich versucht, meine Forschungsgegenstände aus unterschiedlichen Perspektiven zu betrachten und die große Bandbreite an vielfältigen Themen zu analysieren. Laut Jäger ist es dabei wesentlich, den Wissenschaftler selber in diesen Forschungsprozess nicht zu übersehen (vgl. Jäger 2004: 217). Gerade nämlich der Forschende selber kann gewonnene wissenschaftliche Forschungsergebnisse gewollt oder eben ungewollt auf die eine oder andere Weise verzerren und so den Forschungsprozess entscheidend beeinflussen. Deswegen war es mein Ziel, bei der Auswahl an Forschungsgegenständen möglichst weit auseinander stehende Positionen zu untersuchen, damit ich bei den extremen Haltungen klare Grenzen ziehen konnte.

Zentrale Begriffe der KDA klärte ich am Anfang des Methodenskapitels ab, um damit im Forschungsprozess zu arbeiten. Neben dem Begriff des Diskurses an sich, sollten auch noch die Diskursebene, die Diskurspositionen und auch der Diskursstrang erörtert werden, damit keine Unklarheiten während der Analyse auftreten sollten.

Bei der Vorgehensweise war es mir ein zentrales Anliegen, eine klare Übersicht über die beiden Dimensionen zu geben. Obwohl die nationale und die europäische Ebene sich gegenseitig bedingen, war es doch nicht ganz klar, ob ich beide in einem Abschnitt darstellen werde, oder jeweils separat. Durch die zweite Wahl war es mir möglich, die unterschiedlichen Ebenen genauer zu untersuchen und die einzelnen Positionen konkreter auf den Punkt zu bringen.

Vor der Analyse der nationalen Ebene habe ich drei Fragen formuliert. Neben den diskurskritischen Fragen, waren auch der Begriff der Unabhängigkeit und die sprachlichen Bilder wesentlich für den Forschungsvorgang. Bei der Auswahl an Texten untersuchte ich den Parteiführer der SNP Alexander Salmond als Befürworter der Unabhängigkeit und eine Rede von seinem Gegenpart, der Parteivorsitzenden der Scottish Labour Party, Johann Lamont. Beide Reden waren an Parteitage gehalten worden und sind ein Sinnbild für die bevorstehende Abstimmung über die Unabhängigkeit.

Während Salmond die Position eines gemäßigten Populisten einnahm und die möglichen Vorteile einer Abspaltung vom Vereinigten Königreich aufzählte, sollte Lamont die Gemeinsamkeiten der Länder innerhalb der Britischen Inseln hervorheben. Neben politischen, wirtschaftlichen Beispielen, waren es vor allem die historischen Prozesse, die für den Verlauf beider Reden von maßgeblicher Bedeutung waren.

Die gleiche Form der Analyse wandte ich ebenso auf die europäische Dimension an. Als Forschungsgegenstände untersuchte ich die Reden von Nicola Sturgeon vor einem europäischen Think Tank und von dem britischen Premierminister David Cameron in der schottischen Hauptstadt Edinburgh. Die Rede von Sturgeon war sachlich sehr gut argumentiert und sollte zukunftsweisend für die mögliche Ausrichtung Schottlands nach der Unabhängigkeit sein.

Gleichzeitig appellierte David Cameron für einen Verbleib in der Personalunion und machte seine Ansichten eines starken Vereinigten Königreichs an der Seite eines verlässlichen Partners Schottlands zu einem seiner Kernpunkte.

Alle vier Reden, zwei pro Unabhängigkeit und zwei kontra Unabhängigkeit, haben gezeigt, dass der Kampf um die politische Stellung von Schottland noch lange nicht entschieden ist. Auf der Methodenebene haben sich die Positionen der Redner klar hervorgetan. Die Ansichten über die

Zukunft von Schottland gehen auseinander, der Weg wie es nach der Volksabstimmung im Norden der Britischen Inseln zugeht wird, wird sich erst mit dem Votum-Ergebnis zeigen.

5. Forschungsergebnisse

5.1. Diskussion der Forschungsergebnisse und Reflexion

Ich habe unterschiedliche, sowohl theoretische als auch empirische, Forschungsergebnisse zum Thema der schottischen Unabhängigkeit herausgearbeitet. Dabei war es mir ein besonderes Anliegen, neben der genauen Beschreibung der Methoden, ebenfalls die Geschichte von Schottland umfassend aufzuarbeiten. Bevor ich im nächsten Abschnitt meine Hauptforschungsfrage beantworte, sollen an dieser Stelle noch die Forschungsergebnisse aus der theoretischen Forschung und der empirischen Analyse dargestellt werden.

Der Begriff der Freiheit ist in der gesamten Diskussion von besonderer Bedeutung. In der umfassenden Betrachtung des Unabhängigkeitsdiskurses darf nicht vergessen werden, dass immer noch die Gesamtheit der Individuen eines Staates (die Staatsbürger) über ihre staatliche Ausformung bestimmen darf und dies auch sollen. So schreibt Neumann „[...] der Staat darf den Menschen nicht mit Haut und Haaren verschlingen“ (Neumann 1953: 27). Ein jeder Schotte hat das Recht und in weiterer Folge auch die Pflicht, über die Zukunft seines Landes abzustimmen. Ob dies nun einen Verbleib im Vereinigten Königreich bedeutet oder nicht, es obliegt einzig und allein der schottischen Bevölkerung, diese Entscheidung zu tragen.

Alle vier Redner geben dieser Tatsache nur wenig Bedeutung zu. Während Salmond und Sturgeon die Unabhängigkeit auf einem historischen Erbrecht der Schotten aufbauen, stellen sich David Cameron und Johann Lamont genau in die gleiche Richtung und argumentieren den Zusammenhalt aufgrund der vergangenen Jahrhunderte. Diese Haltungen sind ambivalent und weder die eine noch die andere kann als falsch enttarnt werden, da die Geschichte tatsächlich durch unterschiedliche englische und schottische Feindschaften und Zusammenschlüsse durch die Jahrhunderte bis heute geprägt war.

Die gesamte Diskussion wäre sinnlos, gäbe es nicht die Frage nach dem Nationalismus. Obwohl wir in einer Zeit internationaler, ja supranationaler Organisationen wie der EU oder der NATO leben und die nationalstaatlichen Grenzen zwischen vielen europäischen Ländern de facto nicht mehr existieren, so ist der Nationalstaat mit seinen Grenzen und mit seiner Kulturgemeinschaft nach wie vor allgegenwärtig in den Köpfen der Menschen vorhanden. Dem Nationalismus be-

gegen wir in Schottland in einer besonderen Form. Dabei handelt es sich um einen gemäßigten Nationalismus, der sich nicht in paramilitärischen Aktionen äußert, sondern vielmehr sich im politischen Alltag, in der politischen Debatte und bei den schottischen Wahlen äußert. Die Reden von Salmond und von Sturgeon sind durch und durch vom schottischen Nationalismus getrieben. Im Gegensatz dazu, versuchen Lamont und Cameron Nationalismus in keiner Form aufkommen zu lassen. Beide sprechen in ihren Ausführungen wiederholt von der Union und den Vorteilen. An den Nationalismus, gleich in welcher Form auch nur zu denken, sei nicht sinnvoll. An der Spitze soll das gemeinsame Unionsdenken stehen und die gemeinsamen Werte, die Schotten, Engländer, Waliser und die Nordiren miteinander verbindet.

Daran anknüpfend gelingt eine Verbindung zwischen den Sezessionstheorien und den Reden. Da die Sezession von den Kontra - Unabhängigkeitsrednern abgelehnt wird, kann ich keinen Zusammenhang zwischen dem Sachverhalt und den Reden herstellen. Dafür umso mehr zwischen den „Ascriptive Group Theories“ und den Äußerungen von Alexander Salmond und Nicola Sturgeon (Buchanan 1997: 38). In ihren Ausführungen stellen sie die Schotten als homogene Gruppe dar, welche sich von England und dem Rest des Vereinigten Königreiches abgrenzt. Es handelt sich deswegen um eine eigene schottische Kulturgemeinschaft mit „komplex nationalen Eigenschaften“ (Maurer 2008: 300). Folgt man der Argumentation nach Buchanan, müsste es im theoretischen Sinn eine Abspaltung im Vereinigten Königreich geben und diese müsste auch ohne Referendum vonstattengehen.

Folgt man der schottischen Geschichte, so darf man nicht verwundert sein, warum sich immer wieder Unabhängigkeitsbestrebungen gebildet haben. Neben den widerkehrenden Einfällen der Römer in das heutige Schottland, stärkten besonders auch die Beutezüge von nördlichen Völkern für einen Zusammenhalt innerhalb der damaligen Bevölkerung. Zwar konnten sich weder die römischen Feldherren noch die Wikinger in Schottland behaupten, diese sorgten jedoch durch ihre Eroberungsfeldzüge regelmäßig für kriegerische Auseinandersetzungen mit den damaligen Bewohnern in Schottland.

Nach den Wikingern brach die Ära der Engländer an und Jahrhunderte der blutigen Konflikte sollten beginnen. Immer wieder gab es Ansprüche auf den schottischen Thron. Oftmals konnten die militärisch weitaus besser ausgerüsteten Engländer die Schotten besiegen. Zwei berühmte Beispiele beweisen aber auch die Stärke der Schotten in dieser Zeit. So war es einmal William Wallace und knapp darauf sollte Robert Bruce mit einem schottischen Heer seinen Königsanspruch untermauern und als König Robert I. anerkannt werden.

Mit dem Act of Union 1707 änderte sich das gesamte Verhältnis auf den Britischen Inseln. Fortan war Schottland immer unter englischer Herrschaft und die beiden Kulturen wurden immer näher zusammengeführt. Das typisch Schottische verschwand mehr und mehr und sollte bald nicht mehr sein, als ein Teil des britischen Weltreiches.

Alle diese historischen Vorgänge sind Merkmal für eine bewegte Geschichte der Britischen Inseln. Schottland war stets an militärischer Stärke unterlegen. Lediglich durch einige Ausnahmen konnte man sich in der Geschichte behaupten. In der jüngeren Vergangenheit, wo Kriege immer mehr als außenpolitische Konfliktlösung verschwinden, haben sich national gesinnte schottische Bevölkerungsschichten mit einer Abspaltung des Landes auseinandergesetzt. Die SNP versucht nun bis zum 18. September 2014 die Menschen von der Notwendigkeit einer schottischen Unabhängigkeit zu überzeugen und sie für ihre Sache zu gewinnen. Nur durch ein positives Votum kann dieses Ziel eines unabhängigen Schottlands erreicht werden. Nur wenn die schottische Bevölkerung hinter der SNP und der Unabhängigkeit steht, besteht für die SNP die Möglichkeit, auch nach der Volksabstimmung die Zukunft des Landes erfolgreich zu gestalten.

5.2. Beantwortung der Hauptforschungsfrage

Die Analyse der politischen Debatte über die schottische Unabhängigkeit auf der nationalen und der europäischen Ebene war der Ausgangspunkt meiner Masterarbeit. Nach der Bearbeitung unterschiedlicher Forschungsgegenstände, werde ich die zu Beginn formulierte Hauptforschungsfrage beantworten.

Zwei unterschiedliche Dimensionen und vier verschiedene Reden haben einen Überblick über die politische Debatte in Schottland sowohl aus nationaler als auch aus europäischer Sicht gegeben. Mein Ziel war, aus beiden Dimensionen die vielfältigen Meinungen und Ansichten herauszuarbeiten und eine Bewertung abzugeben.

Der Forschungsprozess auf nationaler Ebene hat mit den Reden von Alexander Salmond und Johann Lamont die aufgeheizte Stimmung in Schottland wiedergegeben. Die schottischen Nationalisten der SNP unter ihrem Parteivorsitzenden Alexander Salmond setzen vor dem bevorstehenden Referendum alles daran, dass sie die Mehrheit der Schotten von der historischen Chance für die Unabhängigkeit zu überzeugen und ein eindeutiges Ergebnis für eine eigenständige schottische Nation zu schaffen. Salmond versucht ein klares Bild seiner Vision eines unabhängigen Schottlands für die Bevölkerung zu konstruieren. Mit Hilfe der Geschichte, wirtschaftlichen Vor-

teilen und dem Glauben an ein unabhängiges Land, soll die Diskussion um die Sezession von dem Vereinigten Königreich zu Gunsten der SNP entschieden werden.

Gegner dieser Abspaltung findet sich in der Person von Johann Lamont, der Scottish Labour Party Vorsitzenden. Johann Lamont argumentiert aus der Sicht einer Parteipolitikerin und versucht die gemeinsame Linie der britischen Labour Party auch in Schottland durchzusetzen. Die Grundlage der Ablehnung der Unabhängigkeit durch die Scottish Labour Party liegt in den Grundsätzen der gesamten britischen Labour Party. Unter dem damaligen Parteivorsitzenden und späteren Premierminister Tony Blair gab sich die Labour Party ein neues Gesicht. 1995 formierte sich die Partei unter dem Namen „New Labour Party“ neu und stellte als einer ihrer Ziele die Einführung von regionalen Parlamenten vor (Sturm 1997: 328). Damit ist bis heute die eindeutige Labour Richtlinie in Fragen zur Unabhängigkeit einzelner Landesteile geregelt. Devolution ja, jedoch keine Unabhängigkeit.

Bis zum 18. September 2014 werden sich alle Fraktionen der Befürworter und der Gegner des Referendums mit den unterschiedlichen Vorteilen und Nachteilen der Sezession des Landes befassen und die Öffentlichkeit beeinflussen.

Die politische Diskussion auf der europäischen Ebene zeigt sich in den Reden von Nicola Sturgeon und dem britischen Premierminister David Cameron. Sturgeon, als Stellvertreterin von Salmond, versucht die europäische Öffentlichkeit durch die Möglichkeit eines starken schottischen Partners für die europäische Staatengemeinschaft zu überzeugen. Im Mittelpunkt ihrer Rede steht die Zeit nach dem Referendum. Die Zusammenarbeit mit den europäischen Institutionen ist das bedeutendste Ziel der Rednerin.

Seit 1707 sind Schottland und England miteinander verbunden. Obwohl England immer auf der politischen Bühne der bedeutendere Landesteil war, so würde das Vereinigte Königreich mit einer Unabhängigkeit von Schottland am Beginn einer Auflösung stehen. Heute können wir nicht voraussehen, was im Falle einer Abspaltung passiert. Folgen Wales und Nordirland auch dem Beispiel Schottlands, so könnte in keinem Fall mehr von einem starken Partner in der internationalen Politik gesprochen werden. Es wäre der Höhepunkt nach der Loslösung ehemaliger Kolonien vom damaligen britischen Weltreich und seines Einflusses. Diese Tatsachen erzeugen auf David Cameron großen öffentlichen Druck. Der britische Premierminister muss unter allen Umständen für den Verbleib Schottlands in der Union kämpfen, da sonst unter seiner Amtszeit der Beginn des Zerfalls des Vereinigten Königreichs gewesen wäre.

Die schottische Bevölkerung hat die Möglichkeit, die Zukunft ihres Landes für die nächsten Generationen neu zu gestalten. Die Menschen befinden sich in der einzigartigen Lage, über den zukünftigen staatlichen Modus ihres Landes zu entscheiden. Laufend werden neue Umfrageergebnisse veröffentlicht. Nach einer aktuellen Umfrage stimmen im März 2014 insgesamt 37% mit Ja, 52% mit Nein und 11% mit keinen Angaben (vgl. 7.6. Internetquellen – Umfragen). Damit sprechen die Umfragen noch für den Verbleib in der Union. Es wird entscheidend sein, wie die Parteien die Argumente über die Vor- und Nachteile gegenüber den Menschen präsentieren werden. Je klarer und einfacher dabei die Themen transportiert werden, desto größer ist die Chance, Geschichte zu schreiben.

6. Zusammenfassung

Schottland ist nicht England. Schottland ist aber ein Teil des Vereinigten Königreichs Großbritannien und als solcher in bestimmten Fragen politisch abhängig. In meiner Masterarbeit über die Frage nach der politischen Diskussion über die Unabhängigkeit des Landes auf nationaler und europäischer Ebene, habe ich vielfältige Meinungen und Tatsachen herausgearbeitet.

Nach der Hinführung zum Thema, widmete ich mich der Begriffsdefinition. Neben Begriffen wie Freiheit, Nationalismus oder Selbstbestimmung, wurde die Bedeutung der Volksabstimmung aus der Geschichte in verschiedenen Ländern auf der Welt dargestellt. Auf diesen Erkenntnissen aufbauend, habe ich im theoretischen Konstrukt zur Sezession Antworten und Möglichkeiten nach der Abspaltung von Landesteilen gesucht. Eine große Bandbreite an rechtlich ungeklärten Fragen und Theorien waren das Ergebnis meiner Analyse.

Das dritte Kapitel beleuchtete die Geschichte Schottlands. Über die Entstehung des Landes, mit den Feldzügen der Römer gegen die damaligen Völker und die Zeit der Abwehrkämpfe gegen die nordischen Völker, gelangte ich zu den schottischen Nationalhelden. William Wallace und Robert Bruce waren die beiden Widerstandssymbole gegen die englische Herrschaft über Schottland. Alle Bemühungen und Opfer waren letztendlich vergebens, da 1707 die Personalunion mit England eingegangen wurde. Die jüngere Vergangenheit brachte eine nähere Zusammenführung beider Länder u.a. durch die beiden Weltkriege.

Die Beziehungen zwischen Schottland und der EU sind kompliziert. Obwohl das Vereinigte Königreich als gesamter Verbund 1973 der EU beigetreten war, waren die Menschen in Schottland von diesem Friedensprojekt immer mehr begeistert als die Engländer. Anhand des wirtschaftli-

chen Aufschwungs des irischen Nachbarn, versuchte Schottland seine europäischen Beziehungen zu intensivieren. Auf diesen Grundlagen aufbauend, beschrieb ich die politische Kultur in Schottland. Die schottische Parteienlandschaft, angeführt von den Nationalisten und der Arbeiterpartei, stehen als die beiden größten Konkurrenten der Wählergunst im Blickpunkt des politischen Alltages. Konservative und liberale Parteien spielen in der öffentlichen Wahrnehmung nur eine untergeordnete Rolle. Die Unabhängigkeitskampagne gipfelt in einem Wettbewerb zwischen den nationalen und den sozialdemokratischen Kräften. In wie weit die Aussagen und die Ansichten der Interessensvertretung in der Unabhängigkeitsdiskussion aufzufassen und zu verstehen sind, habe ich im vierten Kapitel zur Empirie die KDA als Methode zur umfassenden Analyse der Rahmenbedingungen verwendet. Anhand der diskursiven Positionen der Redner habe ich neben den ideologischen Standpunkten, auch die Vision von Unabhängigkeit und die sprachlichen Bilder der Reden herausgearbeitet.

Als Forschungsgegenstände waren die Reden von Alexander Salmond und Johann Lamont für die nationale Dimension beispielgebend und die Reden von Nicola Sturgeon und dem britischen Premierminister David Cameron gaben die Texte für die europäische Dimension. Mit Hilfe dieser vier verschiedenen Positionen erarbeitete ich Pro- und Kontra Haltungen in Fragen zur Sezession. Die Reden spiegelten die extremen Ansichten einer schottischen Gesellschaft wieder. In wie weit die einzelnen Menschen mit diesen Auffassung übereinstimmen, bleibt abzuwarten. Es wird sich am 18. September 2014 im Ergebnis der Volksabstimmung zeigen. Fest steht, dass nun weniger als ein Jahr vor der Abstimmung keinesfalls von einem eindeutigen Ergebnis des Votums gesprochen werden kann.

7. Bibliografie

7.1. Literaturverzeichnis

Becker, Bernd (2002): Politik in Großbritannien: Einführung in das politische System und Bilanz der ersten Regierungsjahre Tony Blairs. Ferdinand Schöningh UTB Verlag, Paderborn.

Boysen, Sigrid (2009): Demokratische Selbstbestimmung? Zum Verhältnis von staatlicher Integrität und Gruppenrechten im Völkerrecht. In: Archiv des Völkerrechts. Band 47, S. 427- 453.

Buchanan, Allen (1997): Theories of Secession. In: Philosophy & Public Affairs. Volume 26, Nummer 1, S. 31-61.

Carnbring, Caroline (2009): Montenegros Weg in die Unabhängigkeit. Universität Wien. Diplomarbeit.

Donaldson, Gordon (1993): Scotland. The shaping of a Nation. Redwood Press, Melksham.

Eickhoff, Matthias (1994): Schottland: vom Nationalismus zur Europäischen Union? Agenda Verlag, Münster.

Erbe, Michael (2007): Die frühe Neuzeit. Verlag W. Kohlhammer, Stuttgart.

Flick, Uwe (2011): Qualitative Sozialforschung. Rowohlt Taschenbuch Verlag, Reinbek bei Hamburg.

Fürst, Peter (2005): Montenegro auf dem Weg nach Europa. LIT Verlag GmbH, Wien.

Gallagher, Tom (1991): Nationalism in the Nineties. Polygon, Edinburgh.

Hilpold, Peter (2008): Die Sezession- zum Versuch der Verrechtlichung eines faktischen Phänomens. In: Zeitschrift für öffentliches Recht. Volume 63, S. 117-141.

Jäger, Siegfried (2000): Theoretische und methodische Aspekte einer Kritischen Diskurs- und Dispositivanalyse. Duisburger Institut für Sprach- und Sozialforschung, URL: [http://www.diss-
duisburg.de/2000/01/theoretische-und-methodische-aspekte-einer-kritischen-diskurs-und-
dispositivanalyse/](http://www.diss-duisburg.de/2000/01/theoretische-und-methodische-aspekte-einer-kritischen-diskurs-und-dispositivanalyse/): Zugriff am 25.12.2013.

Jäger, Siegfried (2004): Kritische Diskursanalyse: Eine Einführung. UNRAST-Verlag, Münster.

Keller, Reiner / Viehöver, Willy (2005): Diskurs. In: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft Band 1 A-M. Verlag C.H. Beck, München. S. 164-166.

Leutgeb, Heidelinde Gabriele (1995): Schottland auf dem Weg zur Unabhängigkeit. Universität Wien. Diplomarbeit.

Maurer, Michael (2008): Kleine Geschichte Schottland. Reclam Universal- Bibliothek, Stuttgart.

Mergel, Thomas (2005): Großbritannien seit 1945. Vandenhoeck & Ruprecht, Göttingen.

Neumann, Franz L. (1953): Zum Begriff der politischen Freiheit. In: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Volume 109, Nummer 1, S. 25-53.

Pavkovic, Aleksandar / Radan, Peter (2003): In Pursuit of Sovereignty and Self-Determination: Peoples, States and Secession in the international Order. In: Macquarie Law Journal. Volume 3, S. 1-12.

Pavkovic, Aleksandar (2003): Secession, Majority Rule and equal Rights: A few Questions. In: Macquarie Law Journal. Volume 3, S. 73-94.

Qvortrup, Matt (2012): Introduction: Referendums, Democracy, and Nationalism. In: Nationalism and Ethnic Politics. 18:1-7, 2012.

Riescher, Gisela (2005): Nation, Nationalismus. In: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft Band 2 N-Z. Verlag C.H. Beck, München. S. 596-597. S: 599.

Schneckener, Ulrich (2005): Anerkennung. In: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft Band 1 A-M. Verlag C.H. Beck, München. S. 21-22.

Schreiber, Hermann (1990): Schottland- Die Geschichte eines Landes am Rande Europas. Casimir Katz Verlag, Gernsbach.

Schultze, Rainer- Olaf (2005): Volksabstimmung. In: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft Band 2 N-Z. Verlag C.H. Beck, München. S. 1115.

Schwegmann, Friedrich G. (2005): Verfassung. In: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft Band 2 N-Z. Verlag C.H. Beck, München. S. 1065-1066.

Sturm, Roland (1997): Großbritannien – Wirtschaft – Gesellschaft – Politik. Leske + Budrich Opladen, Augsburg.

Sturm, Roland (2009): Politik in Großbritannien. VS Verlag für Sozialwissenschaften, Wiesbaden.

Thöndl, Michael (2005): Einführung in die Politikwissenschaft. Böhlau Verlag, Wien.

Ucakar, Karl / Gschiegl, Stefan (2009): Das politische System Österreichs und die EU. Facultas Verlags- Buchhandels AG, Wien.

Watson, Fiona (2003): Schottland: Eine Reise durch die Geschichte. Magnus Verlag, Essen.

Weber, Helmut (1978): Einführung in das schottische Recht. Wissenschaftliche Buchgesellschaft, Darmstadt.

Weiß, Ulrich (2005): Volkssouveränität, Macht. In: Nohlen, Dieter / Schultze, Rainer-Olaf (Hrsg.): Lexikon der Politikwissenschaft Band 1, 2 A- M, N- Z. Verlag C.H. Beck, München. S. 522-523. S. 1119-1120.

7.4. Forschungsgegenstände

Cameron, David (2013): Speech on Scottish Independence. URL: <http://www.newstatesman.com/uk-politics/2012/02/united-kingdom-scotland-world>: Zugriff am 05.12.2013

Lamont, Johann (2013): United with Labour Launch Speech. URL: <http://www.scottishlabour.org.uk/blog/entry/united-with-labour-launch-speech-by-johann-lamont-msp-leader-of-the-scottis>: Zugriff am 25.12.2013.

Salmond, Alexander (2013): Spring Conference 2013 Address. URL: <http://www.snp.org/speech/2013/mar/first-minister-alex-salmond-gives-his-spring-conference-2013-address>: Zugriff am 25.12.2013

Sturgeon, Nicola (2013): Speech to European Policy Centre in Brussels. URL: <http://www.scotreferendum.com/2013/02/speech-to-european-policy-centre-in-brussels-26-february-2013/>: Zugriff am 05.12.2013

7.5. Tabellen

Tabelle 1: Gallagher, Tom (Hrsg.): Nationalism in the Nineties. Polygon, Edinburgh.

Tabelle 2: <http://www.scottish.parliament.uk/msps.aspx>: Zugriff am 03.09.2013

7.6. Internetquellen

Autonomie Schottland:

<http://www.spiegel.de/politik/ausland/autonomie-referendum-cameron-laesst-schottland-die-qual-der-wahl-a-861410.html>: Zugriff am 26.05.2013

Bravehearts Rache:

<http://www.fr-online.de/politik/schottland-lehnt-sich-gegen-england-auf-bravehearts-rache,1472596,11433466.html>: Zugriff am 25.05.2013

European Council:

<http://207.57.19.226/journal/Vol4/No1/art6.html>: Zugriff am 15.05. 2013

Europäisches Parlament Büro Edinburgh:

http://www.europarl.org.uk/en/office_Edinburgh.html: Zugriff am 03.09.2013

Europäisches Parlament:

http://www.europarl.org.uk/en/your_MEPs.html: Zugriff am 03.09.2013

Johann Lamont:

<http://www.zimbio.com/photos/Johann+Lamont/Labour+Launches+Scottish+Independence+Referendum/p8HPivDBbvC> : Zugriff am 29.10.2013

Labour Devolution:

<http://www.scottishlabour.org.uk/campaigns/entry/devolution-commission>: Zugriff am 09.09.2013

Labour Geschichte:

<http://www.scottishlabour.org.uk/pages/history>: Zugriff am 03.09.2013

Labour Lamont:

<http://www.scottishlabour.org.uk/people/leadership/johann-lamont>: Zugriff am 31.10.2013

Plattform:

<http://www.bettertogether.net/>

Regierung und Verwaltung:

<http://www.bpb.de/izpb/10536/regierung-und-verwaltung>: Zugriff am 26.03.2014

Salmond:

<http://www.zeit.de/2012/14/Schottland/seite-2>: Zugriff am 03.09.2013

Scottish Greens:

<http://www.scottishgreens.org.uk/independence/>: Zugriff am 14.05.2014

Schottisches Parlament 1:

<http://www.scottish.parliament.uk/visitandlearn/60193.aspx>: Zugriff am 03.09.2013

Schottisches Parlament 2:

<http://www.scottish.parliament.uk/visitandlearn/60200.aspx>: Zugriff am 03.09.2013

Schottisches Parlament 3:

<http://www.scottish.parliament.uk/visitandlearn/60201.aspx>: Zugriff am 03.09.2013

Schottisches Parlament 4:

<http://www.scottish.parliament.uk/abouttheparliament/22008.aspx>: Zugriff am 03.09.2013

Schottisches Parlament 5:

<http://www.scottish.parliament.uk/msps.aspx>: Zugriff am 03.09.2013

Schottische Politik:

<http://www.bbc.co.uk/news/uk-scotland-scotland-politics-21913546>: Zugriff am 29.10.2013

SNP:

<http://www.snp.org/about-us>: Zugriff am 03.09.2013

Staatselemente:

<http://books.google.at/books?id=s4w4fWw9vOQC&pg=PA281&lpg=PA281&dq=jellinek+staatsgebiet+staatsgewalt+staatsvolk&source=bl&ots=B3-4uovduU&sig=9sxPdCGr3krySx3R86CBsZYNAM4&hl=de&sa=X&ei=2l6bUbjvJ4aL4ATus4GIBg&ved=0CDAQ6AEwAQ>: Zugriff am 21.05.2013

Staatsstrukturen:

<http://www.jura.uni-wuerz->

[burg.de/fileadmin/02160100/Lehrveranstaltungen/Materialien_vergangener_Semester/Staatsstrukturen/Autoren/Georg_Jellinek_endg.pdf](http://www.jura.uni-wuerzburg.de/fileadmin/02160100/Lehrveranstaltungen/Materialien_vergangener_Semester/Staatsstrukturen/Autoren/Georg_Jellinek_endg.pdf): Zugriff am 20.05.2013

Umfragen:

<http://whatscotlandthinks.org/questions/should-scotland-be-an-independent-country-1#table>:
Zugriff am 26.03.2014.

Weltregierung:

<http://books.google.at/books?id=7Q1kCz9rOHkC&pg=PA11&lpg=PA11&dq=kant+idee+weltregierung&source=bl&ots=wImJ0Cy58y&sig=La56t3LD1AIKu1qrUkLdqRZ7qw8&hl=de&sa=X&ei=Pa33Uc6TAYfDtAbsm4GgDQ&ved=0CFAQ6AEwBA#v=onepage&q=kant%20idee%20weltregierung&f=false>: Zugriff am 30.07.2013

14. Punkte Programm:

<http://histor.ws/weimar/203.php>: Zugriff am 15.05.2013

8. Anhang

Alexander Salmond: Spring Conference 2013 Address

A week is indeed a long time in politics. On Thursday we announced the date of the independence referendum – Scotland’s date with destiny.

My advisers told me that within a few minutes of making the announcement, I was “trending” in Edinburgh and Glasgow.

Delegates, I was so disappointed – at first I thought they said I was “trendy” in Edinburgh and Glasgow!

Well friends. Meet cool Eck fae Buchan.

On 18 September 2014 we will have the opportunity to ensure that decisions about Scotland are taken by the people who care most about Scotland – the people who live and work here.

Few nations and very few generations are fortunate enough to make such an important decision – we are in every sense the lucky ones.

It’s a vote for the people of Scotland – every citizen aged 16 up – and rightly so. But do not underestimate the positive lesson to the wider world of a nation deciding its future by debate and democracy.

It was former President of Ireland, Mary McAleese, who last October described Scotland’s referendum as a “remarkable and wonderful phenomenon”.

Whether you are Yes, No – or like many at this stage a Dinnae Ken – we can all be proud that our nation is embarked on such an exciting journey in an impeccably democratic way.

The 18th September 2014 is the day when every one of us will be asked to take the future of our country into our hands.

And for years to come people will be asked to say by friends, neighbours, children and grandchildren to say how they voted on that day.

And when that question comes, as come it will, let us make sure that each one of us can proudly say YES.

I was one of those who voted by majority for a new future for Scotland.

Friends, this party has never wavered from our commitment to trust the people to decide the issue of independence.

While the Westminster parties ganged up to block a referendum in the last parliament – when the SNP were a minority – we held fast to Scotland's democratic rights.

THE SOVEREIGNTY OF THE SCOTTISH PEOPLE IS IN OUR DNA.

This moment – Scotland's moment – was the life-work of dedicated servants of Scotland such as the much-missed Jimmy Halliday. When Jimmy led our party in the 1950s, a referendum to achieve an independent Scotland was just a dream – but one he never wavered from.

And the work of Jimmy and countless thousands others has made their dream our reality – we thank them now, and will thank them best by achieving that Yes vote in the referendum.

And because we have always trusted the people, I believe they will put their trust in the Yes campaign on the 18th of September next year – and vote with those of us who want to build a prosperous economy and a just society.

Next year will be a huge year for Scotland not just for politics but for a range of events which will focus the attention of the planet on our country – the Commonwealth Games, the Ryder Cup, the second Homecoming Year.

We will make sure that each of these events is a success for Scotland, but we also wish to see them as a catalyst for positive change.

Exactly a year ago I announced the establishment of a £10 million fund to help local communities bring sports facilities across Scotland into the 21st century.

This year we are going further adding another £7 million to this initiative, meaning that over 80 projects across Scotland will be completed in good time for the Commonwealth Games.

So whether its snowsports in Midlothian (for which there is plenty of raw material), Olympic swimming pools in Dundee and Aberdeen, 3G pitches in Dumfries and Galloway, or the outdoor community facility in Aviemore these facilities will provide real benefits.

OUR AIM IS TO INSPIRE SCOTS YOUNG AND OLD TO SEIZE THE OPPORTUNITY PRESENTED BY THE COMMONWEALTH GAMES TO BECOME A BETTER NATION.

Friends – it is said that to govern is to choose but even more fundamental than that is to choose how you are governed.

That choice – THE REAL CHOICE – becomes clearer by the day – the opportunity to use our vast resources and talent to build a better country, or to continue with a Westminster system that simply isn't working for Scotland – a system which has not worked in the past, is not working now and will not work in the future..

Take the big issues debated in the Scottish Parliament last week – they illustrate exactly why an independent Scotland is the right choice.

It is ten years since the Scottish Parliament first debated the Iraq war – when a catalogue of deception by a Labour Prime Minister – a Labour Prime Minister – led the UK into an illegal conflict that came at enormous human cost.

Almost 5,000 allied soldiers – 179 from the UK – and well over 100,000 Iraqi civilians lost their lives as a result of a foreign policy disaster which made Suez look like a picnic in the sun.

Now when our brave service men and women are sent into danger, we have a duty to give them our full support – and we have an equal duty to discuss the reasons why. The people who elected us to public office expect nothing less.

However, the No campaign parties in the Scottish Parliament actually tried to gag us from debating Iraq – Labour even claimed it was not a real issue.

Try telling the families who have lost a loved one to the war in Iraq that this is not a ‘real issue’. Try telling them it should be airbrushed away.

The reality of the situation is that our opponents want to avoid confronting their demons, because they know they backed an illegal war based on a lie – the myth of weapons of mass destruction.

In the Scottish Parliament, there are still 8 of the Tory MSPs and 15 Labour MSPs who voted for the Iraq war – including their leader.

11 of the Scottish Labour MPs who voted for the war are still in the House of Commons – including No campaigner in chief, Alistair Darling.

Another 10 have even been ‘elevated’ – if that is the right word – to the House of Lords.

Labour and the Tories, Tories and Labour – they were wrong together about the Iraq war 10 years ago.

And they should apologise together now.

Friends, the imposition of the Poll Tax by Margaret Thatcher persuaded the majority of people that we needed a parliament with the powers to stop such divisive social experiments being visited upon Scotland.

Instead of being just a good idea, a parliament became necessary if we were to protect Scotland’s social fabric, and ensure that domestic policy reflected the will of the people.

Tony Blair’s legacy is to demonstrate why Scotland needs to go further. The catastrophe of Iraq shows why our parliament needs to have the powers of independence – so that never again can Scotland be dragged into an illegal war on false pretences.

I’m certain that the lie that led to Iraq would not have been perpetrated by the government of an independent Scotland, of any political persuasion. But we have to be absolutely certain.

Other countries – including Denmark, the Netherlands and Ireland – have constitutional guarantees that they will not go to war without a proper process of parliamentary approval, and a similar such undertaking could be written into the constitution of an independent Scotland.

Friends, I believe it should be – indeed it has to be to demonstrate that our new Scotland is something worth voting for.

That is part of the WHY of independence.

The US/UK invasion of Iraq was about non-existent weapons of mass destruction.

But delegates, there are real weapons of mass destruction. Weapons Inspectors would have had no problem finding them in Scotland.

Just one hundred and fifty miles from here the Trident missile system is based on the Clyde Estuary, just along the road from our most populous city, with an estimated cost for its renewal of up to one hundred billion pounds.

Trident was conceived by the Tories, presided over by Labour just as Polaris before it was conceived by Labour and presided over by the Tories.

The process of its renewal for another 50 years – another half century - is happening under a Tory/Lib Dem coalition supported by Labour.

Trident is Westminster's ultimate vanity obscenity but now is entirely dependent on next year's vote.

Because, delegates, it's now clear that the only way, the only way, we can finally remove these weapons of mass destruction is with a Yes vote for independence.

THAT IS ALSO PART OF THE WHY OF INDEPENDENCE.

Friends, I'm proud to lead a Government that has made the Scottish Parliament work for our people. That's why the Scottish Social Attitudes survey showed that 71 per cent of people trust Holyrood to act in Scotland's best interests – four-times more than trust Westminster.

In the face of appalling financial pressures, we have have chosen a different path from Westminster – a path that reflects Scotland’s social democratic consensus, our shared progressive values, our priorities as a society.

On all the key domestic issues Scotland trumps Westminster.

Down south, the UK Government’s own figures reveal that England will see a 16,000 reduction in the number of police officers. And to compound this, the starting wage of new officers has been reduced.

South of the Border the thin blue line has just got a lot thinner.

In contrast, the SNP government has delivered and protected 1,000 extra police officers on our streets. A great achievement – and one that Labour said would take us 13 years!

Just next week, Scotland’s new national police force comes into place, along with Scotland’s new national fire and rescue service.

Friends this Government will always value the work of our emergency services – the people who have been mobilised all of last night helping our fellow citizens.

It is our approach to front line policing which has delivered not only a 37-year low in recorded crime but also a fall in the fear of crime that causes such misery.

That’s why Scotland’s Justice Secretary Kenny MacAskill gets cheered to the rafters at the Police Federation conference. And why his Tory counterpart at Westminster gets booed off the stage.

On health, Scotland continues to protect frontline health spending, despite the Westminster cuts and the huge pressures on our budget.

Prescription charges – the tax on the sick – have been abolished in Scotland, even as they rise to £7.85 in England.

We have record patient satisfaction with our health service, the job our health professionals do, often in difficult circumstances.

We have maintained a genuine National Health Service in Scotland – free at the point of need – even as the NHS is being fragmented and privatised south of the Border, first under Labour and then by the Tories.

Professor Don Berwick is a world-renowned expert on patient safety, David Cameron’s new ‘health tsar’, and a former adviser to President Obama. This is what he says about the strength of the Scottish system:

“The Scottish Patient Safety Programme marks Scotland as a leader, second to no nation on earth, in its commitment to reducing harm to patients, dramatically and continually.”

That must always be our goal, in every aspect of our health service and national life – ‘second to no nation on earth’.

FOUR YEARS AGO AT OUR CONFERENCE WE ANNOUNCED THAT WE WOULD DRIVE OUT THE PRIVATISATION OF CLEANING SERVICES IN THE NATIONAL HEALTH SERVICE.

Since then healthcare acquired infections have dropped by 80 per cent.

IS THERE ANY MORE VINDICATION NEEDED OF ALEX NEIL’S DETERMINATION TO HAVE A PUBLICLY RUN NATIONAL HEALTH SERVICE FREE AT THE POINT OF NEED.

The Scottish Parliament does not control the key economic levers but we do have economic powers. We have used them to deliver the best help for the small business sector – the backbone of our economy – available anywhere in these islands.

We have used them to win more jobs from inward investment compared to any other part of these islands – including London.

And we now have lower unemployment - including youth unemployment – than the UK as a whole.

One year ago youth unemployment was almost 25 per cent as young people bore the brunt of the Labour/Tory recession.

Then we appointed Scotland's first Minister for Youth Employment, gathered together our stakeholders from the STUC and from business, almost doubled the number of apprenticeships, focussed college courses on full time preparation for employment, introduced the youth guarantee for 16-19 year olds.

What has been the result?

In one year youth unemployment has gone down by one third, from 103,000 to 68,000. Still far too high, but a dramatic difference to the lives of thousands of youngsters.

ON THIS WEEK'S FIGURES ALL OF THE UK FALL OF 34,000 OVER THE YEAR IN YOUTH UNEMPLOYMENT TOOK PLACE IN SCOTLAND.

FRIENDS WHAT A DEMONSTRATION OF THE WORK OF ANGELA CONSTANCE AS SCOTLAND'S MINISTER FOR YOUTH EMPLOYMENT.

We cannot allow these successes to be blown away in an eternal economic winter of Westminster austerity.

This week's Westminster Budget is following a familiar pattern, fizz on the day, a hangover the day after.

Even the fizz only lasted until we found they had swiped another £50 million from the Scottish Budget for this coming year, without so much as a by your leave.

But there is much more bad news in this Budget. Analysis by the Institute of Fiscal Studies shows that from 2016 the Westminster Budget means either £500 tax rises for every family or further cuts in public services which they describe as "eye watering".

That is the grim future for Scottish families under Westminster rule.

And would there be a different prospectus from Labour? – not a chance.

At Westminster they dance to the Tory tune. In Scotland they are preparing to rip up the social gains of devolution.

This week was one of Labour abstention in votes in Holyrood and Westminster.

They abstained on the war, they abstained on Trident, they abstained on bus passes, they even abstained on workfare at Westminster.

LABOUR – THE GREAT ABSTAINERS ON EVERYTHING - EXCEPT MINIMUM PRICING FOR ALCOHOL WHICH THEY OPPOSED!

The SNP offer a different future.

At Holyrood we will defend the social gains - policies such as free personal care and bus passes for our older folk – who have paid their taxes, powered our economy, raised the children, and deserve something back from society. That is what it means to be a society.

AND THE ROCKS WILL MELT WITH THE SUN BEFORE WE ALLOW TORY OR LABOUR TO TAKE AWAY THE RIGHT TO FREE EDUCATION IN SCOTLAND.

Delegates, the Yes campaign is predicated on the compelling truth that decisions about Scotland are best made by the people who live and work here. That was once a theory, but is now an indisputable fact.

Since the restoration of our parliament in 1999, we have demonstrated that in law & order, health, education, business support, and the great social services of Scotland – our parliament delivers the policies that are right for Scotland, and reflect the views and votes of the people.

That is the very prize and purpose of self-government.

And if it is true in these devolved areas, it is equally true in all areas of public life.

That is the prize and purpose of an independent Scotland.

With each passing day it becomes clearer that the Westminster system is not fit for any purpose – it is further away than ever from Scotland's values, and past its time.

The iniquitous Bedroom Tax is the latest example – in a House of Commons debate led by the SNP and Plaid Cymru, over 90 per cent of Scottish MPs voted against it.

We know from Scottish Government research that the extra costs the Bedroom Tax impose on the Scottish economy will outweigh any savings the UK Government makes – even before we factor in the wider social costs and the distress and disruption it will cause.

But still it is imposed on Scotland. And to add insult to injury, the architect of this shambles – Iain Duncan Smith – has to be dragged kicking and screaming to deign to defend his policy to a committee of the Scottish Parliament.

Friends this is an iniquitous, unfair, anti-family imposition conceived because of runaway rent levels in the south.

WHY SHOULD PEOPLE WHO WOULD IMPOSE SUCH INIQUITY HAVE ANY POWER AND AUTHORITY OVER THE SCOTTISH PEOPLE.

Friends we have acted to mitigate the worst impacts of welfare changes. Acting with COSLA we have sheltered hundreds of thousands of families from council tax rises, we have established loan funds, increased support for advice centres.

And today I can announce that all SNP-led local authorities will follow the lead of Dundee in halting the threat of evictions from this disgraceful tax for those struggling to pay.

However what Scotland needs is not mitigation but power, not just a defence against Westminster but a removal of Westminster authority over Scotland.

Delegates last year I made a speech pointing out the opportunities to grow the Scottish economy with control over our taxation policy. No-one in this world owes Scotland a living, every policy we articulate needs to focus on our competitiveness as a country.

That is part of the WHY of Independence.

Today I want to illustrate why social change can also release the untapped potential of Scotland and make us not just a prosperous economy but a just society and why these concepts go hand in hand – a prosperous economy and a just society.

Last week the unemployment figures showed Scots unemployment below the UK average. However look behind these figures and see a glaring inequality which holds the nation back.

66% of women are in employment compared to 76% of men.

Now that is not down to lack of talent. Women now make up 55 per cent of entrants into higher education and the number of Modern Apprenticeship starts for women has increased from 27 per cent to 43 per cent.

But in terms of lower numbers of women in employment it really doesn't have to be like that. Elsewhere in Europe the gender gap is much much less.

If we closed the opportunity gap we would add to our national wealth and to our taxation base by mobilising the skills of women into our workforce.

But there would be another change – a fundamental opportunity to improve the life chances of many of our children.

We have long cherished the ambition to increase pre-school education. In our first term, we moved it from 412 to 475 free nursery hours per annum, benefiting 100,000 children a year.

And last year I announced a step further - a statutory guarantee of over 600 hours of free nursery education for every 3 and 4 year old, and for every looked after 2 year old in our land.

This is a statement of faith and commitment to the future and it is being carried forward without the fears of lower standards now prevalent in the south of the border.

Flexible in its delivery, using the wisdom of the Early Years Taskforce to help us, but definite in our intent.

For every young mum and dad juggling work and parenthood, this SNP Government is here for you and your family.

This is what we can achieve with a devolved Parliament. But devolution can only take Scotland so far. We don't have the financial freedom to give us the biggest bang for our buck – to invest in areas where Scotland could make huge social and economic strides.

So let us consider what more we could achieve in an independent Scotland.

I HAVE ASKED THE COUNCIL OF ECONOMIC ADVISERS TO PRODUCE AN ANALYSIS OF THE ECONOMIC AND SOCIAL IMPACT ON SCOTLAND MOVING TO THE LEVELS OF SUPPORT FOR CHILDCARE COMMONPLACE ACROSS EUROPEAN COUNTRIES.

Our ambitions for childcare are the hallmark of our approach to social and economic policy – we promote the measures we do because they advance both our economy and our society.

Some argue there is a contradiction between the two, but the reality is that a progressive social policy boosts the economy, and a dynamic economy enables us to build the fairer society we want. Each is the handmaiden of the other.

It will not be done in a day, or a year, or even completed in the first term of an independent parliament.

But I believe a transformational shift towards childcare should be one of the first tasks of an independent Scotland.

That too is part of the why of independence

Friends ours is a noble cause because we are arguing for the rights and responsibilities, not of ourselves, but of our country.

We are arguing for something bigger than any individual, any party, any campaign –the benefits of which will endure for generations to come.

The biggest advantage of the Yes campaign is that we put no limits on the abilities of this nation to build prosperity and wellbeing for all the people.

The biggest problem for the No campaign is their fear and scorn of a Scotland aspiring to equality of status among the nations of the world.

Our opponents in the No campaign will say and do anything to keep Scotland where they think it should be.

In terms of GDP per head, right now an independent Scotland would be the 8th wealthiest country in the league table of the world's most developed nations.

If the No campaign believe Scotland doesn't have what it takes to be an independent country, they must think that only the 7 countries above Scotland can be independent – and the UK wouldn't be one of them, because it trails at number 17 overtaken this year once again by Iceland!

Delegates, our opponents often say we cannot afford to be independent. I say Scotland can't afford NOT to be independent.

To listen to the No campaign, they'd have you believe that a new generation of Trident nuclear weapons on the Clyde was a fantastic asset – and having generations of oil and gas revenues to come was a big problem!

That is the looking glass fantasy they want Scotland to believe.

But the people aren't daft – they know that Scottish energy resources are the asset, Trident is the problem, and Westminster the liability.

Combining the natural and human resources of Scotland is the way to fairness and prosperity.

Our call for the 18th of September next year is one to optimism and progress.

There was a referendum once when Scotland was cheated out of our right to self-government.

Listen to just this one example – among the tirade of scare stories – used to frighten people into voting No to self-government in 1979. It was a Daily Express editorial 10 days before the referendum:

"How much of Scotland's economy will be left intact if a Scottish Assembly gets the go-ahead on March 1? Will our coal mines go gaily on? Will Ravenscraig or Linwood thrive? Will Bathgate flourish and Dounreay prosper?"

No assembly came in 1979 – and every plant and facility listed by the Express closed under Westminster-rule – all gone, every one.

We will not be conned again.

We achieved a Parliament in 1997 – overcoming a welter of scaremongering in a referendum. And we have never looked back. The latest survey shows that only 6% of Scots want to turn the clock back to having no parliament.

It will be exactly the same with independence.

All of the things they say about independence now were said about devolution then. And we know they were wrong, because as a nation we have proved them wrong together these past 14 years.

We can now look back and say that thanks to having a parliament, Scotland has a National Health Service worthy of the name, free education for young Scots, and personal care for our older citizens.

None of these things exist south of the Border, and none would exist in Scotland today without self-government.

I believe in ten years time we will look back and say that thanks to independence we will have a thriving economy, a welfare state worthy of the name, the best childcare system anywhere in these islands, and the obscenity of Trident nuclear weapons on the Clyde will be but a distant memory.

Friends, the referendum for an independent Scotland is a precious opportunity – one given to no previous generation. We do not know if we will pass this way again.

I believe Scotland will vote Yes next September – and give a renewed purpose to this old nation.

A ‘new sang’ to sound a better Scotland.

Johann Lamont: United with labour launch speech

Check against delivery I came into politics for this reason. I believed it to be unfair that where you could get to was predicated on where you came from. I felt it wrong that potential talent was capped before it developed by someone else's birth right. And so I found a home in the Labour Party. My parents loved me. Their values shaped me. Their talents put food on our table. But I knew when they lived, and I know now, that what they could achieve was capped not by what lived in their hearts or their heads but by where they came from. Not capped because they came from Scotland, England, Wales or Ireland. But limited by the fact they had not wealth or privilege or connections. And so the Labour Party was not just my home but my base, my family from where I have tried to fight for opportunity for all whatever their circumstance. Let's be clear. When the economy was booming, the SNP said independence. When it slumped they said independence. Once Whisky was our future. Then it was oil. Then it wasn't. Now it is again. Once it was the Scots pound, then the Euro, now sterling, perhaps because that could lead to a Scots pound and then the Euro. I am clear about what I want. I want social justice. If independence brought us closer to that I would back it. But I cannot see how it does and neither do the SNP or they would have explained it by now. For me our duty to humanity isn't to ask where you came from, but to ask what you can be. Our political beliefs are predicated on the beliefs of fairness, equality, justice and solidarity. And I am sorry, but I will not kiss goodbye to solidarity because it suits me for now because we don't like the Prime Minister. If Tory policies harm workers and families in Liverpool, Manchester or Maidenhead, the idea that in a separate Scotland, with the rest of the UK our biggest market, those policies wouldn't harm us here is either dishonest or plain stupid. The fight for justice across the UK isn't just morally right, it makes practical sense. If you believe that different social, working, welfare rights north and south of the border is a good idea then you haven't heard of something called globalisation - and you don't believe in justice. I was born a Glaswegian, in Anderston, with my heritage and values from Ti-

ree. But the country I was born into, the society I had to make my way in was shaped not by national identity, but by wealth and privilege. We don't fight England. We fight social injustice. And that crosses borders. Don't get me wrong. I know that in today's world where you are born matters. Not Scotland or England, Gretna or Gloucester. But Motherwell or Morningside. Easterhouse or Elie. I believe that is the fight. I don't buy the argument that by erecting a border we abolish social barriers. I would love it if it would. But no argument has been made, and I don't believe in fingers crossed politics. I am not saying that achieving social justice in the UK will be easy. It never has been. But even nationalists must acknowledge that the Scottish NHS was delivered by an English PM inspired by a Welsh health minister. What are today claimed as Scottish values are in fact international. If the ideas of justice, fairness, equality were just Scottish values, it would be a condemnation of the rest of the world and a condemnation of generations of Scots who have fought for those values not only in our own land but across the world. The vision of the Nationalists is confused. For some it is the Monaco model - low tax and low public spending. For some it is Scandinavia. For others a new Albania. For me my vision is clear. A Scotland which works with our partners to deliver a Scotland where we make the best of our youth, drive on our society and give our elderly the serenity they deserve. As a nation, our dignity is not shown by a national passport but by the dignity we show our people. We believe in solidarity. We stand with our neighbours. Not just out of sentiment but because it makes sense for us all. We believe in the redistribution of wealth, so why would we cut ourselves off from our neighbours. Why cut ourselves off from the global hub of London and the fruits of the labour of the 400,000 Scots who live and work there? In simple terms, why make Sir Alex Ferguson a foreigner? Our politics makes us reject the idea that we are enriched by rejecting partnership. We reject the idea that what impoverishes our neighbours enriches us. My Scotland stands for equality and solidarity. For freedom and justice. Those qualities have no borders. To put borders upon them doesn't just render those values meaningless - it contradicts everything that modern Scotland has ever stood for. So we will stand up for those values, we will stand up for Scotland, we will stand up for Scotland strong in the United Kingdom and that is Labour's case.

Nicola Sturgeon: Speech to European Policy Centre in Brussels

I am delighted to have the opportunity to speak to all of you today here in Brussels.

I'm especially pleased to address the European Policy Centre – an organisation which is currently at the forefront of discussions on subjects such as the recent budget settlement, reform of the banking sector and how to promote economic growth. It is an ideal forum in which to talk about Scotland's referendum on independence in 2014, and its implications for our relationship with the European Union.

I speak here today as the Deputy First Minister of a European nation with a distinct history, culture, legal system and, of course, a Parliament of our own. However Scotland's political status is not what I would describe as normal.

Our own national parliament in Edinburgh was reconvened in 1999 after an adjournment of almost 300 years. It has extensive powers over education, health, justice and much more besides. However key decisions about our future – on economic policy, defence, foreign affairs and welfare – are taken, not by the people of Scotland, but by governments in Westminster.

That creates anomalies which are very obvious here in Brussels. On a range of issues, from fisheries and agriculture, to employment and economic development to the digital agenda, the Scottish Government currently has responsibility for policy-making in Scotland, but has no formal or direct representation when it comes to the many decisions made here – decisions that impact, to a greater or lesser extent, on all of these important areas of responsibility.

The Scottish Government's case for independence is therefore a simple one. We believe that the people best able to represent Scotland's interests, and to make decisions about Scotland's future, are the people who choose to live and work in Scotland.

An independent Scottish Government would be able to use the full range of fiscal economic levers to improve the performance of our economy, which over a period of time has lagged behind the growth rates achieved in comparable countries. As an independent country we would be better able to tackle the deep-seated inequalities that continue to blight our society, and harm our most vulnerable and disadvantaged citizens.

In doing so, we would recognise, as all nations have to, that independence goes hand in hand with interdependence. That is why an independent Scotland would seek to participate as a full and equal partner in international organisations such as the EU.

Today, I want to talk specifically about an independent Scotland's place in the EU. I will outline how we benefit from – and contribute to – the work of the EU. I will make clear that – regardless of the direction of UK policy – Scotland is strongly committed to continuing within the EU as an independent nation. And I will say something about the process by which we would seek to ensure our continuing membership.

Earlier this month, the European Union and the USA announced that they would work to establish a Transatlantic Trade and Investment Partnership. The announcement was a reminder of the massive opportunities that European Union membership brings. President Barroso predicted that when the agreement is up and running, the European economy will get a stimulus of half a per cent of its GDP. For Scotland, for whom the USA is our largest trading partner outside the EU, such a partnership will be especially good news. However, access to export markets is only one example of the benefits Scotland derives from membership of the EU. The EU has a wider role to play in promoting economic growth and meeting social challenges. In these areas, too, Scotland benefits from its place in the EU, and the EU benefits from Scotland's contribution.

After all, Scotland faces many of the same challenges as the rest of Europe – promoting economic growth; tackling global warming; improving energy security; and promoting a healthier and fairer society. We are already working with partners across Europe to tackle these challenges.

Earlier this month, it was announced that Biocity in Scotland, working with Dundee University and the Scottish Universities Life Sciences Alliance, would be the site of a major screening centre for the discovery of new drugs, under the EU's innovative medicines initiative.

That's just one example of how our universities – which benefit from EU framework programmes – are making a major contribution to research which will improve the prosperity of Europe's economy and the wellbeing of its people and society.

Scotland is also a world leader in renewable energy – especially the development of offshore wind, wave and tidal technology. We're not acting in isolation, however – as active partners in the North Sea Offshore Grid Co-ordination initiative, and the Irish Scottish Links on Energy Study, we are playing a major role in moves towards a more integrated European energy market.

That reflects the potential importance of Scotland's natural resources to the European Union. We have the major share of the EU's oil production, almost a quarter of its offshore renewable energy potential, a fifth of its natural gas production and a twelfth of its seas.

Perhaps most importantly of all, though – in addition to the contribution we can make through our natural resources, our research capabilities and our policy interests - there are five million people in Scotland who benefit from and contribute to the free market and freedom of movement that the European Union provides. They are already European Union citizens, and overwhelmingly wish to remain so.

They include approximately 150,000 workers and students who have chosen to come to Scotland from Poland, Ireland, Holland, France, and other countries of the EU. They make a massive contribution to Scotland's culture, economy and society, and are one of the many reasons why people in Scotland see their future firmly as part of Europe.

Despite all of these mutual advantages that derive from Scotland being an integral part of Europe, our current situation offers no certainty that those advantages would remain. But that is not because of Scotland's referendum in 2014 – instead it's a result of the UK's proposed referendum on EU membership in 2017. It is, therefore, worth commenting on that referendum.

Let me be clear that I don't do this in order to criticise the UK Government – I can do that very easily from Edinburgh. But I do think it is important that colleagues in Brussels, and across the EU, recognise that the perspective of the Scottish Government on our future inside the EU is very different from that of the current UK Government. Public opinion in Scotland is also quite different from opinion in England.

According to an IPSOS-Mori poll earlier this month, more than half of Scots want to stay in the European Union, compared with a third who would express a preference for leaving. And the poll suggests that, in the event of independence – with the ability that will give us to better articulate, assert and protect our vital national interests – support for membership of the EU would be stronger still, at more than 60%. All of this contrasts with recent polling in England, which has suggested that a majority of people are in favour of leaving the European Union.

This divergence of views between Scotland and elsewhere in the UK is not a recent or short-term phenomenon. While I would not suggest that it doesn't exist at all, it is nevertheless the case that Euro-scepticism has never had the same potency in Scotland as it does in parts of England. In the 2011 Scottish elections, the UK Independence Party – whose growing influence may well be responsible for David Cameron's EU referendum policy – received fewer than 1% of the votes. I believe that the reason for this is that people and politicians in Scotland recognise that EU membership is overwhelmingly in our national interest.

That is not to say that we think the EU is perfect or that there is not a substantial case for reform of key aspects of EU policy and governance. On the contrary, the Scottish Government understands and supports the case for reform of the EU. We are already contributing to the process of amending the Common Fisheries Policy; we would like to see more ambitious EU targets on carbon emissions; and we are strongly supportive of increased transparency and accountability in how the EU does its business

However, we believe that these reforms are best achieved from within the EU, through constructive dialogue and alliance building with other, like-minded member states.

This does not seem to be the road that David Cameron is set upon. I have deep concerns about the direction of his policy. Instead of leading the EU, the UK is in danger of sleepwalking towards the exit. Such an outcome, for Scotland, would be contrary to public opinion and against the public interest.

However, my hope and expectation is that before the UK government holds its planned referendum, Scotland will have become an independent nation.

As you might expect, the Scottish Government has thought deeply about the process by which an independent Scotland would continue as a member of the EU.

That process is inextricably linked to the question of how Scotland will become independent. And so it is worth noting from the start a particular characteristic of the United Kingdom. It came into being as a union – it is not and never has been a unitary state. It has always been possible to dissolve the UK if the people so choose.

The fact that Scotland has the right to become independent is recognised by the UK Government. Last October, the UK Prime Minister - David Cameron - and Scotland's First Minister – Alex Salmond – signed the Edinburgh Agreement.

That agreement made it clear that the UK Government would give the Scottish Parliament unchallengeable authority to organise a referendum on whether Scotland should become an independent country.

Following that agreement, and subsequent legislation at Westminster, the Scottish Government will next month introduce a Referendum Bill into the Scottish Parliament. The nature of the process that will lead us to a democratic referendum late next year, demonstrates something very important about Scotland's constitutional debate. Although the UK Government and the Scottish Government disagree fundamentally about the merits of independence, the referendum itself will take place with our shared consent and co-operation. This means that Scotland's referendum takes place in a different context from many of the other debates and discussions about sovereignty taking place elsewhere around the world.

Indeed, perhaps the most significant clause in the Edinburgh Agreement, is that which states clearly that both the Scottish and UK governments will accept the outcome of the referendum and work together, constructively, to implement the outcome in the best interests of the people of Scotland and the rest of the UK.

With that important commitment in mind, the Scottish Government published a paper three weeks ago which set out our expectation that following a yes vote in the referendum, Scotland would become independent by March 2016. This timetable has been referred to as “realistic” by the UK Government's own independent legal expert, Professor James Crawford.

By March 2016, we would have agreed necessary transitional arrangements with the UK Government and we would have established a constitutional platform for independence. We also expect that Scotland's independence would have been accepted by the international community, and that agreement would have been obtained for our continued membership of the European Union.

We are already carrying out detailed work on a number of the issues that would need to be resolved to secure that continued membership.

For example, the independent Fiscal Commission that is part of the First Minister's Council of Economic Advisers, has already published a substantial report on the macroeconomic framework of an independent Scotland. And on Thursday, we will publish a paper on how economic and competition regulation could work in an independent Scotland. We have shared ideas and learnt from international examples in preparing this latter paper, and have been especially grateful for the co-operation of the Dutch Administration in discussing possible regulatory models.

We have also corresponded with the European Commission about Scotland's continuing EU membership in the event of a yes vote next year. However, the Commission has made clear that it will only give a detailed opinion if presented with a "precise scenario" by an EU member state.

We consider that it is possible to prepare and publish a "precise scenario" that will provide the European Commission with the information it needs to consider Scotland's intention to remain in the EU after independence, and we continue to call on the UK government – as existing member state – to join with us in making such a submission.

All of this work should show that the Scottish Government does not take the process of EU membership for granted. We understand that it is essential to respect the legitimacy of existing EU treaties. We also understand that our continued membership will require negotiations, and the agreement of other nations.

To secure that agreement, Scotland would make a notification of intent in autumn 2014, following a yes vote in the referendum. That notification would make it clear that we want to continue within the European Union as an independent nation.

We would then start negotiations as soon as possible.

Scotland would begin those negotiations as a nation which would be a net contributor to the EU budget, and whose people are already EU citizens.

We would begin them as a nation which already applies the body of EU law and policy and, as a devolved government, has demonstrated its capacity to transpose and implement EU legislation.

We would begin them as a nation keen to be an equal and constructive partner in the EU – recognising its benefits; participating in dialogue about its future; and contributing to its development and growth.

And we would begin them seeking to apply the principle of continuity of effect: in other words, on issues like the Euro, Schengen and the rebate, our aim would be to retain the prevailing terms of Scotland's membership.

There is, of course, much discussion of law and process in this debate. But ultimately, the most powerful case for Scotland's continued membership is not based on law or process – but on common sense, reality and mutual self-interest.

All of those point to the desirability of negotiations being concluded before Scotland becomes independent, so that our continued membership is a seamless process. After all, the alternative would benefit absolutely nobody.

Just think about it for a moment – if there was a gap in Scottish membership, new negotiations would be needed to allow other EU fleets to fish in Scottish waters. 150,000 EU citizens who have made Scotland their home would face uncertainty about their future status. The very founding principles of the EU would be traduced.

It would be simpler, fairer and more efficient for all nations if people in Scotland could retain the status that they overwhelmingly desire – as citizens of the European Union, and proud and constructive partners in the European family.

Ladies and gentlemen, for me, I said at the start of this speech that independence goes hand in hand with interdependence. That's one of the reasons why for me, as for many Scots, a sense of nationalism goes together with internationalism.

Scotland is a nation which has made a big contribution to the world in the past, and we have a huge amount to offer the world in the future. We are already demonstrating that in our interac-

tions with European partners – in our work on energy, on life sciences, on reform of the common fisheries policy and many other areas.

But I believe that we can – and will – make our biggest contribution as an independent nation, taking our own place on the world stage, and acting as equal partners with our friends across the UK, and with fellow nations in Europe and around the world.

That is why, after independence, we intend to remain part of the European family. And it is why Scottish membership of the European Union will be good for us, good for your individual nations, and good for Europe as a whole.

David Cameron: Speech on Scottish Independence

The air in Scotland hangs heavy with history. Edinburgh's cityscape is studded with monuments to memories.

Walter Scott, Robert Louis Stevenson and John Knox all compete for our attention. In Dundee, Captain Scott's Discovery lies at anchor. In Aberdeen, King's and Marischal Colleges remind us of a time when the Granite City had as many universities for its citizens as England had for all of hers.

And while the hauntingly empty acres of the Highlands stand in mute memorial to the injustices visited on the victims of the clearances, Glasgow's magnificent architecture and art galleries remind us of the mercantile greatness of the Empire's second city.

For politicians north and south of the border, however, there is a danger of living in the past when thinking of Scotland. That is partly because its history is populated so thickly with great men and women who we might want to conscript for our contemporary battles.

Those of us on the centre-right will pray in aid of Adam Smith and David Hume, economic liberals and philosophical conservatives whose enlightenment thought laid the basis for later political action.

On the left, the examples of James Maxton and Keir Hardie can still inspire class strugglers to one more heave.

This has been a pioneering country all its life. As a home of learning in medieval times. A nursery of literacy and learning at the time of the Reformation. A champion of liberty during the Enlightenment. The turbine hall of the Industrial Revolution. A recruiting ground for freedom's fighters in two world wars. The birthplace of John Reith, who gave us public service broadcasting and as a powerful contributor to the last twenty-five years of economic growth. Scotland has much of which to be proud.

And one of the reasons we are tempted to look backwards is precisely because Scotland as a nation - and as part of the United Kingdom for over 300 years - has achieved so much.

But proud as that past and present are, I am convinced that for both Scotland, and the United Kingdom, our best days lie ahead of us.

And that even though it may be a great historical construct, the United Kingdom is actually even more of an inspiring model for the future.

Think of the key challenges of our times.

There's the risks and opportunities of globalisation - with populations moving, cultures clashing and new routes to prosperity.

And there's the impact of increasing economic competition from the new, economic power houses of the world.

The United Kingdom has the answers to both.

In an increasingly uncertain world, where risks proliferate and atomisation threatens our ability to look out for one another, nothing encapsulates the principle of pooling risk, sharing resources and standing together with your neighbour better than the United Kingdom.

Whether it's ensuring the same disability benefits for those in need from Motherwell to Maidstone or ensuring that the resources of sixty million taxpayers stand behind our banks.

Whether in Edinburgh or London, the United Kingdom is a warm and stable home that billions elsewhere envy.

And in an increasingly competitive world, where the future belongs to those who can collaborate, innovate and co-operate together best. The support a nation of sixty million can give, for example, to knowledge exchange between bio-engineers in Edinburgh and Oxford and venture capital for the best start-ups could be the envy of others.

So - I come here today with one simple message: I hope and wish that Scotland will vote to remain part of the UK.

That's not because I want to drag Scotland into an arrangement which is in my interests. Or, frankly, my party's interests.

I know the Conservative Party isn't currently Scotland's most influential political movement and so more than a little humility is called for when any contemporary Tory speaks in Scotland.

In fact some say it might be wiser not to speak at all.

As well as avoiding any criticism from the press - or politicians from other parties for "interfering" - it might be thought wise of me to just let Scotland, in every sense, go its own way.

And some people, not all of them Tories, have suggested that an independent Scotland might make it easier for my party to get a majority in Westminster. But that doesn't interest me.

I'm not here to make a case on behalf of my party, its interests or its approach to office.

I'm here to stand up and speak out for what I believe in. I believe in the United Kingdom. I'm a Unionist head, heart and soul. I believe that England, Scotland, Wales and Northern Ireland are stronger together than they would ever be apart.

It is time to speak out, whatever the consequences, because something very special is in danger - the ties which bind us in the country we call home.

The danger comes from the determination of the Scottish National Party to remove Scotland from our shared home.

Now it is absolutely right that since the SNP won the Scottish elections, they should be able to determine the business of the Scottish Parliament and the agenda of the Scottish Government.

They want to put the question of independence to the Scottish people and their ultimate ambition is clear: they want Scotland to leave the United Kingdom.

And it is right too that the choice over independence should be for the Scottish people to make.

But that choice should not be made - with its consequences for all of us - without explaining why I believe in the United Kingdom, and why it matters to so many of us.

Let's be clear, though, I'm not going to stand here and suggest Scotland couldn't make a go of being on its own, if that's what people decide. There are plenty of small, independent nation states of a similar size or even smaller.

Scotland could make its way in the world alongside countries like those.

Of course, every country in the world is facing new challenges and an independent Scotland would itself need to confront some big issues. There are those who argue about the volatility of dependence on oil, or the problems of debt and a big banking system.

And there is for some smaller nations the risk that independence can actually lead to greater dependence.

Certainly today Scotland has a currency which takes into account the needs of the Scottish economy as well as the rest of the United Kingdom when setting interest rates.

And it can borrow on rates that are amongst the lowest in Europe.

An independent Scotland would have to negotiate in future for things it now gets as of right.

But these challenges and the need to overcome them, they are not my point today.

My argument is simple. Of course Scotland could govern itself. So could England. But we do it so much better together.

I can - and will - enumerate a number of practical reasons for our United Kingdom.

But the reason I make the case is - partly - emotional. Because this is a question of the heart as well as the head.

The United Kingdom isn't just some sort of deal, to be reduced to the lowest common denominator.

It's a precious thing. It's about our history, our values, our shared identity and our joint place in the world.

I am not just proud of the Union because it is useful. I'm proud because it shapes and strengthens us all.

Just think of what we've achieved together. Scotland has contributed to the greatest political, cultural and social success story of the last three hundred years, the creation and flourishing of a United Kingdom built on freedom and inclusivity.

Individual nations can of course adhere around ancient myths, blood-soaked memories and opposition to others. But we have built a United Kingdom that also coheres around the values embodied in standing up for freedom and democracy around the globe. In free healthcare for all. Generous welfare for the poorest and championing the most vulnerable on the world stage.

A United Kingdom which is not monoglot, monochrome and minimalist but multi-national, multi-cultural and modern in every way. Our United Kingdom.

Founded on the strengths of our constitutional monarchy, parliamentary democracy and the rule of law. It's also the birthplace of the NHS, the BBC and Christian Aid.

We have shared achievements that more than match those of any other country in the world.

From Waterloo to the Second World War our servicemen and women have fought and won together. The liberation of Europe was a battle fought to the skirl of the pipes as Lord Lovat's Highlanders were among the first ashore on D-Day in the battle to defeat Hitler.

Your heroes are our heroes.

Men like Robert Dunsire who twice in one day crawled out of the trenches facing a hail of bullets to rescue injured men at the Battle of Loos. And Lance Corporal Liam Tasker - the dog handler who helped to save so many lives in Afghanistan before tragically being shot.

The Union has never been about shackling different nations: it's a free partnership, a joint effort, often driven by Scottish ideas and Scottish leadership.

From the industrial and commercial leadership of James Watt and Robert Owen centuries ago to Sir Bill Gammell and Ian Wood today.

And in Westminster the cause of progress has depended on the voices of politicians from Scotland - whether its been the liberalism of Henry Campbell-Bannerman and Joe Grimond. The progressive conservatism of Iain Macleod and George Younger, or the generous and humane radicalism of Donald Dewar and John Smith.

Together we have turned a group of off-shore European islands into one of the most successful countries in the world. But it's not just about what we have achieved together. It's about who we are together.

The ties of blood grow thicker. Far from growing apart we're actually growing together.

There are now more Scots living in England and English people living in Scotland than ever before. And almost half of Scots now have English relatives.

I am a classic case. My father's father was a Cameron. My mother's mother was a Llewellyn. I was born and have always lived in England.

I am proud to be English - but like so many others, I am proud to be British too.

Proud of the United Kingdom and Scotland's place within it.

Then there are the practical reasons for the Union to stay together. The Union helps to make Scotland stronger, safer, richer and fairer.

We're stronger, because through our shared Union we count for more together in the world than we would apart.

We have a permanent place on the UN Security Council real clout in NATO and Europe and unique influence with key allies all over the world.

Scottish pilots helped us to free Libya from tyranny and prevented a failed pariah state festering on Europe's Southern border potentially threatening our security and creating a more dangerous and uncertain world for Britain and for all our allies as well as for the people of Libya.

We're safer, not just because of the expertise and bravery our armed forces to which Scotland makes an immense contribution but also because of our policing expertise and security services respected the world over.

When a bomb went off at Glasgow Airport the full resources of the UK state went into running down every lead. Our tentacles reach from the border areas of Afghanistan and Pakistan to the CIA computers at Langley.

We're richer, because Scotland's 5 million people are part of an economy of 60 million with no boundaries, borders or customs but a common system, rules and currency which has helped to make us the 7th largest economy in the world.

And far from growing apart our economies are growing together. A fifth of all Scottish workers are employed by firms registered in Scotland but owned by companies based elsewhere in rest of the UK. And Scotland sells twice as much to the rest of the UK as to the rest of the world put together.

And we're fairer. Not just because we all benefit from being part of a properly-funded welfare system, with the resources to fund our pensions and health-care needs, but because there is real solidarity in our United Kingdom.

When any part of the United Kingdom suffers a shock or a set back, the rest of the country stands behind it. Whether it is floods in the West Country, severe weather in the north or the economic dislocation that has hit different parts of our economy at different times and in different ways we are there for each other.

And together we have the power to do much in the world to promote fairness. One issue that is very close to my heart is aid. And this is an issue where Scottish people have a huge influence.

Together as a UK we have the 2nd biggest aid budget in the world. Through the UK, Scotland has global reach. And with that we are saving thousands of lives and helping people in some of the poorest parts of the world to forge a new future.

From the famine in the Horn of Africa to the support for people in North Africa and the Middle East as they seek new freedoms that we and others take for granted.

So I believe there are emotional and practical reasons why the Scotland is better off in the Union - and why we are all better off together than apart. But I don't think that is enough.

I also understand why people in Scotland want to express their identity as Scots strongly and to have greater control over their lives. I believe in real devolution and want to make devolution work better.

I want a Scotland where more people own their own homes. Where more people keep more of their money. With secure jobs and a secure future for their children.

A Scotland where businesses can innovate and create the wealth and opportunities so vital to local communities breaking down the barriers to entrepreneurship that have for too long held Scotland back.

I believe in devolution not because I see it as a mechanism for obtaining power - hardly the case for my party in Scotland - but because I believe in giving people choice and a real say of their own affairs.

I passionately believe that local is best. And the decentralisation of power is one of the core aims of the Coalition government I lead.

One of my first acts as Prime Minister of the United Kingdom was to come here to Scotland to meet Alex Salmond and to show that I want the governments in Westminster and Holyrood - whoever they are and whichever party they are from - to work together to get the best for Scotland.

To listen to Scotland - to act on Scotland's voice and govern in Scotland's interests.

On that first visit I said the only political input into senior Scottish civil service appointments should come from the First Minister and I delegated my previous responsibility to the Cabinet Secretary.

A small symbolic gesture of the kind of change I want to bring about. Since then Ministers in Holyrood and Westminster have been meeting regularly. And soon a much bigger change will become law.

The Scotland Bill hasn't got the attention yet that it deserves. But it's an incredible opportunity for Scots.

Not London telling Edinburgh which powers it can have - but opening up Scotland's choice to expand the ones it needs.

By implementing the recommendations of the Calman Commission - devolving new powers to the Scottish Parliament including for the first time the ability to raise tax revenue and borrow for capital and current expenditure the Scottish government is getting real choice over how and when to invest in long-term projects that will benefit future generations.

And let me say something else about devolution. That doesn't have to be the end of the road.

When the referendum on independence is over, I am open to looking at how the devolved settlement can be improved further. And yes, that means considering what further powers could be devolved.

But that must be a question for after the referendum, when Scotland has made its choice about the fundamental question of independence.

When Scotland has settled this question once and for all - and ended the uncertainty that could damage and hold back Scotland's prospects and potential.

So I believe the strengths that have served us through the centuries are precisely the ones we most need today.

Our United Kingdom is a modern Union: one that evolves, that protects us and that allows our different nations to grow stronger because we share the same secure foundations - institutions that celebrate diversity and turn it into a strength.

Scotland's greatest poet said we should "see ourselves as others see us" - and that's worth doing.

Because our Union isn't some antique imposition. It's living, free and adaptable.

It's admired around the world as a source of prosperity, power and security.

Just think for a moment: could you explain to someone in America, or France, or Australia what was so intolerable about Great Britain that we decided to build artificial barriers between our nations?

I don't believe that the people of Scotland any more than the people of any other part of the United Kingdom want to turn inward and away from each other at this time.

I believe - indeed it's my reason for being in politics - that it's when you pull together, when you set aside difference, when you roll up your sleeves in a common endeavour you can achieve things which are truly worthwhile, even noble, which you could never accomplish on your own.

For me the principle that we work best when we work together without coercion or conscription, bullying or bossiness, in a spirit of shared service sums up what's best about our countries.

That's what the United Kingdom stands for - common endeavour.

Being part of something bigger - a greater Britain in which the virtues of sharing, standing together and making a difference for our fellow citizens guide our every action.

If anything's worth fighting for that surely is; which is why I'm ready for the fight for our country's life.

9. Abstract

Schottland will die Unabhängigkeit. Das Jahr 2014 soll die Entscheidung in Form eines Referendums bringen. Auf nationaler und europäischer Ebene gibt es unterschiedliche Haltungen über die Fragen zu einer möglichen Unabhängigkeit. Die Masterarbeit analysiert sowohl die Debatten auf nationaler als auch auf europäischer Ebene über die schottischen Unabhängigkeitsbestrebungen unter besonderer Berücksichtigung des geplanten Referendums 2014.

Mit Hilfe vielfältiger Begriffsdefinitionen wie der Freiheit, der schottischen Auffassung des Nationalismus und auch dem Selbstbestimmungsrecht aus völkerrechtlicher Sicht, werden die theoretischen Aspekte die einzelnen Positionen aus der internationalen Politik zusammen.

Das Kapitel zum politischen System geht nach allgemeinen Informationen den historischen Kampf der Schotten gegen die Engländer nach. Die Geschichte ist durch den Nationalhelden William Wallace geprägt, der durch seine militärischen Erfolge, so etwas wie ein schottisches Nationalgefühl entwickelte. Nach der eingegangenen Personalunion mit England, kam das Land immer mehr in die englische Abhängigkeit und der schottische Weg war dem englischen gleich.

Die politische Kultur im Land teilen sich die beiden Großparteien, die Scottish National Party (SNP) und die Scottish Labour Party untereinander auf. Während die SNP unter ihrem Parteichef, Alexander Salmond die Unabhängigkeit forciert, setzen die Sozialdemokraten alles auf einen Verbleib im Vereinigten Königreich.

Durch die Kritische Diskursanalyse (KDA) werden einzelne Positionen analysiert. Ziel der KDA ist es u.a. ideologische Fragen und Machtstrukturen zu klären. Unterteilt in nationale und europäische Fragestellungen, analysiere ich Reden die sowohl Pro als auch Contra der Unabhängigkeit sind.

Die erzielten Forschungsergebnisse zeigen eine weitgehend zerstrittene politische Landschaft voll unterschiedlicher Erwartungen und Tatsachen. Eine Prognose wie das Referendum ausgeht wird, ist auch auf Basis dieser Forschungserkenntnisse nicht möglich. Vielmehr soll ein Eindruck der Situation kurz vor der Volksabstimmung wiedergegeben werden.

10. Plagiatserklärung

Ich habe die vorliegende Masterarbeit selbstständig verfasst und ohne die Benützung von Hilfsmittel, außer den angegebenen.

Alle Stellen, die anderen Werken entnommen worden sind, wurden durch die genaue Angabe von Quellen ersichtlich gemacht. Mir ist klar, dass ich bei einem Verstoß mit Konsequenzen zu rechnen habe.

„Ich habe mich bemüht, sämtliche Inhaber der Bildrechte ausfindig zu machen und ihre Zustimmung zur Verwendung der Bilder in dieser Arbeit eingeholt. Sollte dennoch eine Urheberrechtsverletzung bekannt werden, ersuche ich um Meldung bei mir.“

Klaus-Lukas Zimmermann

Gumpoldskirchen, am 28.03.2014

11. Curriculum Vitae

Klaus-Lukas Zimmermann

lukaszimmermann@gmx.at

Akademische und schulische Ausbildung

2013- aktuell	Fachhochschule des BFI Wien, Bachelorstudium (BA) Europäische Wirtschaft und Unternehmensführung (berufsbegleitend)
2011- 2014	Universität Wien, Masterstudium (MA) Geschichte und Politikwissenschaft (Schwerpunkt in europäischen und internationalen Angelegenheiten)
2007- 2011	Universität Wien, Bachelorstudium (BA) Politikwissenschaft mit einer Fächerkombination aus Rechtswissenschaften, Geschichte und Soziologie
1998- 2006	AHS Studienheim Maria-Hilf Unterwaltersdorf, Matura- und Reifeprüfung mit gutem Erfolg bestanden

Praktika (Auswahl)

Österreichisches Parlament /2013

Haus der Europäischen Union Büro / 2012

Österreichische Botschaft Athen Griechenland / 2011

Kellerbedarf Knopf Wien Österreich / 2008- 2010

Josef Manner & Comp. Wien Österreich / 2006

Raiffeisenkasse Guntramsdorf Österreich / 2005